Quellen nah

Landesarchiv Sachsen-Anhalt:
Geschichte erleben

Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt

SACHSEN-ANHALT

KOOPERATIONS-PARTNER

SACHSEN-ANHALT
Landesarchiv

SACHSEN-ANHALT
Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA)

SACHSEN-ANHALT
Landeszentrale für politische Bildung

Mit der Reihe ***Quellen***nah präsentiert das Landesarchiv Sachsen-Anhalt Materialien zur historischen Bildungsarbeit.

Die Bausteinhefte in den Modulen Geschichte und Gesellschaft im Nationalsozialismus bzw. in der DDR bieten eine multiperspektivische Auseinandersetzung mit den deutschen Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts.

Heft 1: Repression und Handlungsspielräume im Nationalsozialismus
Heft 2: Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus
Heft 3: Wirtschaft und Arbeit im Nationalsozialismus

Heft 4: Repression und Handlungsspielräume in der DDR
Heft 5: Jugend und Erziehung in der DDR
Heft 6: Wirtschaft und Arbeit in der DDR
Heft 8: Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt

Die Themen-Bausteine der Reihe ***Quellen***nah bieten epochenübergreifende Quellen zu ausgewählten Aspekten der Geschichte Sachsen-Anhalts.

Heft 7: בבית בסקסוניה-אנהאלט
Zu Hause in Sachsen-Anhalt
Jüdinnen und Juden zwischen Verfolgung, Selbstbehauptung und Anerkennung

in Vorbereitung:
Heft 9: Zur Geschichte der Sinti und Roma in Sachsen-Anhalt (Arbeitstitel)

Die Reihe *Quellen*nah erscheint in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung und der Landeszentrale für politische Bildung.

Digitales Angebot

Unter ***https://lha.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah*** können die Hefte als PDF heruntergeladen werden.

... oder einfach den QR-Code scannen.

Quellen nah

Heft 8

Till Goßmann

Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt

Magdeburg 2023

Herausgeber
Landesarchiv Sachsen-Anhalt
Brückstraße 2
39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 59806-0
E-Mail: poststelle@la.sachsen-anhalt.de
Internet: https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de

Redaktion
Dr. Björn Schmalz und Dr. Riccarda Henkel

Gestaltung
Druckerei Mahnert GmbH
Hertzstraße 3
06449 Aschersleben

Druck
Quedlinburg DRUCK GmbH
Groß Orden 4
06484 Quedlinburg

Inhalt

	Seite
Vorwort	4
Einleitung	5
Didaktischer Kommentar	6
Ortsübersicht	8
Quellenübersicht	9
Außerschulische Lern- und Gedenkorte	18
Weiterführende Literatur und Projektideen	19
Verwaltungskarte der Deutschen Demokratischen Republik	20
Der Aufstand vom 17. Juni 1953	21
Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Halle	24
Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg	59

Vorwort

Im Jahr 2021 hat das Landesarchiv Sachsen-Anhalt die ersten sechs Bausteinhefte der archivpädagogischen Reihe ***Quellen***nah veröffentlicht. Die Materialien vermitteln regionale wie lokale Geschichte der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. In den Heften werden neben umfangreichen Hintergrundinformationen mehr als 300 Quellen präsentiert, die überwiegend aus den Beständen des Landesarchivs stammen und Einblick in eine dichte archivische Überlieferung bieten.

Parallel zum Projekt „Außerschulischer Lernort Landesarchiv Sachsen-Anhalt", aus dem die ***Quellen***nah-Reihe resultierte, wurde im Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland" das Projekt „Jüdisches Leben als Baustein ganzheitlicher Bildung" vorbereitet und umgesetzt. Als Projektergebnis entstand unter anderem das siebente Heft in der ***Quellen***nah-Reihe unter dem Titel „Zu Hause in Sachsen-Anhalt. Jüdinnen und Juden zwischen Verfolgung, Selbstbehauptung und Anerkennung".

Das vorliegende Bausteinheft ***Quellen***nah ergänzt die multiperspektivische Auseinandersetzung mit Geschichte und Gesellschaft in der DDR. Es lädt zur Beschäftigung mit den Hintergründen, dem Verlauf und den Folgen des Aufstands vom 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg ein. Die Quellenauswahl fokussiert gezielt verschiedene Akteure des regional-lokalen Raums mitsamt ihren jeweiligen Handlungen und Sichtweisen und ermöglicht gleichzeitig eine stärkere Orientierung an den Lehrplänen.

Die Arbeit mit originalen Quellen bietet einen einzigartigen Zugang zur Geschichte. ***Quellen***nah erleichtert den Zugang zu den Archivquellen, die den Ausgangspunkt zur Auseinandersetzung mit regionaler wie lokaler Geschichte bieten. Das Landesarchiv trägt so zur Identitätsbildung eines geschichtsträchtigen, aber noch jungen Bundeslandes bei. Lernenden, Lehrenden sowie allen historisch Interessierten wird der Weg in die Archive und der Zugriff auf die dort verwahrten Quellen erleichtert.

Archive als außerschulische Lernorte machen Vergangenheit auf vielfältige Weise erfahrbar. Die Kooperation von Schulen, Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit und Archiven verlangt ein besonderes Engagement aller Beteiligten. Doch durch die Befähigung zum selbständigen Arbeiten mit Archivalien leistet die Archivpädagogik einen zentralen Beitrag zum kritischen Umgang mit Quellen und Informationen. Die souveräne, eigenständige Auseinandersetzung mit historischen Themen ermöglicht eine kritische Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs und fördert so die demokratische, pluralistische Gesellschaft.

Die sorgfältig erarbeiteten Materialien und authentischen Quellentexte bieten vielschichtige didaktisch-methodische Zugänge zur Geschichte des Aufstands vom 17. Juni 1953. Zahlreiche Bezüge zu Fachlehrplänen sowie Informationen zu außerschulischen Lern- und Gedenkorten versetzen Lehrkräfte in die Lage, das breite Themenspektrum in den Unterricht einzubinden.

Der Einsatz dieser Materialien wird mit verschiedenen Fortbildungsformaten des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) begleitet.

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) bietet im Rahmen ihrer Bildungsarbeit Projekte, Veranstaltungen, Handreichungen und Materialien zum Thema „17. Juni 1953". Das Literaturangebot der Landeszentrale mit vielfältigen Themen steht allen Bürger*innen unseres Bundeslandes zur Nutzung offen:

https://lpb.sachsen-anhalt.de/service/literaturangebot/

Die Veröffentlichung dieses ***Quellen***nah-Heftes erfolgt in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung und der Landeszentrale für politische Bildung.

Dr. Detlev Heiden
Leiter des Landesarchivs
Sachsen-Anhalt

Maik Reichel
Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung
Sachsen-Anhalt

Thomas Schödel
Direktor des Landesinstituts
für Schulqualität und
Lehrerbildung Sachsen-Anhalt

Einleitung

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt begreift sich als Kulturgut sicherndes und zugänglich machendes Gedächtnis des Landes sowie als bürgerorientierter Informationsdienstleister. Wir leisten aktive Beiträge zur historischen Identitätsbildung in Sachsen-Anhalt, zur Erinnerungskultur und zur Demokratieförderung sowie zur Heranführung von Schüler*innen an das Arbeiten mit archivischen Quellen. Kernelement unseres archivpädagogischen Angebotes ist die Reihe ***Quellen*** nah .

Quellen nah bietet didaktisch aufbereitete Materialien an, die zur Arbeit mit den Quellen aus der Region motivieren und zum Archivbesuch einladen sollen. Das vorliegende Heft regt dabei zur fokussierten Beschäftigung mit den Hintergründen, dem Verlauf und den Folgen des Aufstands vom 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg an.

Eine eng begrenzte regionale Quellenauswahl mit konsequenter Orientierung an ausgewählten Themenschwerpunkten ermöglicht die intensive, direkte und quellenkritische Auseinandersetzung mit der historischen Überlieferung. Die historischen Dokumente sind so aufbereitet, dass die jeweiligen Archivalien in den Entstehungskontext eingeordnet sowie die Komplexität und Ambivalenz historischer Entwicklungen nachvollzogen werden können.

Auch dieses Bausteinheft beginnt mit einem didaktischen Kommentar, in dem Till Goßmann die Kapitelstruktur begründet und die Quellenauswahl nachvollziehbar werden lässt. Eine detaillierte Quellenübersicht verschafft insbesondere den Lehrenden einen Überblick über die im Baustein enthaltenen Quellen und skizziert mögliche Anbindungen an den Unterricht, die sich vornehmlich auf das Fach Geschichte konzentrieren. Aus der projektleitenden Vorstellung einer ganzheitlich orientierten historischen Bildungsarbeit resultieren zu jeder Quelle differenzierte inhaltliche Anregungen. Diese sollen Multiplikator*innen in der Bildungsarbeit, zivilgesellschaftlichen Initiativen und allen Interessierten die Nutzung der Quellen erleichtern. Die Kapiteleinleitungen führen in die Besonderheiten der Entwicklungen in den Bezirken Halle und Magdeburg ein und machen die Quellen- wie thematische Auswahl nachvollziehbar. Jeder Quelle ist ein Einleitungstext vorangestellt, der die unverzichtbaren Hintergrundinformationen zum Verständnis der Quelle umfasst. Schwer lesbare Quellen werden durch zugehörige Transkriptionen zugänglich gemacht.

Die Inhalte dieses Heftes stehen selbstverständlich auch in digitaler Form auf der Homepage des Landesarchivs zur Verfügung:

https://lha.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah

Mithilfe interner Verlinkungen kann dabei zwischen den Kapiteln und Quellenauszügen navigiert werden. Zusätzlich stehen einzelne Kapitel oder Quellen separat zum Download oder Ausdruck zur Verfügung. Eine Verlinkung zu weiterführenden Beständen in der Online-Recherche des Landesarchivs ermöglicht allen Interessierten eigenständige Recherchen über das im Heft präsentierte Quellenmaterial hinaus.

Till Goßmann als Projektbearbeiter sowie Dr. Björn Schmalz, Dr. Riccarda Henkel und Dr. Felix Schumacher, die das Projekt im Landesarchiv Sachsen-Anhalt fachlich steuerten, danke ich herzlich. Dieser Dank gilt auch Dr. Jana Lehmann und Dr. Ralf Lusiardi als Projektmentor*innen.

In Vorbereitung des Projektes haben wir erneut den intensiven Austausch mit verschiedenen Akteuren gesucht und wertvolle Anregungen erhalten: Stellvertretend erwähnen möchte ich hier Stefanie Ebert (LISA).

Detlev Heiden

Leitfrage

Wie erlebten Akteure aus Staat, Partei und Bevölkerung den Aufstand vom 17. Juni 1953 sowie seine Ursachen und Folgen?

Didaktischer Kommentar

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 war ein entscheidendes Ereignis in der Geschichte der DDR. Der Aufstand von rund einer Million Menschen in der gesamten DDR, der sich am Unmut über die Erhöhung der Arbeitsnormen entzündet hatte, stellte schnell die SED-Diktatur grundsätzlich infrage. Das sowjetische Militär schlug die Erhebung letztlich mit Gewalt nieder und sicherte die Herrschaft der SED. Wenn auch die Erhebung das ganze Land erfasste, dominiert in der Öffentlichkeit die Erzählung zu den Geschehnissen in Ost-Berlin. Das Bausteinheft widmet sich daher gezielt dem Aufstand vom 17. Juni im heutigen Sachsen-Anhalt und dokumentiert dabei auch die Ereignisse abseits der Zentren Halle und Magdeburg.

Die vorliegende Quellensammlung zeichnet unter einer regional-lokalen Perspektive anhand von Archivgut des Landesarchivs Sachsen-Anhalt die Ursachen, den Verlauf und die Folgen des 17. Juni 1953 nach. Im Mittelpunkt stehen zunächst die **Ursachen** des Aufstands: Im Zuge der II. Parteikonferenz im Juli 1952 rief die SED den „Aufbau des Sozialismus“ aus. Die folgenden Maßnahmen von Partei und Staat schlugen sich in einer umfassenden Krise nieder, die alle Lebensbereiche erfasste. Mangelwirtschaft und politische Unterdrückung verstärkten sich. Die Propaganda der SED konnte nicht über den wachsenden Unmut in der Bevölkerung hinwegtäuschen. Letztlich rückte die Parteispitze unter dem Druck der sowjetischen Führung von dem Vorgehen ab. Doch die Kehrtwende der Regierung – der „Neue Kurs“ – besänftigte die Bevölkerung nicht, sondern weckte vielmehr die Hoffnung auf weitere Veränderungen. Am 17. Juni 1953 und den folgenden Tagen protestierten Demonstrantinnen und Demonstranten an über 700 Orten in der DDR für soziale und politische Veränderungen. Der **Verlauf** des Aufstands im heutigen Sachsen-Anhalt wird exemplarisch anhand der Ereignisse in verschiedenen Städten und Orten veranschaulicht: Ein besonderes Gewicht liegt dabei auf den Demonstrationen und Streiks, den Forderungen der Protestierenden sowie dem Vorgehen des SED-Regimes und des sowjetischen Militärs. Das Bausteinheft lenkt im Weiteren den Blick auf die **Folgen** des Aufstands: Partei und Staat reagierten auf den 17. Juni 1953 mit Repression und teilweisen sozialen Zugeständnissen an die Bevölkerung. Doch politische Veränderungen, wie sie am 17. Juni vielfach gefordert worden waren, blieben aus. Die SED suggerierte in der Propaganda im Nachgang, dass es sich bei den Protesten um einen von westlichen Mächten gesteuerten „faschistischen Putsch“ gehandelt habe.

Am Anfang des Bausteinhefts steht zunächst eine **Einführung** zum 17. Juni 1953, die einen allgemeinen Überblick zu den Ursachen, dem Verlauf und den Folgen der Erhebung in der DDR gibt. Diese Einleitung bietet das Hintergrundwissen für die folgenden Kapitel, die sich der Entwicklung im heutigen Sachsen-Anhalt widmen. Die regional-lokale Betrachtung des Aufstands teilt sich in zwei gesonderte Kapitel zu den Bezirken Halle und Magdeburg auf. Diese räumliche Gliederung ergibt sich aus der Bezirksstruktur der DDR, die im Zuge der Verwaltungsreform von 1952 an die Stelle der Länder trat. Das Land Sachsen-Anhalt wurde dabei durch die Bezirke Halle und Magdeburg ersetzt. Eine Betrachtung entlang der Bezirksgrenzen liegt zudem nahe, da sich die Entwicklungen rund um den 17. Juni in den beiden Bezirken voneinander unterschieden: Der **Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Halle** bildete ein Zentrum der Proteste in der DDR. Die Industrieregion rund um Halle war seit dem 19. Jahrhundert geprägt von der Arbeiterbewegung. Diese Tradition bestimmte die starken Proteste vor

Ort, die von den selbstbewussten und organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern getragen wurden. Die zentrale Koordinierung des Aufstands in Halle und Bitterfeld war eine Besonderheit, die es in der übrigen DDR lediglich in Dresden, Leipzig und Görlitz gab. Für die SED bedeuteten die heftigen Proteste im Bezirk Halle, der aufgrund der Arbeitertradition als „Hochburg“ der Partei galt, einen herben Rückschlag. Der **Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg** konzentrierte sich zunächst auf die Industriestadt Magdeburg. Von Magdeburg aus griffen die Proteste teils erst am Folgetag auf den übrigen Bezirk über. Im landwirtschaftlich geprägten Bezirk Magdeburg besaß die Forderung nach der Auflösung der unter Druck gebildeten LPGs ein besonderes Gewicht. Die lange Grenze des Bezirks zur Bundesrepublik brachte zudem mit sich, dass die Forderung nach der Deutschen Einheit in den Protesten hier mit besonderem Nachdruck aufkam.

Der Baustein zeichnet den Aufstand vom 17. Juni multiperspektivisch nach. Im Fokus der Quellensammlung stehen gezielt die verschiedenen Akteure des regional-lokalen Raums mitsamt ihren jeweiligen Sichtweisen auf das Protestgeschehen: die SED auf Bezirks- und Kreisebene und in den Betrieben, die Betriebsgewerkschaftsleitungen, die Volkspolizei und das sowjetische Militär sowie die Protestierenden. Der multiperspektivische Ansatz trägt zur narrativen Kompetenz der Schülerinnen und Schüler bei, die mithilfe der Quellensammlung das historische Ereignis des 17. Juni 1953 beschreiben und die Perspektivität beteiligter Akteure herausarbeiten können.

Für einen alltagsbezogenen Zugang zum Aufstand vom 17. Juni wurden nach Möglichkeit Quellen ausgewählt, welche die institutionelle Sichtweise um persönliche Blickwinkel erweitern. Die Fotografien zu den Protesten in Halle und Magdeburg eröffnen einen besonders anschaulichen Blick auf die Ereignisse vor Ort. Bei der Quellenarbeit ist gleichwohl zu berücksichtigen, dass es sich im Regelfall um Dokumente aus der Perspektive des SED-Regimes handelt, die nicht die direkten Erfahrungen der Betroffenen widerspiegeln. Die Quellensammlung basiert überwiegend auf Archivalien aus den Landesarchiv-Beständen der staatlichen Bezirksverwaltungen, der Volkspolizei und der SED auf Bezirks- und Kreisebene.

Um sich den Erfahrungen der Protestierenden vom 17. Juni weiter zu nähern, bieten sich beispielsweise Zeitzeugeninterviews an, wie sie auf der Webseite der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu finden sind.

Ortsübersicht

Quellenübersicht

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die in diesem Baustein enthaltenen Quellen mitsamt einer Angabe der jeweiligen Niveaustufe und Archivsignatur. Zur Einbindung in den Unterricht sind zu den Quellen Lehrplanbezüge und weiterführende inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit aufgeführt.

Die einzelnen Quellen sind mit orangefarbenen Punkten markiert, die mit ansteigender Zahl auf das Anforderungsniveau der Materialien hinweisen. Ein niedrigschwelliger Zugang (●) liegt bei kurzen und einfach geschriebenen Quellen vor, die wenige Fachbegriffe und zu dekonstruierende Ideologien enthalten. Bei Quellen, die aufgrund der Komplexität des Inhalts, des sprachlichen Duktus sowie des notwendigen Hintergrundwissens schwerer zu erschließen sind, besteht ein mittelschwelliger Zugang (● ●). Quellen wurden mit dem höchsten Niveau als hochschwelliger Zugang (● ● ●) bewertet, wenn sie besonders umfangreich sind und ein erhöhtes Dekonstruktionsvermögen erfordern.

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Halle			
Q 1a			**Einbindung in den Unterricht**
● ●	Betriebszeitung der Leuna-Werke *„Leuna Echo“* zur Erhöhung der Arbeitsnormen, 12. Juni 1953	LASA, I 525 Leuna-Werke, Nr. D 181.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • Einführung der sozialistischen Planwirtschaft und die Entwicklung der DDR • 17. Juni 1953: Vorgeschichte *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • Einführung der sozialistischen Planwirtschaft • 17. Juni 1953: Vorgeschichte
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Verhältnis von Politik und Wirtschaft in der Gesellschaft • Planwirtschaft und Sozialismus • Rolle von Gewerkschaften in der Gesellschaft
Q 1b			**Einbindung in den Unterricht**
● ●	Forderungen der Beschäftigten des *VEB Vereinigte Sodawerke „Karl Marx“ Bernburg-Staßfurt,* Juni 1953	LASA, M 556 Volkspolizei-Kreisamt Bernburg, Nr. 9, Bl. 181–182.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Streik und Streikrecht • Planwirtschaft und Sozialismus • Alltag in der DDR

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 1c			**Einbindung in den Unterricht**
●●●	Bericht der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle zu den Protesten am 17. Juni 1953 in Halle, 1. Juli 1953	LASA, M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle, Nr. 157, Bl. 5–7.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Streik und Streikrecht • Meinungsfreiheit in der DDR
Q 1d			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Schreiben eines Journalisten der Mitteldeutschen Tageszeitung *„Freiheit“* zu den Ereignissen in Halle am 17. Juni 1953, 4. August 1953	LASA, P 516 SED-Bezirksleitung Halle, Nr. 2159, Bl. 179–179 (RS).	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Meinungsfreiheit in der DDR • Pressefreiheit und Rolle der Medien in der Gesellschaft
Q 1e			**Einbindung in den Unterricht**
●	Fotografie zu den Protesten am Hallmarkt in Halle am 17. Juni 1953, 17. Juni 1953	Zeit-Geschichte(n) – Verein für erlebte Geschichte e. V.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR
Q 1f			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Bericht der SED-Kreisleitung Nebra zu den Protesten am 17. Juni 1953, 23. Juni 1953	LASA, P 516 SED-Bezirksleitung Halle, Nr. 2158, Bl. 29.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Das politische System der DDR • Ein-Parteien-Herrschaft der SED • Meinungsfreiheit in der DDR

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 1g			**Einbindung in den Unterricht**
●	Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Weißenfels zu den Protesten am 17. Juni 1953, ohne Datum	LASA, M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle, Nr. 155, Bl. 176.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR
Q 1h			**Einbindung in den Unterricht**
●●●	Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Quedlinburg zu den Protesten am 17. Juni 1953, 17./18. Juni 1953	LASA, M 556 Volkspolizei-Kreisamt Quedlinburg, Nr. 492, Bl. 6–7.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR • Streik und Streikrecht
Q 1i			**Einbindung in den Unterricht**
●	Aufruf zum Generalstreik aus Sangerhausen, 17./18. Juni 1953	LASA, M 556 Volkspolizei-Kreisamt Sangerhausen, Nr. 551, Bl. 98.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR • Streik und Streikrecht • Rolle von Gewerkschaften in der Gesellschaft
Q 1j			**Einbindung in den Unterricht**
●●●	Aufruf der SED-Bezirksleitung Halle zur Beendigung des Aufstands, 18. Juni 1953	LASA, M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle, Nr. 155, Bl. 169.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Selbstverständnis der DDR • Planwirtschaft und Sozialismus

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 1k			**Einbindung in den Unterricht**
●●	„Treue“-Erklärung der Betriebsgewerkschaftsleitung des *VEB Elektromotorenwerk Dessau*, 3. Juli 1953	LASA, I 408 VE Motorenwerke Dessau/ VEB Elektromotorenwerk Dessau, Nr. 718.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Selbstverständnis der DDR • Planwirtschaft und Sozialismus
Q 1l			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Protestschreiben des Schülerkollektivs der Betriebsparteischule des *VEB Mansfeld Kombinat „Wilhelm Pieck“*, Juni/Juli 1953	LASA, P 516 SED-Bezirksleitung Halle, Nr. 2158, Bl. 47.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Das politische System der DDR • Ein-Parteien-Herrschaft der SED • Meinungsfreiheit in der DDR
Q 1m			**Einbindung in den Unterricht**
●●●	Plakat der Betriebsgewerkschaftsleitung des *VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld* zu sozialpolitischen Maßnahmen, Juli 1953	LASA, I 507 VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, Nr. 422, Bl. 274–274 (RS).	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Alltag in der DDR • Das politische System der DDR • Planwirtschaft und Sozialismus

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 1n			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Tabellarische Übersicht zu Strafurteilen nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953	LASA, M 531 Bezirksgericht Halle, Nr. 477, Bl. 1.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung • Repression *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung • Repressionen in der DDR
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Das politische System der DDR • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR • Justiz und Rechtssystem in der DDR
Q 1o			**Einbindung in den Unterricht**
●	Kündigungsschreiben des *VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“ Weißenfels* für Gerhard Krause, 22. Juni 1953	Privatbesitz.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • Repression *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • Repressionen in der DDR
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Verhältnis von Politik und Wirtschaft in der Gesellschaft • Streik und Streikrecht
Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg			
Q 2a			**Einbindung in den Unterricht**
●●●	Bericht über Arbeitsniederlegungen im *Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“* in Magdeburg im Dezember 1952, 8. Januar 1953	LASA, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/4/30, Bl. 8–9.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Vorgeschichte • Einführung der sozialistischen Planwirtschaft und die Entwicklung der DDR *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Vorgeschichte • Einführung der sozialistischen Planwirtschaft
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Streik und Streikrecht • Verhältnis von Politik und Wirtschaft in der Gesellschaft • Planwirtschaft und Sozialismus

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 2b			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Osterburg zur Stimmung in der Bevölkerung, 11. Juni 1953	LASA, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 182, Bl. 109.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Vorgeschichte *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Vorgeschichte
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Planwirtschaft und Sozialismus • Alltag in der DDR • Landwirtschaft in der DDR
Q 2c			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Telegramm der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg an den Chef der Deutschen Volkspolizei am Morgen des 17. Juni 1953	LASA, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 180, Bl. 6.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Streik und Streikrecht • Meinungsfreiheit in der DDR
Q 2d			**Einbindung in den Unterricht**
●	Fotografie der Erstürmung des Sitzes der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, 17. Juni 1953	LASA, E 221 Rolf Heyer, Nr. 6.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR
Q 2e			**Einbindung in den Unterricht**
●	Fotografie eines sowjetischen Panzers auf der Hallischen bzw. Halberstädter Straße in Magdeburg, 17. Juni 1953	LASA, E 221 Rolf Heyer, Nr. 11.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 2f			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Ausrufung des Ausnahmezustands über die Stadt Magdeburg durch die sowjetische Militärkommandantur am 17. Juni 1953	LASA, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/3/189, Bl. 22.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Meinungsfreiheit in der DDR
Q 2g			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Forderungen des Betriebsrates des *VEB Schiffswerft „Edgar André“* in Rothensee, 18. Juni 1953	LASA, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 181, Bl. 171–171 (RS).	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Streik und Streikrecht • Rolle von Gewerkschaften in der Gesellschaft • Planwirtschaft und Sozialismus • Alltag in der DDR
Q 2h			**Einbindung in den Unterricht**
●	Resolution der Belegschaft des *VEM Anlagenbau Magdeburg (Außenstelle Barleben)* zum Aufstand vom 17. Juni, 18. Juni 1953	LASA, P 15 SED-Kreisleitung Wolmirstedt, Nr. IV/4/19/77, Bl. 25.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Streik und Streikrecht • Meinungsfreiheit in der DDR
Q 2i			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Bericht des Schulrats zu den Protesten an Schulen am 17./18. Juni 1953 im Kreis Wolmirstedt, 24. Juni 1953	LASA, P 15 SED-Kreisleitung Wolmirstedt, Nr. IV/4/19/77, Bl. 38.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 2j			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Tonaufzeichnung der Belegschaftsversammlung im *Elektromotorenwerk Wernigerode*, 18. Juni 1953	BArch, MfS, BV Magdeburg, Tb, Nr. 1.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR • Streik und Streikrecht
Q 2k			**Einbindung in den Unterricht**
●●●	Telegramm des Volkspolizei-Kreisamtes Halberstadt zu den Protesten am 18./19. Juni 1953, 19. Juni 1953	LASA, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 181, Bl. 13.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Widerstand und Protest in der DDR • Meinungsfreiheit in der DDR • Streik und Streikrecht
Q 2l			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Resolution der Belegschaft der *MTS Langeln* zum Aufstand vom 17. Juni, 19. Juni 1953	LASA, P 15 SED-Kreisleitung Halberstadt, Nr. IV/4/4/122, Bl. 31.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Meinungsfreiheit in der DDR • Landwirtschaft in der DDR

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 2m			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Bericht der SED-Kreisleitung Tangerhütte zum Zustand der Partei, 7. Dezember 1953	LASA, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/4/25, Bl. 254.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung • Repression *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung • Repressionen in der DDR
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Meinungsfreiheit in der DDR
Q 2n			**Einbindung in den Unterricht**
●●	„Treue“-Erklärung der SED-Betriebsparteiorganisation der *MTS Jarchau*, 15. August 1953	LASA, P 15 SED-Kreisleitung Stendal, Nr. IV/4/15/14, Bl. 303.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Ereignisse • 17. Juni 1953: Deutung
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Verhältnis von Politik und Wirtschaft in der Gesellschaft • Planwirtschaft und Sozialismus
Q 2o			**Einbindung in den Unterricht**
●●	Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Gardelegen zur Einwohnerversammlung in der Gemeinde Sichau, 11. Juli 1953	LASA, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 182, Bl. 3.	*Sekundarschule: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Deutung *Gymnasium: Grundlegende Wissensbestände* • 17. Juni 1953: Deutung
			Inhaltliche Anregungen für die Bildungsarbeit • Meinungsfreiheit in der DDR • Landwirtschaft in der DDR

Außerschulische Lern- und Gedenkorte

Folgende Einrichtungen können als außerschulischer Lernort Themen des Bausteins vertiefen:

Gedenkstätte Moritzplatz

Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945–1989

Umfassungsstraße 76
39124 Magdeburg

Gedenkstätte ROTER OCHSE

Am Kirchtor 20b
06108 Halle (Saale)

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Grimmaische Str. 6
04109 Leipzig

Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg

(Archivgut der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg, einschließlich deren Kreisdienststellen)

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg

Stasi-Unterlagen-Archiv Halle (Saale)

(Archivgut der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle, einschließlich deren Kreisdienststellen)

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Weiterführende Literatur und Projektideen

Weiterführende Literatur

- Hermann-Josef Rupieper (Hg.), „...und das Wichtigste ist doch die Einheit." Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster 2003.
- Anne Haertel, Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg, Wernigerode 2003.
- Stefanie Wahl, Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle, Wernigerode 2003.
- Stefanie Wahl/Paul Werner Wagner (Hg.), Der Bitterfelder Aufstand. Der 17. Juni 1953 und die Deutschlandpolitik, Leipzig 2003.
- Karin Grünwald, Magdeburg 17. Juni 1953, in: Matthias Puhle (Hg.): Magdeburg 17. Juni 1953 (Magdeburger Museumshefte, 2), Magdeburg 1993.
- Konrad Breitenborn, Tage zwischen Hoffnung und Angst. Der 17. Juni 1953 im Kreis Wernigerode, Wettin-Löbejün 2013.
- Thomas Flemming, Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953, Berlin 2003.
- Edda Ahrberg et al., Die Toten des Volksaufstands vom 17. Juni 1953, Münster 2004.
- Ilko-Sascha Kowalczuk, 17. Juni 1953, München 2013.

Weiterführende Projektideen

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt begrüßt Schulklassen aller weiterführenden Schulformen zur Projektarbeit und tiefergehenden Auseinandersetzung mit Originalquellen. Zur regional-lokalen Vertiefung zum 17. Juni 1953 bietet sich insbesondere die Quellenarbeit mit den polizeilichen Berichten zu den Protesten an. Die lokalen Volkspolizei-Kreisämter informierten die übergeordneten Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei am Tag des Aufstands sowie im Nachgang ausführlich über die Ereignisse vor Ort. Anhand der Mitteilungen, die detailliert über die Demonstrationen und Streiks sowie das Vorgehen der Polizeikräfte Auskunft geben, lässt sich die Entwicklung rund um den 17. Juni in den einzelnen Kreisen und Städten rekonstruieren. Die Meldungen der Volkspolizei-Kreisämter, die konkrete Hinweise auf die Orte des Geschehens geben, eignen sich besonders für einen alltagsweltlichen Zugang der Schülerinnen und Schüler zum Aufstand vom 17. Juni. Zu ausgewählten Orten könnten in einer Projektarbeit mithilfe der Polizeiberichte Rundgänge zu den lokalen Protesten entwickelt werden.

Für eine Recherche in den Beständen
des Landesarchivs Sachsen-Anhalt besuchen
Sie die Archivdatenbank unter
www.landesarchiv.sachsen-anhalt.de

Verwaltungskarte der Deutschen Demokratischen Republik mit Bezirks- und Kreiseinteilung

Haus der Geschichte, EB-Nr. 1995/11/0108.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953

Am 17. Juni 1953 protestierten in der gesamten DDR rund eine Million Menschen gegen die sozialen und politischen Verhältnisse im Land. Der Aufstand, der sich am Unmut über die ***Erhöhung der Arbeitsnormen*** entzündet hatte, stellte schnell die SED-Diktatur grundsätzlich infrage. Das sowjetische Militär schlug die Erhebung letztlich mit Gewalt nieder.

Erhöhung der Arbeitsnormen

Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise in der DDR 1952/53 ordnete die SED die Erhöhung der Arbeitsnormen an. Künftig sollten die Arbeiterinnen und Arbeiter zehn Prozent mehr Arbeitsleistung erbringen. Eine höhere Leistung bei gleichem Lohn bedeutete faktisch eine Lohnkürzung. In der sozialistischen Planwirtschaft wurden sämtliche wirtschaftliche Fragen – auch die Löhne – zentral vom Staat bestimmt.

Die Empörung über die Arbeitsnormen war nur der Auslöser der Proteste. Die Ursachen für den Aufstand lagen deutlich tiefer. Der von der SED im Juli 1952 beschlossene ***„Aufbau des Sozialismus“*** hatte das Land in eine Krise geführt: Unter hohem Druck hatte die SED seitdem begonnen, die Wirtschaft umzubauen. Die Maßnahmen führten zu wirtschaftlichen Problemen. Die Bevölkerung litt unter Versorgungsengpässen. Mit dem „Aufbau des Sozialismus“ verschärfte die SED zugleich die politische Unterdrückung. Die Partei ging energisch gegen (vermeintliche) politische Gegner vor. Um die eigene Macht weiter zu stärken, straffte die SED zudem den Staatsaufbau. Die bisherigen fünf Länder der DDR – Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – wurden aufgelöst. An die Stelle der Länder traten Bezirke, die direkt der Kontrolle der SED unterstanden. Das Land Sachsen-Anhalt wurde durch die Bezirke Halle und Magdeburg ersetzt.

Die Mangelwirtschaft und politische Unterdrückung, die sich im Zuge des „Aufbaus des Sozialismus“ verstärkten, schürten Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Schon im Dezember 1952 protestierten Menschen an verschiedenen Orten der DDR gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen (**Q 2a**). Doch die SED rückte nicht von ihrem harten Kurs ab. Die Wirtschaftskrise spitzte sich weiter zu. Die Fluchtbewegung aus der DDR erreichte immer neue Höchststände. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erhöhte die SED schließlich im Mai 1953 die Arbeitsnormen (**Q 1a**). Bei gleichem Lohn sollten die Menschen nun mehr arbeiten. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs weiter an.

Die Sowjetunion befürchtete in dieser Situation den Zusammenbruch der DDR. Anfang Juni 1953 wies die sowjetische Führung die SED-Spitze an, die Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ teilweise zurückzunehmen. Dieser „Neue Kurs“ der SED brachte vor allem Zugeständnisse für Privatunternehmen und die Landwirtschaft. Der Kampf gegen politische Gegner sollte nachlassen. Die Erhöhung der Arbeitsnormen blieb hingegen bestehen. Die Zugeständnisse der Regierung sollten die unzufriedene Bevölkerung besänftigten. Doch die Kehrtwende der Regierung weckte vielmehr die Hoffnung auf weitere Veränderungen (**Q 2b**). Unter den Arbeiterinnen und Arbeitern sorgte insbesondere die Beibehaltung der Normenerhöhung für Unmut.

Aus Unzufriedenheit über die Arbeitsnormen legten schließlich am 16. Juni Bauarbeiter in Ost-Berlin die Arbeit nieder und zogen zum Sitz der DDR-Regierung. Schnell kamen grundsätzlichere Forderungen, wie freie Wahlen und politische Freiheiten, auf. Die Rücknahme der Normenerhöhung konnte die Masse nicht mehr beschwichtigen. Die protestierenden Arbeiter riefen für den Folgetag, den 17. Juni, zum Generalstreik auf.

Die Nachricht über die Demonstration in Ost-Berlin verbreitete sich im Tagesverlauf in der gesamten DDR. Am 17. Juni 1953 griff der Protest schließlich auf das ganze Land über. An über 700 Orten forderten Demonstrantinnen und Demonstranten den Rücktritt der Regierung, die Verbesserung der Lebensbedingungen, freie Wahlen und Demokratie, die deutsche Einheit, den Abzug des sowjetischen Militärs und die Freilassung der politischen Gefangenen (**Q 1b, Q 2g, Q 2h, Q 2l**). Unter den Protestierenden waren auch viele junge Menschen (**Q 2i**). Vielerorts

„Aufbau des Sozialismus“

Auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 beschloss die SED den „Aufbau des Sozialismus“. Die Partei zielte damit auf die schnelle Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Sozialismus. Der Ausbau der Schwerindustrie wurde vorangetrieben. Zeitgleich ging die Partei gegen die Privatwirtschaft vor: Betriebe wurden verstaatlicht, Bauernhöfe zu größeren Vereinigungen zusammengeschlossen. Die wirtschaftliche Lage spitzte sich zu und führte zu einer mangelnden Versorgung mit alltäglichen Waren. Politische Gegner wurden unter Druck gesetzt. Mit besonderer Härte bekämpfte die SED die Kirchen.

besetzten die Demonstrantinnen und Demonstranten offizielle Gebäude, wie Polizeistellen und Parteizentralen (**Q 1d, Q 2d**). Gefängnisse wurden gestürmt und Häftlinge befreit.

Der Ausschnitt der Verwaltungskarte der DDR zeigt die Bezirke Halle und Magdeburg. Haus der Geschichte, EB-Nr. 1995/11/0108.

Schwerpunkte des Aufstands am 17. Juni lagen unter anderem in der Industrieregion rund um Halle und in der Stadt Magdeburg. Im Chemiedreieck Leuna-Buna-Bitterfeld, einer früheren „Hochburg" der Arbeiterbewegung, fielen die Proteste besonders stark aus (**Q 1c, Q 1e**). Doch auch in weiteren Teilen des Bezirks Halle breiteten sich die Demonstrationen und Streiks aus (**Q 1f, Q 1g, Q 1h, Q 1i**). Im Bezirk Magdeburg konzentrierte sich der Aufstand am 17. Juni zunächst auf die Stadt Magdeburg (**Q 2c**). Weiter entfernt von der Bezirkshauptstadt setzte der Protest teils erst am Folgetag ein (**Q 2j, Q 2k**).

Der Aufstand vom 17. Juni brachte die SED-Herrschaft ins Wanken. Als im Verlauf des Vormittags aus dem ganzen Land Proteste gemeldet wurden, übernahm die sowjetische Besatzungsmacht die Kontrolle und verhängte den Ausnahmezustand (**Q 2f**). Die sowjetische Armee ging bewaffnet gegen die Protestierenden vor (**Q 2e**). Trotzdem dauerte es noch Tage, bis die Proteste im gesamten Land endeten. Die blutige Niederschlagung des Aufstands kostete über 50 Menschen das Leben. Wenn auch die Demonstrationen und Streiks aufhörten, hielt die Unzufriedenheit in der Bevölkerung an (**Q 2o**).

Die SED stellte den Aufstand vom 17. Juni im Nachhinein als ***„faschistische Provokation"*** dar (**Q 1j**). In sogenannten „Treue"-Erklärungen bekannten sich örtliche Parteiorganisationen und Gewerkschaften zur Parteilinie (**Q 1k, Q 2n**). Allerdings traf der Umgang der SED mit dem Aufstand teils auch innerhalb der Partei auf Widerspruch (**Q 1l**).

„Faschistische Provokation"

Der Begriff „faschistische Provokation" entstammt der Propaganda der SED im Nachgang des Aufstands vom 17. Juni 1953. Die SED bezeichnete die westlichen Gegner, insbesondere die Bundesrepublik, als „faschistisch". Mit der Erzählung der „faschistischen Provokation" wollte die SED nach dem 17. Juni den Eindruck erwecken, feindliche Geheimdienste hätten die DDR-Bevölkerung zum Sturz der Regierung aufgehetzt.

Auf die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands folgte eine Welle der Repression. In der gesamten DDR kam es in den Tagen und Wochen nach dem 17. Juni zu Verhaftungen. Für die (angebliche) Beteiligung an den Protesten verhängten die Gerichte harte Strafen (**Q 1n**). Mehrere Menschen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Wiederum andere verloren aufgrund der Teilnahme an den Protesten ihren Arbeitsplatz (**Q 1o**). Die SED ging zudem in den eigenen Reihen gegen Mitglieder vor, die sich während des Aufstands nicht loyal zur Partei verhalten hatten (**Q 2m**). Um ihre Macht zu stabilisieren, setzte die SED zudem auf soziale Zugeständnisse an die Bevölkerung (**Q 1m**). Doch politische Veränderungen, wie sie am 17. Juni vielfach gefordert worden waren, blieben aus.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 entwickelte sich sowohl für die SED als auch die Bevölkerung zu einem Trauma: Die Partei hatte kurz vor dem Umsturz gestanden. Aus Sorge vor einer neuen Erhebung schreckte sie fortan vor allzu starken Einschnitten im Lebensstandard der Bevölkerung zurück. Zugleich baute sie den Überwachungs- und Repressionsapparat aus. Auf künftige Proteste wollte die Partei besser vorbereitet sein. Die Bevölkerung scheute nach der blutigen Niederschlagung der Proteste bis zum Herbst 1989 die offene Auseinandersetzung mit dem Regime.

Das SED-Propagandaplakat zeigt das Columbus-Haus in Ost-Berlin, das am Tag des Aufstands in Brand gesteckt wurde. Das Gebäude beherbergte eine Polizeistelle und ein Geschäft der staatlichen Handelsorganisation. Die SED stellte den Aufstand vom 17. Juni 1953 als einen vom Westen vorbereiten Putsch – den sogenannten „Tag X" – dar. LASA, M 561 Aschersleben S, Nr. 818.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Halle

Als am 17. Juni 1953 in der gesamten DDR Proteste ausbrachen, bildete der Bezirk Halle ein Zentrum des Aufstands. Die Demonstrationen und Streiks nahmen ihren Ausgangspunkt in den großen Industriebetrieben, wie den Film- und Farbenfabriken Wolfen, der Lokomotiven- und Waggonfabrik Ammendorf, den Buna- und Leuna-Werken sowie dem Mansfeld Kombinat. Letztlich gingen in allen Kreisen des Bezirkes Menschen auf die Straße und legten die Arbeit nieder. Schätzungen zufolge protestierten am 17. Juni im gesamten Bezirk Halle mehr als 145.000 Menschen.

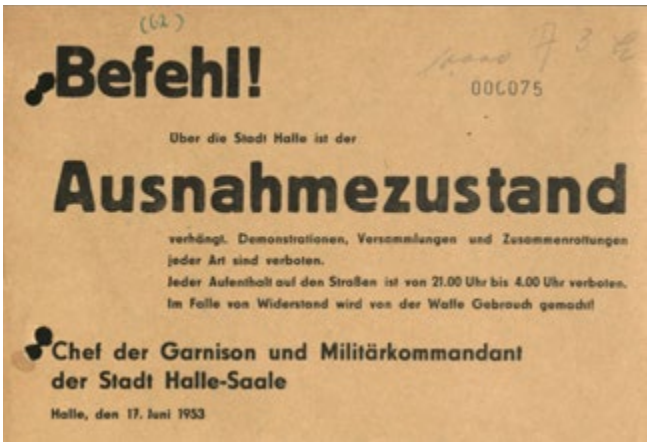
In den Tagen vor dem Aufstand vermittelte die SED-Propaganda noch den Eindruck, dass die Arbeiter, wie zum Beispiel in den Leuna-Werken (**Q 1a**), die ***Erhöhung der Arbeitsnormen*** ohne Protest annehmen würden. Tatsächlich kam jedoch in den Belegschaften Unmut auf: Die Erhöhung der Normen bei gleichem Lohn bedeutete nichts anderes als eine Lohnkürzung.

Erhöhung der Arbeitsnormen

Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise in der DDR 1952/53 ordnete die SED die Erhöhung der Arbeitsnormen an. Künftig sollten die Arbeiterinnen und Arbeiter zehn Prozent mehr Arbeitsleistung erbringen. Eine höhere Leistung bei gleichem Lohn bedeutete faktisch eine Lohnkürzung. In der sozialistischen Planwirtschaft wurden sämtliche wirtschaftliche Fragen – auch die Löhne – zentral vom Staat bestimmt.

Wenn auch die Rücknahme der Normenerhöhung am 17. Juni 1953 eine zentrale Forderung der Demonstrantinnen und Demonstranten war, gingen ihre Ziele weit darüber hinaus. Die Forderungslisten der Beschäftigten des *VEB Vereinigte Sodawerke „Karl Marx“ Bernburg-Staßfurt* zeigen die Breite der sozialen und politischen Forderungen (**Q 1b**): Senkung der Preise in den Geschäften des staatlichen Handels, Freilassung von politischen Gefangenen, Rücktritt der Regierung, Meinungsfreiheit und demokratische Wahlen, politische Unabhängigkeit der Gewerkschaften.

In der Bezirkshauptstadt Halle demonstrierten am 17. Juni 1953 über den Tag hinweg mehrere zehntausend Menschen (**Q 1c**). Die Proteste nahmen ihren Anfang in den Großbetrieben am Stadtrand. Die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter bewegten sich zu Tausenden in das Zentrum. Wiederholt stürmten die Protestierenden Orte der Macht, wie die SED-Bezirksleitung am Marx-Engels-Platz (heute Steintor) (**Q 1d**)


Befehl!

000075

Über die Stadt Halle ist der

Ausnahmezustand

verhängt. Demonstrationen, Versammlungen und Zusammenrottungen jeder Art sind verboten.

Jeder Aufenthalt auf den Straßen ist von 21.00 Uhr bis 4.00 Uhr verboten.

Im Falle von Widerstand wird von der Waffe Gebrauch gemacht!

Chef der Garnison und Militärkommandant der Stadt Halle-Saale

Halle, den 17. Juni 1953

Ausrufung des Ausnahmezustands über die Stadt Halle durch die sowjetische Militärkommandantur am 17. Juni 1953. LASA, M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle, Nr. 155, Bl. 75.

und die Haftanstalt Kleine Steinstraße. Weitere Erstürmungen, wie am Zuchthaus „Roter Ochse“, wurden vom Wachschutz mit Waffengewalt verhindert. In den Mittagsstunden bildete sich in der Bezirksstadt ein Komitee zur Leitung des Protests. Die zentrale Koordinierung des Aufstands war eine Besonderheit, die es in der übrigen DDR lediglich in Bitterfeld sowie in Dresden, Leipzig und Görlitz gab. Um 18 Uhr fanden sich die Protestierenden in Halle zur größten Demonstration in der DDR am 17. Juni 1953 zusammen: Etwa 60.000 Menschen demonstrierten auf dem Hallmarkt. Die Teilnehmenden setzten sich über den verhängten Ausnahmezustand hinweg, der jegliche Versammlung verbot. Nachdem die sowjetischen Truppen sich anfangs zurückgehalten hatten, lösten sie die Proteste im weiteren Verlauf des Abends mit Waffengewalt auf (**Q 1e**). Volkspolizisten erschossen in Halle während des Aufstands vom 17. Juni und den folgenden Tagen acht Demonstrantinnen und Demonstranten.

Weitere Schwerpunkte der Proteste im Bezirk Halle am 17. Juni 1953 lagen in Bitterfeld, Merseburg sowie im Mansfelder Land. In Bitterfeld demonstrierten etwa 30.000 Menschen. Das lokale Streikkomitee setzte zwischenzeitlich den Bürgermeister ab. In Merseburg versammelten sich die Beschäftigten der Buna- und Leuna-Werke mit der Stadtbevölkerung. Im Mansfelder Revier kam es zu weiteren Arbeitsniederlegungen in Bergwerken und Betrieben. Nicht nur in Halle, sondern auch in Bitterfeld, Naumburg, Merseburg, Eisleben und Roßlau stürmten die Aufständischen Gefängnisse und befreiten die Inhaftierten. Die Proteste strahlten in weitere Städte und Kreise, wie Nebra (**Q 1f**), Weißenfels (**Q 1g**) und Quedlinburg (**Q 1h**) aus. In manchen Städten, wie Bernburg, Köthen oder Zeitz, kam es erst am folgenden Tag zu Protesten.

Im Verlauf des 17. Juni 1953 und in den folgenden Tagen schlug die sowjetische Militärkommandantur den Aufstand mit Waffengewalt nieder. Wenn auch der Aufstand gebrochen war, flammten die Proteste im Bezirk Halle in den Wochen nach dem 17. Juni vereinzelt immer wieder auf. Im Kreis Sangerhausen wurde ein Aufruf zu einem Generalstreik am 19. Juni verbreitet (**Q 1i**). Ein Höhepunkt der andauernden Proteste im Bezirk Halle war der Streik von mehreren tausend Arbeitern in den Buna-Werken am 15. Juli.

Für die SED bedeuteten die heftigen Proteste im Bezirk Halle eine herbe Niederlage: Die Industrieregion rund um Halle galt wegen der starken Arbeiterbewegung in der Vergangenheit als „Hochburg" der Partei. Mit den Demonstrationen und Streiks hatte sich die vermeintliche Basis nun offen gegen die SED gestellt. Um das Gesicht wahren zu können, stellte die SED den Aufstand vom 17. Juni 1953 kurzerhand als ***„faschistische Provokation"*** dar (**Q 1j**). In sogenannten „Treue"-Erklärungen bekannten sich örtliche Parteiorganisationen und Gewerkschaften, wie die Betriebsgewerkschaftsleitung des *VEB Elektromotorenwerk Dessau* zur Parteilinie (**Q 1k**). Teilweise, wie an der Betriebsparteischule des *Mansfeld Kombinats „Wilhelm Pieck"*, traf der Umgang der SED mit dem Aufstand auf Widerspruch (**Q 1l**).

„Faschistische Provokation"

Der Begriff „faschistische Provokation" entstammt der Propaganda der SED im Nachgang des Aufstands vom 17. Juni 1953. Die SED bezeichnete die westlichen Gegner, insbesondere die Bundesrepublik, als „faschistisch". Mit der Erzählung der „faschistischen Provokation" wollte die SED nach dem 17. Juni den Eindruck erwecken, feindliche Geheimdienste hätten die DDR-Bevölkerung zum Sturz der Regierung aufgehetzt.

Die Regierung erkannte die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Teilen an. Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage sollten die aufständischen Demonstrantinnen und Demonstranten vom 17. Juni 1953 beruhigen. Das „Sofortprogramm zur Verbesserung der sanitären und sozialen Einrichtungen" im *VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld* zeigt die Grenzen der Zugeständnisse (**Q 1m**). Politische Veränderungen blieben aus.

Die SED reagierte auf den 17. Juni 1953 zugleich mit Repression. In den Tagen und Wochen nach dem Aufstand wurden im Bezirk mehr als 700 Menschen festgenommen. Die Gerichte verurteilten in den folgenden Monaten eine große Zahl (vermeintlicher) Aufständischer zu mehrjährigen Freiheitsstrafen oder sogar

Erna Dorn

Erna Dorn war kurz vor dem 17. Juni 1953 wegen Verbrechen im Nationalsozialismus verurteilt worden. Die Verurteilung basierte allein auf Selbstbezichtigungen. Möglicherweise beschuldigte sich Erna Dorn aufgrund einer psychischen Störung selbst als NS-Verbrecherin. Im Zuge der Erstürmung der Hallenser Haftanstalt wurde sie befreit. Nach dem 17. Juni wurde Erna Dorn von der SED-Propaganda als Anführerin des Aufstands in Halle dargestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Mehr zu ihrer Biografie:

Todesstrafen (**Q 1n**). Wiederum andere, wie im Fall eines Weißenfelser Arbeiters (**Q 1o**), verloren aufgrund der Beteiligung an den Protesten ihre Anstellung. Bei der Strafverfolgung suchten die Sicherheitsbehörden nach Belegen für die Legende des „faschistischen Putschversuchs". Die Erzählung des vom Westen gesteuerten Aufstands fußte für den Bezirk Halle insbesondere auf der angeblichen Agentin ***Erna Dorn***. Die Demonstrantinnen und Demonstranten vom 17. Juni wussten gleichwohl, dass sie aus eigenem Antrieb für ihre Rechte auf die Straße gegangen waren.

Sowjetische Panzer sowie Demonstrantinnen und Demonstranten am Hallmarkt in Halle am 17. Juni 1953. Zeit-Geschichte(n) – Verein für erlebte Geschichte e. V.

Q 1a: Betriebszeitung der Leuna-Werke *„Leuna Echo“* zur Erhöhung der Arbeitsnormen, 12. Juni 1953

Der vorliegende Auszug aus der Betriebszeitung der Leuna-Werke *„Leuna Echo“* vom 12. Juni 1953 informiert über die Steigerung der Arbeitsnormen im Werk.

Die beschriebenen Normenerhöhungen in den Leuna-Werken gingen auf einen Beschluss des Ministerrats der DDR vom 28. Mai 1953 zurück. Dieser Beschluss gab die Steigerung der Arbeitsleistung um 10 Prozent in den staatlichen Betrieben bis zum 30. Juni 1953 vor. Bereits wenige Wochen vor dem Ministerratsbeschluss hatte die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED die Erhöhung der Normen gefordert. In der SED-Propaganda zur Normenerhöhung wurde die Steigerung der Produktivität bis zum 30. Juni 1953 mit dem 60. Geburtstag von Walter Ulbricht, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, am selben Tag verknüpft. In einem symbolischen Akt nahmen die Brigaden, die kleinsten Arbeitsgruppen in Betrieben, die von oben verordnete Steigerung der Arbeitsnormen an.

Unter dem Druck der Sowjetunion, die die politische und wirtschaftliche Lage der DDR sehr kritisch einstufte, nahm die SED Anfang Juni 1953 weite Teile der Maßnahmen zum „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ zurück. Der sogenannte „Neue Kurs“ der SED brachte Zugeständnisse an die Landwirtschaft sowie private Unternehmen und versprach größere politische Freiheiten. Die Steigerung der Normen für die Arbeiter blieb jedoch bestehen. Die Nichtrücknahme der Normenerhöhung trotz allgemeiner Lockerungen ließ den Unmut der Arbeiter nochmals wachsen. Erst am Vortag des 17. Juni 1953 wurde die Erhöhung der Normen – unter dem Eindruck der Proteste in Ost-Berlin – von der SED-Führung zurückgenommen. Den Aufstand vom 17. Juni konnte dieses Zugeständnis jedoch nicht mehr aufhalten.

LEUNA ECHO

BETRIEBSZEITUNG DER BETRIEBSCHAFT DER LEUNAWERKE „WALTER ULBRICHT“

HERAUSGEBER KREISLEITUNG DER SED LEUNAWERKE „WALTER ULBRICHT“

Erscheint zweimal wöchentlich · Preis 5Pf

12. Juni 1953

Die ersten Brigaden

Kurz gemeldet:

LEUNA ECHO

BETRIEBSZEITUNG DER BELEGSCHAFT DER LEUNAWERKE „WALTER ULBRICHT"

HERAUSGEBER KREISLEITUNG DER SED LEUNAWERKE „WALTER ULBRICHT"

6. Jahrgang / Nr. 43 — Erscheint zweimal wöchentlich / Preis 5 Pf — 12. Juni 1953

Die ersten Brigaden

(BK) Als erste Brigaden unseres Werkes verwirklichten die Brigaden der Betriebswerkstatt Energien Bau 3 und Bau 103 den Ministerratsbeschluß. In ihrer Verpflichtung heißt es unter anderem: „Aus der Erkenntnis, daß der Ministerratsbeschluß über die Erhöhung der Normen zum Wohle unserer Werktätigen gefaßt wurde, erklären sich die Brigaden im Bau 3 und Bau 103 der EGR-Anlage der Betriebswerkstatt Energien bereit, zu Ehren des 60. Geburtstages unseres Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht ihre Normen auf die für ihren Betrieb gültigen Kennziffern zu erhöhen."

Meister

Abteilungsgewerkschaftsleitung

Brigade Kötteritzsch diskutiert über die Verbesserung der Arbeitsorganisation

Kurz gemeldet:

Wir verwirklichen zu Ehren des 60. Geburtstages des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht den Ministerratsbeschluß in unserem Betrieb

Organische Abteilung

Die Kolleginnen und Kollegen der Meistergruppe Auel, Bau 958, verpflichten sich nach eingehender Diskussion mit ihren Brigaden, ihre Norm auf die Kennziffern für ihren Betrieb zu erhöhen.

Utgenannt, Auel, Pießler, Michaelis, Hesselbarth

43 Kollegen der Belegschaft Seckinger haben in Kurzversammlungen über die Anerkennung der Kennziffer diskutiert, und sie beschlossen, ihre Normen auf die Kennziffern zu erhöhen.

Utgenannt, Seckinger, Würker, Ertel, Marschall, Wolf, Krogull

Die Kollegen der Meistergruppe Eichert aus Bau 956 a erklären sich bereit, den Ministerratsbeschluß zu realisieren. Sie erhöhen ihre Normen auf die Kennziffern für ihren Betrieb.

Heinkel, Berger, Bierbaum, Franke

Zur schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität

Um den Ministerratsbeschluß vom 28. Mai 1953 über die schnellere Steigerung der Arbeitsproduktivität zu realisieren, erhöhen die Kollegen Erich Richter, Siegfried Kohlbeck und Walter Kurze ihre Normen beim „Plunger an Einspritzpumpe 1000 Liter in Bau 107 auswechseln" um 10 Prozent.

Der Beschluß der 13. Tagung des ZK der SED und darüber hinaus der Ministerratsbeschluß über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung der strengen Sparsamkeit zeigt uns den Weg zum besseren Lebensstandard. „Ich realisiere den Ministerratsbeschluß und erhöhe meine Normen um zehn Prozent."

Werner Reiche, Schlosserei Organische, Bau 99

Die Meistergruppe Hein erklärt sich nach gründlicher Diskussion bereit, den Ministerratsbeschluß zu realisieren. Die Kolleginnen und Kollegen gaben für die auferlegten Planzahlen ihre Zustimmung.

Hartung, Arndt, Geithausen, Becker

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 525 Leuna-Werke, Nr. D 181.

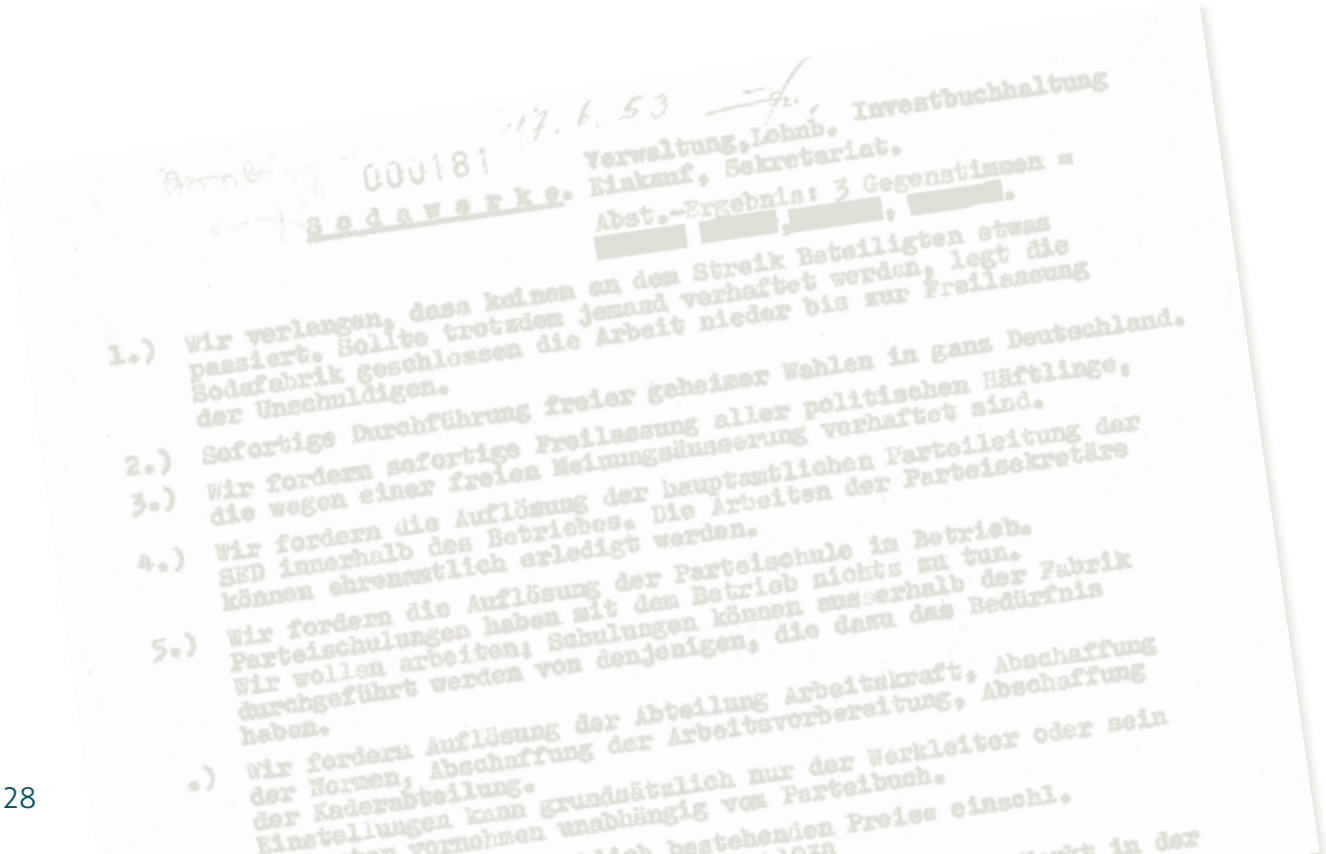
Q 1b: Forderungen der Beschäftigten des *VEB Vereinigte Sodawerke „Karl Marx“ Bernburg-Staßfurt*, Juni 1953

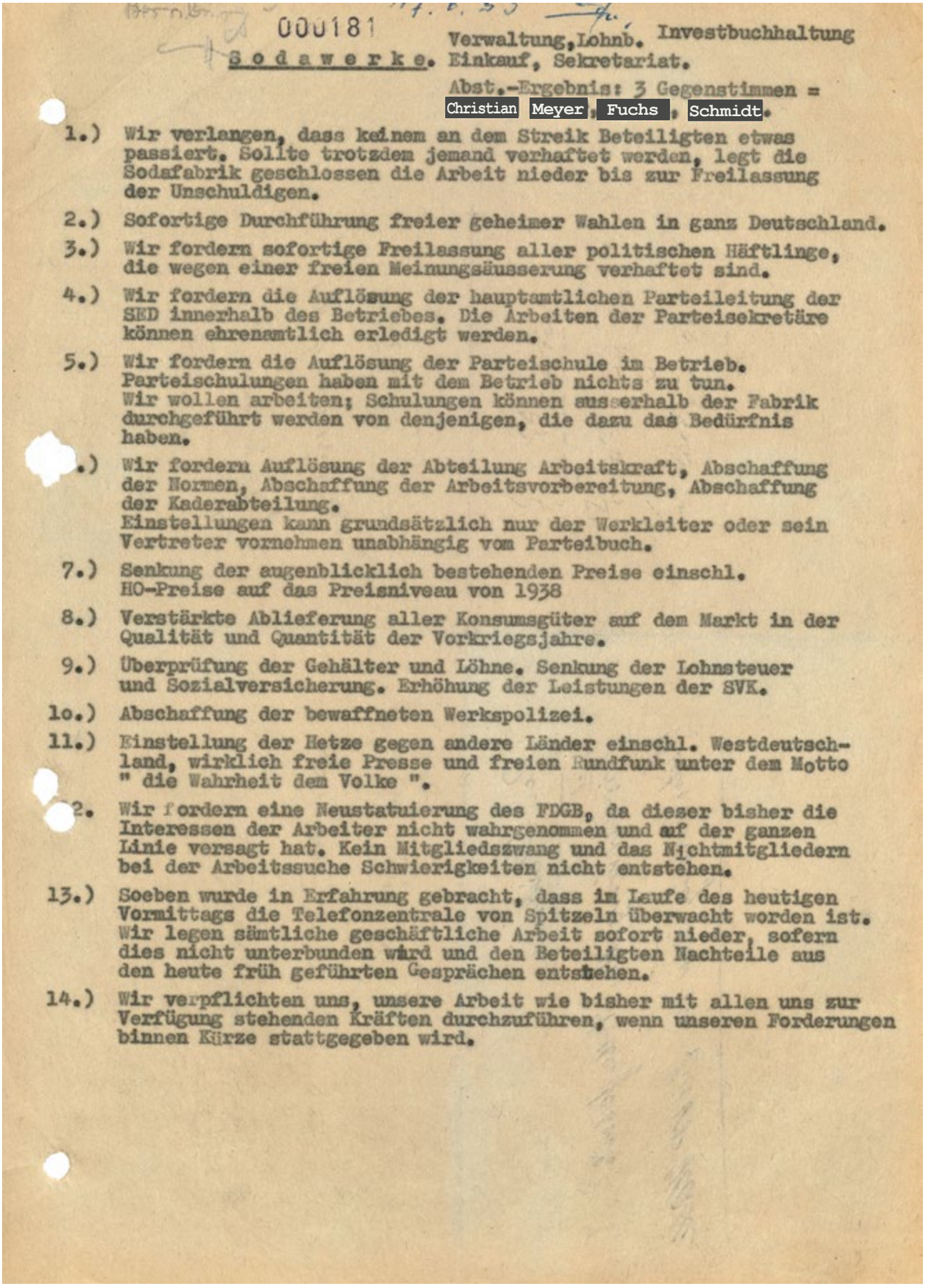
Die vorliegenden Listen enthalten Forderungen der Beschäftigten des *VEB Vereinigte Sodawerke „Karl Marx“ Bernburg-Staßfurt*, die diese im Zuge des Aufstands vom 17. Juni 1953 aufstellten.

Die Forderungen geben die Breite der sozialen und politischen Ziele der Protestierenden rund um den 17. Juni wieder. Die Urheberinnen und Urheber der Listen entstammen zwei verschiedenen Abteilungen im *VEB Vereinigte Sodawerke „Karl Marx“ Bernburg-Staßfurt*. Die Forderungskataloge weisen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede auf.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

VEB	-	Volkseigener Betrieb; Betrieb in Staatseigentum
Abst.-Ergebnis	-	Abstimmungsergebnis
HO-Preise	-	Preise im staatlichen Einzelhandel; Handelsorganisation (HO) war ein staatliches Einzelhandelsunternehmen der DDR
SVK	-	Sozialversicherungskasse
FDGB	-	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund; keine unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten, sondern politisch an die SED gebunden
AGL	-	Abteilungsgewerkschaftsleitung
TAN	-	Technisch-begründete Arbeitsnorm
Abzl. Arbeit	-	Abzuleistende Arbeit
VP-Gehalt	-	Gehalt der Volkspolizei
v. 15 – 25 Jr.	-	Strafurteile mit Freiheitsstrafen in Höhe von 15 bis 25 Jahren
BGL-Mitglied	-	Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung





000181

Verwaltung, Lohnb. Investbuchhaltung
Sodawerke. Einkauf, Sekretariat.

Abst.-Ergebnis: 3 Gegenstimmen =
Christian Meyer, Fuchs, Schmidt.

1.) Wir verlangen, dass keinem an dem Streik Beteiligten etwas passiert. Sollte trotzdem jemand verhaftet werden, legt die Sodafabrik geschlossen die Arbeit nieder bis zur Freilassung der Unschuldigen.

2.) Sofortige Durchführung freier geheimer Wahlen in ganz Deutschland.

3.) Wir fordern sofortige Freilassung aller politischen Häftlinge, die wegen einer freien Meinungsäusserung verhaftet sind.

4.) Wir fordern die Auflösung der hauptamtlichen Parteileitung der SED innerhalb des Betriebes. Die Arbeiten der Parteisekretäre können ehrenamtlich erledigt werden.

5.) Wir fordern die Auflösung der Parteischule im Betrieb. Parteischulungen haben mit dem Betrieb nichts zu tun. Wir wollen arbeiten; Schulungen können ausserhalb der Fabrik durchgeführt werden von denjenigen, die dazu das Bedürfnis haben.

6.) Wir fordern Auflösung der Abteilung Arbeitskraft, Abschaffung der Normen, Abschaffung der Arbeitsvorbereitung, Abschaffung der Kaderabteilung.
Einstellungen kann grundsätzlich nur der Werkleiter oder sein Vertreter vornehmen unabhängig vom Parteibuch.

7.) Senkung der augenblicklich bestehenden Preise einschl. HO-Preise auf das Preisniveau von 1938

8.) Verstärkte Ablieferung aller Konsumsgüter auf dem Markt in der Qualität und Quantität der Vorkriegsjahre.

9.) Überprüfung der Gehälter und Löhne. Senkung der Lohnsteuer und Sozialversicherung. Erhöhung der Leistungen der SVK.

10.) Abschaffung der bewaffneten Werkspolizei.

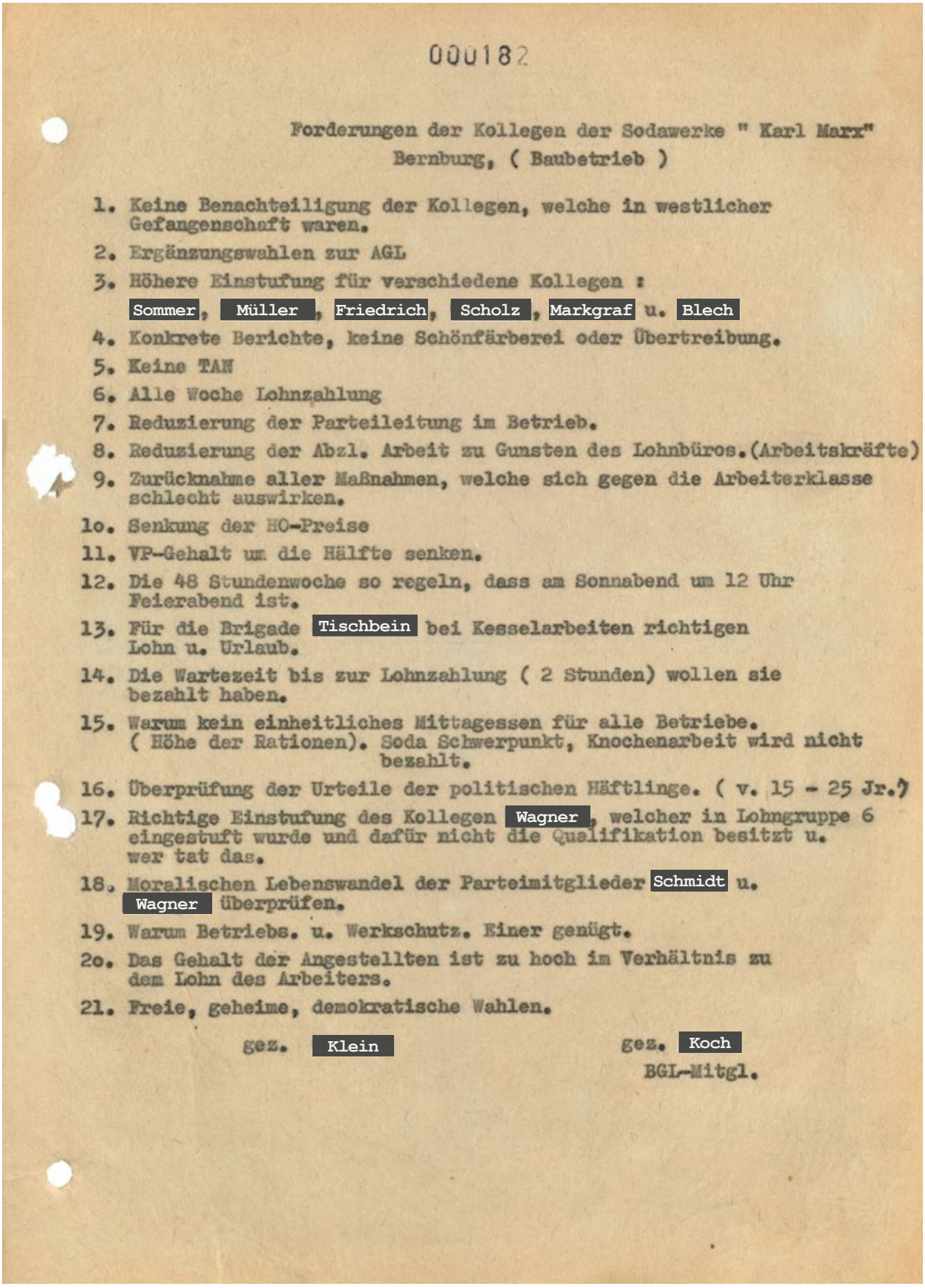
11.) Einstellung der Hetze gegen andere Länder einschl. Westdeutschland, wirklich freie Presse und freien Rundfunk unter dem Motto " die Wahrheit dem Volke ".

12. Wir fordern eine Neustatuierung des FDGB, da dieser bisher die Interessen der Arbeiter nicht wahrgenommen und auf der ganzen Linie versagt hat. Kein Mitgliedszwang und das Nichtmitgliedern bei der Arbeitssuche Schwierigkeiten nicht entstehen.

13.) Soeben wurde in Erfahrung gebracht, dass im Laufe des heutigen Vormittags die Telefonzentrale von Spitzeln überwacht worden ist. Wir legen sämtliche geschäftliche Arbeit sofort nieder, sofern dies nicht unterbunden wird und den Beteiligten Nachteile aus den heute früh geführten Gesprächen entstehen.

14.) Wir verpflichten uns, unsere Arbeit wie bisher mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen, wenn unseren Forderungen binnen Kürze stattgegeben wird.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 556 Volkspolizei-Kreisamt Bernburg, Nr. 9, Bl. 181.



000182

Forderungen der Kollegen der Sodawerke " Karl Marx"
Bernburg, (Baubetrieb)

1. Keine Benachteiligung der Kollegen, welche in westlicher Gefangenschaft waren.
2. Ergänzungswahlen zur AGL
3. Höhere Einstufung für verschiedene Kollegen :
   Sommer, Müller, Friedrich, Scholz, Markgraf u. Blech
4. Konkrete Berichte, keine Schönfärberei oder Übertreibung.
5. Keine TAN
6. Alle Woche Lohnzahlung
7. Reduzierung der Parteileitung im Betrieb.
8. Reduzierung der Abzl. Arbeit zu Gunsten des Lohnbüros.(Arbeitskräfte)
9. Zurücknahme aller Maßnahmen, welche sich gegen die Arbeiterklasse schlecht auswirken.
10. Senkung der HO-Preise
11. VP-Gehalt um die Hälfte senken.
12. Die 48 Stundenwoche so regeln, dass am Sonnabend um 12 Uhr Feierabend ist.
13. Für die Brigade Tischbein bei Kesselarbeiten richtigen Lohn u. Urlaub.
14. Die Wartezeit bis zur Lohnzahlung (2 Stunden) wollen sie bezahlt haben.
15. Warum kein einheitliches Mittagessen für alle Betriebe. (Höhe der Rationen). Soda Schwerpunkt, Knochenarbeit wird nicht bezahlt.
16. Überprüfung der Urteile der politischen Häftlinge. (v. 15 - 25 Jr.)
17. Richtige Einstufung des Kollegen Wagner, welcher in Lohngruppe 6 eingestuft wurde und dafür nicht die Qualifikation besitzt u. wer tat das.
18. Moralischen Lebenswandel der Parteimitglieder Schmidt u. Wagner überprüfen.
19. Warum Betriebs. u. Werkschutz. Einer genügt.
20. Das Gehalt der Angestellten ist zu hoch im Verhältnis zu dem Lohn des Arbeiters.
21. Freie, geheime, demokratische Wahlen.

gez. Klein

gez. Koch
BGL-Mitgl.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 556 Volkspolizei-Kreisamt Bernburg, Nr. 9, Bl. 182.

Q 1c: Bericht der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle zu den Protesten am 17. Juni 1953 in Halle, 1. Juli 1953

Der vorliegende Auszug stammt aus einem mehrseitigen Bericht der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle vom 1. Juli 1953 zu den Ereignissen am 17. Juni und den folgenden Tagen in der Stadt Halle.

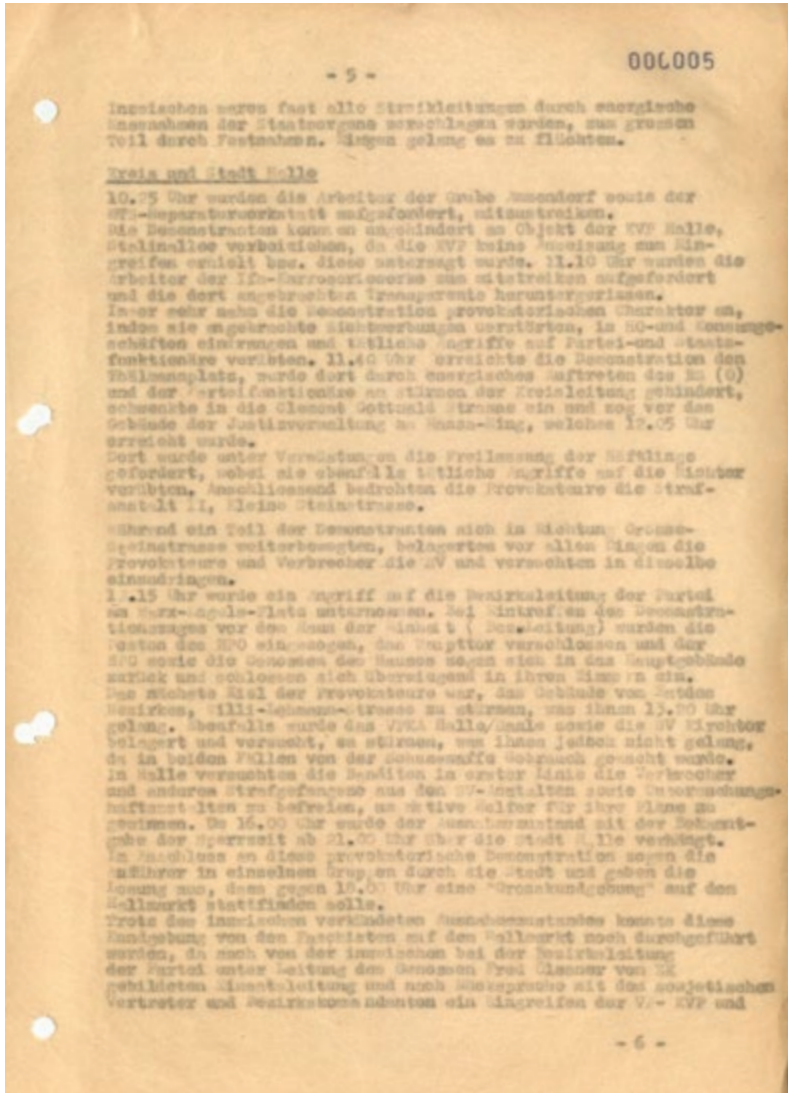
Die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle informiert in diesem Bericht aus ihrer Sicht über die Proteste im Zuge des 17. Juni 1953. Der Meldung der Volkspolizei zufolge starben in Halle am 17. Juni und den folgenden Tagen sechs Personen. Tatsächlich erschossen Volkspolizisten in der Stadt jedoch insgesamt acht Menschen.

In dem Dokument wird unter anderem auf die Hallenser Bürgerin Erna Dorn Bezug genommen, die wegen ihrer angeblichen nationalsozialistischen Vergangenheit als „SS-Kommandeuse“ im Konzentrationslager Ravensbrück als Beleg für den faschistischen Charakter des Aufstands angeführt wurde.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

MTS	-	Maschinen-Traktoren-Station
KVP	-	Kasernierte Volkspolizei; halb-militärische Einheit
IFA-Karosseriewerk	-	Betrieb des Industrieverbands Fahrzeugbau
HO	-	Handelsorganisation; staatliches Einzelhandelsunternehmen der DDR
BS (O)	-	Betriebsschutz „Objekte“
SV	-	Strafvollzugsanstalt
Haus der Einheit	-	Sitz der SED-Bezirksleitung Halle
Bez.Leitung	-	Bezirksleitung der SED
BPO	-	Betriebsparteiorganisation
VPKA	-	Volkspolizei-Kreisamt
SV Kirchtor	-	Strafvollzugsanstalt Kirchtor; bekannt als Zuchthaus „Roter Ochse“
SV-Anstalten	-	Strafvollzugsanstalten
ZK	-	Zentralkomitee der SED; Parteivorstand
VP	-	Volkspolizei
VA II Halle	-	Strafvollzugsanstalt II Halle; bekannt als Strafvollzugsanstalt Kleine Steinstraße
Lowa-Ammendorf	-	Lokomotiven- und Waggonfabrik Ammendorf
Diamalt	-	Bonbonfabrik „Diamalt, Mignon Most-Werke“ Halle
EKM	-	Energie und Kraftmaschinenbau
BVP	-	Bezirksvolkspolizei

Transkription



- 5 -

000005

Inzwischen waren fast alle Streikleitungen durch energische Maßnahmen der Staatsorgane zerschlagen worden, zum großen Teil durch Festnahmen. Einigen gelang es zu flüchten.

Kreis und Stadt Halle

10.25 Uhr wurden die Arbeiter der Grube Ammendorf sowie der HTS-Reparaturwerkstatt aufgefordert, mitzustreiken. Die Demonstranten konnten ungehindert am Objekt der KVP Halle, Stalinallee vorbeiziehen, da die KVP keine Anweisung zum Eingreifen erhielt bzw. diese untersagt wurde. 11.10 Uhr wurden die Arbeiter der Ifa-Karroseriewerke zum mitstreiken aufgefordert und die dort angebrachten Transparente heruntergerissen.
Immer mehr nahm die Demonstration provokatorischen Charakter an, indem sie angebrachte Sichtwerbungen zerstörten, in HO-und Konsumgeschäften eindrangen und tätliche Angriffe auf Partei-und Staatsfunktionäre verübten. 11.40 Uhr erreichte die Demonstration den Thälmannplatz, wurde dort durch energisches Auftreten des Bs (O) und der Parteifunktionäre am Stürmen der Kreisleitung gehindert, schwenkte in die Clement Gottwald Strasse ein und zog vor das Gebäude der Justizverwaltung am Hansa-Ring, welches 12.05 Uhr erreicht wurde.
Dort wurde unter Verwüstungen die Freilassung der Häftlinge gefordert, wobei sie ebenfalls tätliche Angriffe auf die Richter verübten. Anschliessend bedrohten die Provokateure die Strafanstalt II, Kleine Steinstrasse.

Während ein Teil der Demonstranten sich in Richtung Grosse-Steinstrasse weiterbewegten, belagerten vor allen Dingen die Provokateure und Verbrecher die SV und versuchten in dieselbe einzudringen.
12.15 Uhr wurde ein Angriff auf die Bezirksleitung der Partei am Marx-Engels-Platz unternommen. Bei Eintreffen des Demonstrationszuges vor dem Haus der Einheit (Soz.Leitung) wurden die Posten des BPO eingezogen, das Haupttor verschlossen und der BPO sowie die Genossen des Hauses zogen sich in das Hauptgebäude zurück und schlossen sich überwiegend in ihren Zimmern ein. Das nächste Ziel der Provokateure war, das Gebäude vom Ratdes Bezirkes, Willi-Lohmann-Strasse zu stürmen, was ihnen 13.20 Uhr gelang. Ebenfalls wurde das VPKA Halle/Saale sowie die SV Kirchtor belagert und versucht, zu stürmen, was ihnen jedoch nicht gelang, da in beiden Fällen von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde. In Halle versuchten die Banditen in erster Linie die Verbrecher und anderen Strafgefangene aus den SV-Anstalten sowie Untersuchungshaftanstalten zu befreien, um aktive Helfer für ihre Pläne zu gewinnen. Um 16.00 Uhr wurde der Ausnahmezustand mit der Bekanntgabe der Sperrzeit ab 21.00 Uhr über die Stadt Halle verhängt.
Im Anschluss an diese provokatorische Demonstration zogen die Aufrührer in einzelnen Gruppen durch die Stadt und gaben die Losung aus, dass gegen 18.00 Uhr eine „Grosskundgebung“ auf dem Hallmarkt stattfinden sollte.
Trotz des inzwischen verkündeten Ausnahmezustandes konnte diese Kundgebung von den Faschisten auf dem Hallmarkt noch durchgeführt werden, da auch von der inzwischen bei der Bezirksleitung der Partei unter Leitung des Genossen Fred Ölssner vom ZK gebildeten Einsatzleitung und nach Rücksprache mit dem sowjetischen Vertreter und Bezirkskommandanten ein Eingreifen der VP- KVP und

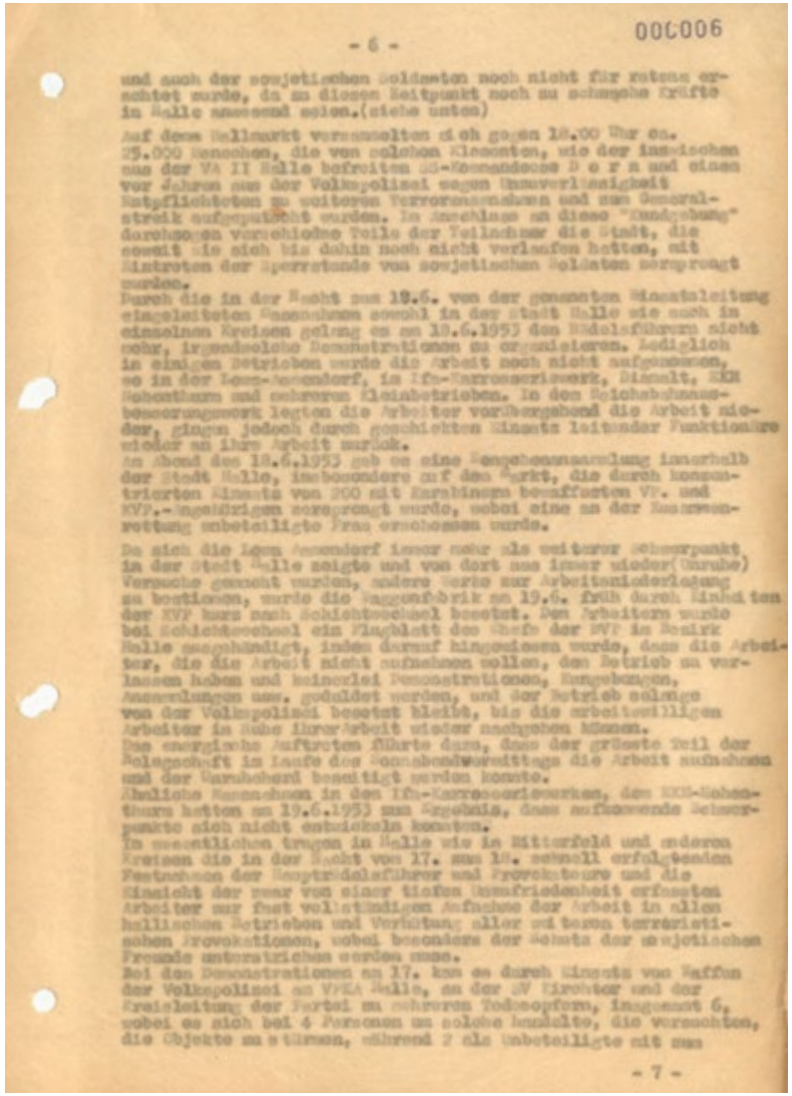
- 6 -

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle, Nr. 157, Bl. 5.

Bl. 5

Kreis und Stadt Halle
10.25 Uhr wurden die Arbeiter der Grube Ammendorf sowie der HTS-Reparaturwerkstatt aufgefordert, mitzustreiken. Die Demonstranten konnten ungehindert am Objekt der KVP Halle, Stalinallee vorbeiziehen, da die KVP keine Anweisung zum Eingreifen erhielt bzw. diese untersagt wurde. 11.10 Uhr wurden die Arbeiter der Ifa-Karroseriewerke zum mitstreiken aufgefordert und die dort angebrachten Transparente heruntergerissen.
Immer mehr nahm die Demonstration provokatorischen Charakter an, indem sie angebrachte Sichtwerbungen zerstörten, in HO-und Konsumgeschäften eindrangen und tätliche Angriffe auf Partei-und Staatsfunktionäre verübten. 11.40 Uhr erreichte die Demonstration den Thälmannplatz, wurde dort durch energisches Auftreten des Bs (O) und der Parteifunktionäre am Stürmen der Kreisleitung gehindert, schwenkte in die Clement Gottwald Strasse ein und zog vor das Gebäude der Justizverwaltung am Hansa-Ring, welches 12.05 Uhr erreicht wurde.
Dort wurde unter Verwüstungen die Freilassung der Häftlinge gefordert, wobei sie ebenfalls tätliche Angriffe auf die Richter verübten. Anschliessend bedrohten die Provokateure die Strafanstalt II, Kleine Steinstrasse.

Während ein Teil der Demonstranten sich in Richtung Grosse-Steinstrasse weiterbewegten, belagerten vor allen Dingen die Provokateure und Verbrecher die SV und versuchten in dieselbe einzudringen.
12.15 Uhr wurde ein Angriff auf die Bezirksleitung der Partei am Marx-Engels-Platz unternommen. Bei Eintreffen des Demonstrationszuges vor dem Haus der Einheit (Soz.Leitung) wurden die Posten des BPO eingezogen, das Haupttor verschlossen und der BPO sowie die Genossen des Hauses zogen sich in das Hauptgebäude zurück und schlossen sich überwiegend in ihren Zimmern ein. Das nächste Ziel der Provokateure war, das Gebäude vom Ratdes Bezirkes, Willi-Lohmann-Strasse zu stürmen, was ihnen 13.20 Uhr gelang. Ebenfalls wurde das VPKA Halle/Saale sowie die SV Kirchtor belagert und versucht, zu stürmen, was ihnen jedoch nicht gelang, da in beiden Fällen von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde. In Halle versuchten die Banditen in erster Linie die Verbrecher und anderen Strafgefangene aus den SV-Anstalten sowie Untersuchungshaftanstalten zu befreien, um aktive Helfer für ihre Pläne zu gewinnen. Um 16.00 Uhr wurde der Ausnahmezustand mit der Bekanntgabe der Sperrzeit ab 21.00 Uhr über die Stadt Halle verhängt.
Im Anschluss an diese provokatorische Demonstration zogen die Aufrührer in einzelnen Gruppen durch die Stadt und gaben die Losung aus, dass gegen 18.00 Uhr eine „Grosskundgebung“ auf dem Hallmarkt stattfinden sollte.
Trotz des inzwischen verkündeten Ausnahmezustandes konnte diese Kundgebung von den Faschisten auf dem Hallmarkt noch durchgeführt werden, da auch von der inzwischen bei der Bezirksleitung der Partei unter Leitung des Genossen Fred Ölssner vom ZK gebildeten Einsatzleitung und nach Rücksprache mit dem sowjetischen Vertreter und Bezirkskommandanten ein Eingreifen der VP- KVP und



- 6 -

000006

und auch der sowjetischen Soldaten noch nicht für ratsam erachtet wurde, da zu diesem Zeitpunkt noch zu schwache Kräfte in Halle anwesend seien.(siehe unten)

Auf dem Hallmarkt versammelten sich gegen 18.00 Uhr ca. 25.000 Menschen, die von solchen Elementen, wie der inzwischen aus der VA II Halle befreiten SS-Kommandeuse D o r n und einem vor Jahren aus der Volkspolizei wegen Unzuverlässigkeit Entpflichteten zu weiteren Terrormassnahmen und zum Generalstreik aufgeputscht wurden. Im Anschluss an diese "Kundgebung" durchzogen verschiedene Teile der Teilnehmer die Stadt, die soweit sie sich bis dahin noch nicht verlaufen hatten, mit Eintreten der Sperrstunde von sowjetischen Soldaten zersprengt wurden.

Durch die in der Nacht zum 18.06. von der genannten Einsatzleitung eingeleiteten Massnahmen sowohl in der Stadt Halle wie auch in einzelnen Kreisen gelang es am 18.06.1953 den Rädelsführern nicht mehr, irgendwelche Demonstrationen zu organisieren. Lediglich in einigen Betrieben wurde die Arbeit noch nicht aufgenommen, so in der Lewa-Ammendorf, im Ifa-Karrosseriewerk, Diamalt, EKM Hohenthurm und mehreren Kleinbetrieben. In dem Reichsbahnausbesserungswerk legten die Arbeiter vorübergehend die Arbeit nieder, gingen jedoch durch geschickten Einsatz leitender Funktionäre wieder an ihre Arbeit zurück.

Am Abend des 18.06.1953 gab es eine Menschenansammlung innerhalb der Stadt Halle, insbesondere auf dem Markt, die durch konzentrierten Einsatz von 200 mit Karabinern bewaffneten VP. und KVP.-Angehörigen zersprengt wurde, wobei eine an der Zusammenrottung unbeteiligte Frau erschossen wurde.

Da sich die Lewa Ammendorf immer mehr als weiterer Schwerpunkt in der Stadt Halle zeigte und von dort aus immer wieder (Unruhe) Versuche gemacht wurden, andere Werke zur Arbeitsniederlegung zu bestimmen, wurde die Waggonfabrik am 19.06. früh durch Einheiten der KVP kurz nach Schichtwechsel besetzt. Den Arbeitern wurde bei Schichtwechsel ein Flugblatt des Chefs der DVP im Bezirk Halle ausgehändigt, indem darauf hingewiesen wurde, dass die Arbeiter, die die Arbeit nicht aufnehmen wollen, den Betrieb zu verlassen haben und keinerlei Demonstrationen, Kundgebungen, Ansammlungen usw. geduldet werden, und der Betrieb solange von der Volkspolizei besetzt bleibt, bis die arbeitswilligen Arbeiter in Ruhe ihrer Arbeit wieder nachgehen können. Das energische Auftreten führte dazu, dass der grösste Teil der Belegschaft im Laufe des Sonnabendvormittags die Arbeit aufnahmen und der Unruheherd beseitigt werden konnte.

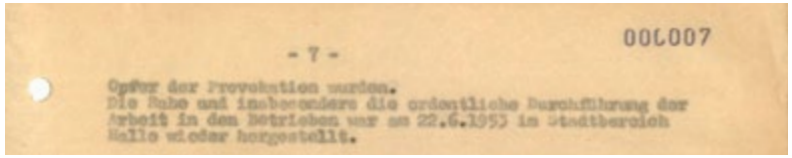
Ähnliche Massnahmen in den Ifa-Karrosseriewerken, dem EKM-Hohenthurm hatten am 19.06.1953 zum Ergebnis, dass aufkommende Schwerpunkte sich nicht entwickeln konnten.

Im wesentlichen trugen in Halle wie in Bitterfeld und anderen Kreisen die in der Nacht vom 17. zum 18. schnell erfolgenden Festnahmen der Haupträdelsführer und Provokateure und die Einsicht der zwar von einer tiefen Unzufriedenheit erfassten Arbeiter zur fast vollständigen Aufnahme der Arbeit in allen hallischen Betrieben und Verhütung aller weiteren terroristischen Provokationen, wobei besonders der Schutz der sowjetischen Freunde unterstrichen werden muss.

Bei den Demonstrationen am 17. kam es durch Einsatz von Waffen der Volkspolizei am VPKA Halle, an der SV Kirchtor und der Kreisleitung der Partei zu mehreren Todesopfern, insgesamt 6, wobei es sich bei 4 Personen um solche handelte, die versuchten, die Objekte zu stürmen, während 2 als Unbeteiligte mit zum

- 7 -

Bl. 6



- 7 -

000007

Opfer der Provokation wurden.
Die Ruhe und insbesondere die ordentliche Durchführung der Arbeit in den Betrieben war am 22.6.1953 im Stadtbereich Halle wieder hergestellt.

Bl. 7

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle, Nr. 157, Bl. 6. + Bl. 7.

Q 1d: Schreiben eines Journalisten der Mitteldeutschen Tageszeitung *„Freiheit“* zu den Ereignissen in Halle am 17. Juni 1953, 4. August 1953

Das Schreiben vom 4. August 1953 enthält den Zeugenbericht eines Journalisten der Mitteldeutschen Tageszeitung *„Freiheit“* zur Erstürmung der SED-Bezirksleitung am Tag des Aufstands.

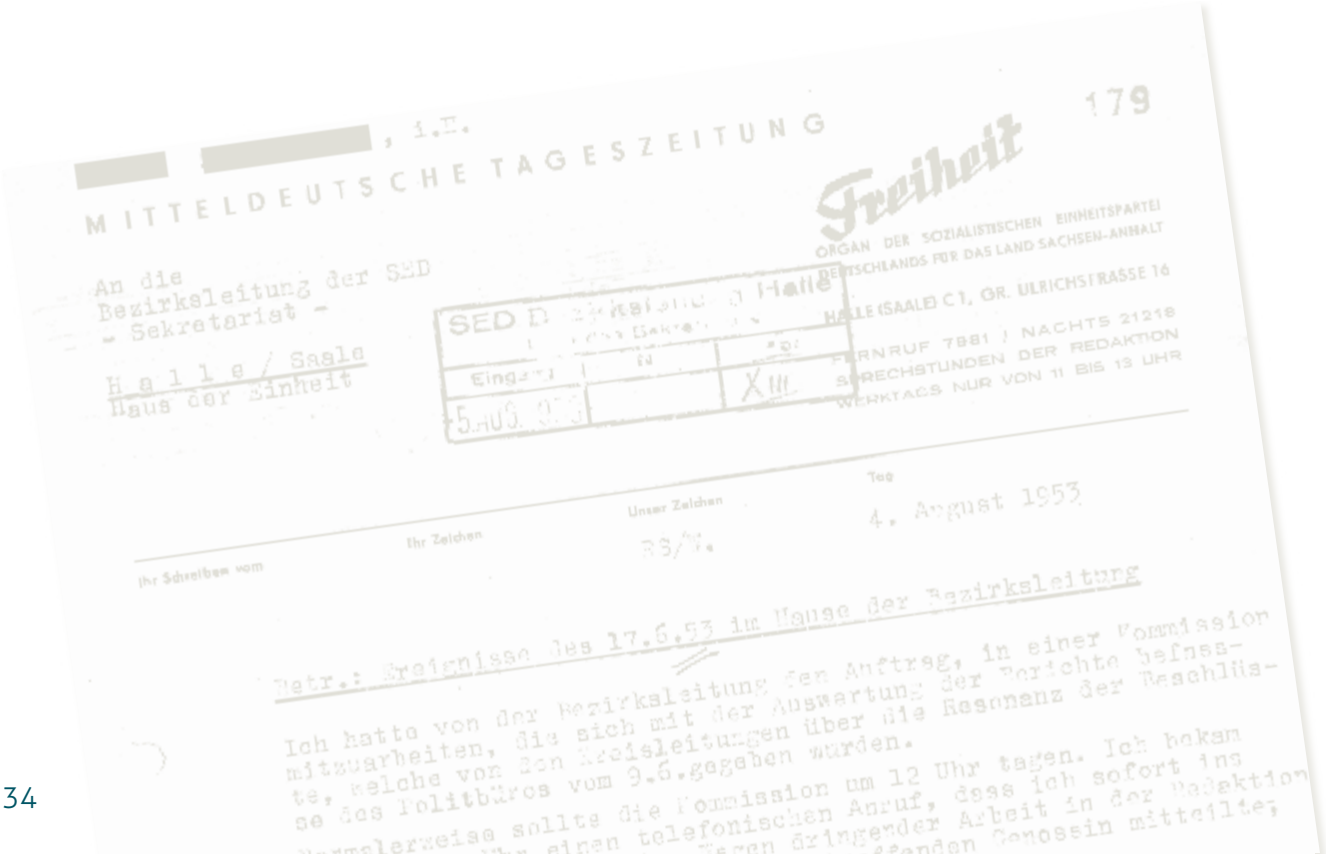
Die Mitteldeutsche Tageszeitung *„Freiheit“* war das Presseorgan der SED im Bezirk Halle. Nach dem Aufstand vom 17. Juni erstellten die SED und die Volkspolizei im Bezirk umfassende Berichte zu den Protesten. Die Untersuchungen widmeten sich auch der Erstürmung der SED-Bezirksleitung Halle während des Aufstands. In diesem Zusammenhang fasste der Journalist die Geschehnisse vor Ort aus seiner Sicht zusammen.

Zum Zeitpunkt der Erstürmung der SED-Bezirksleitung hatten die Demonstrantinnen und Demonstranten bereits das Bezirksgericht gestürmt und einen Angeklagten befreit. Die im Schreiben erwähnte Haftanstalt in der Kleinen Steinstraße war zum Berichtszeitpunkt zwar bereits ein Ziel der Proteste, die Erstürmung des Zellentrakts und Befreiung der Gefangenen folgten jedoch erst am Nachmittag.

Am 17. Juni 1953 protestierten gegen 12.30 Uhr etwa 1.000 Personen vor der SED-Bezirksleitung am Marx-Engels-Platz (heute Steintor). Aus der Menge heraus stürmten schließlich mehr als 300 Demonstrantinnen und Demonstranten das Parteigebäude. Die anwesenden Polizeikräfte wurden entwaffnet. Die Protestierenden entfernten Bilder und Transparente und warfen Propagandamaterialien und Akten auf die Straße. Die Parteimitglieder vor Ort brachten sich in einzelnen Räumen in Sicherheit. Die Druckerei und Redaktionsräume der Mitteldeutschen Tageszeit *„Freiheit“* wurden während des Aufstands von der Volkspolizei gesichert. Mit der „Rotation der ‚Freiheit‘“ ist die Drucklegung der Zeitung gemeint.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

KVP - Kasernierte Volkspolizei; halb-militärische Einheit
VP - Volkspolizei


[redacted], i.H.
MITTELDEUTSCHE TAGESZEITUNG
Freiheit
179
ORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS FÜR DAS LAND SACHSEN-ANHALT
HALLE (SAALE) C 1, GR. ULRICHSTRASSE 16
FERNRUF 7981 / NACHTS 21218
SPRECHSTUNDEN DER REDAKTION
WERKTAGS NUR VON 11 BIS 13 UHR

An die
Bezirksleitung der SED
- Sekretariat -
Halle / Saale
Haus der Einheit

SED Bezirksleitung Halle
Eingang 5. AUG. 1953
Ihr Schreiben vom
Ihr Zeichen
Unser Zeichen RS/W.
Tag 4. August 1953

Betr.: Ereignisse des 17.6.53 im Hause der Bezirksleitung

Ich hatte von der Bezirksleitung den Auftrag, in einer Kommission mitzuarbeiten, die sich mit der Auswertung der Berichte befasste, welche von den Kreisleitungen über die Resonanz der Beschlüsse des Politbüros vom 9.6. gegeben wurden.
Normalerweise sollte die Kommission um 12 Uhr tagen. Ich bekam ... einen telefonischen Anruf, dass ich sofort ins ... dringender Arbeit in der Redaktion ... Genossin mitteilte;

Gerd Walter, i.H.

MITTELDEUTSCHE TAGESZEITUNG

179

Freiheit

ORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS FÜR DAS LAND SACHSEN-ANHALT

HALLE (SAALE) C 1, GR. ULRICHSTRASSE 16

FERNRUF 7981 / NACHTS 21218

SPRECHSTUNDEN DER REDAKTION WERKTAGS NUR VON 11 BIS 13 UHR

An die
Bezirksleitung der SED
- Sekretariat -
H a l l e / Saale
Haus der Einheit

SED Bezirksleitung Halle
Sekretariat
Eingang 5. AUG. 1953 IV XIII

Ihr Schreiben vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Tag
		RS/W.	4. August 1953

Betr.: Ereignisse des 17.6.53 im Hause der Bezirksleitung

Ich hatte von der Bezirksleitung den Auftrag, in einer Kommission mitzuarbeiten, die sich mit der Auswertung der Berichte befasste, welche von den Kreisleitungen über die Resonanz der Beschlüsse des Politbüros vom 9.6.gegeben wurden.

Normalerweise sollte die Kommission um 12 Uhr tagen. Ich bekam kurz vor lo Uhr einen telefonischen Anruf, dass ich sofort ins Parteihaus kommen sollte. Wegen dringender Arbeit in der Redaktion konnte ich jedoch - wie ich der betreffenden Genossin mitteilte, erst gegen 1/2 12 Uhr im Parteihaus sein.

Im Zimmer des Genossen Fred Schulze waren einige Kommissionsmitglieder beieinander, ausser dem Genossen aus einem Betrieb, die über die Lage in ihrem Werk berichteten, die sie als bedrohlich schilderten. Gleichzeitig kamen dauernd Telefongespräche von Auswärts. Aus den Antworten des Genossen Schulze war zu schliessen, dass die Genossen Anweisungen wollten und Bericht gaben. Es kamen auch zwei Genossen, offensichtlich höhere Offiziere der KVP, die sinngemäss sagten: Unsere Jungens stehen.

Bereits wenige Minuten nach meinem Eintreffen sahen wir vom Fenster aus etwa tausend Demonstranten auf das Haus zukommen. Wir erfuhren, dass das Bezirksgericht und das Gefängnis gestürmt worden seien. Genosse Schulze gab die Anweisung, die Gitter vor dem Haus zu schliessen. Er und die Genossin Roth setzten sich telefonisch mit dem Genossen Kleinert, dem Genossen Kamirow und dem Major von der KVP in Verbindung und verlangten Hilfe. Solche Anrufe erfolgten bei allen drei Stellen mehrere Male. Inzwischen waren die Demonstranten bereits in das Haus eingedrungen, und man hörte die Fensterscheiben zerbrechen. In das Zimmer, in dem wir uns befanden, kamen noch einige Genossinnen und Genossen, im ganzen werden wir sieben oder acht Personen gewesen sein. Die Türen wurden abgeschlossen und die Versuche, telefonisch Hilfe zu bekommen, fortgesetzt. Einige wichtige Sachen wurden in den Panzerschrank eingeschlossen und der Schlüssel versteckt.

Die Provokateure schlugen mit harten Gegenständen (Beile oder Äxte) gegen die Türen, brachen die Tür des Nebenzimmers auch auf, drangen aber in das Zimmer, in dem wir uns befanden, nicht ein.

Vom Fenster aus beobachteten wir die Entwicklung vor dem Haus. Als die Volkspolizei eintraf, verliessen wir das Zimmer.

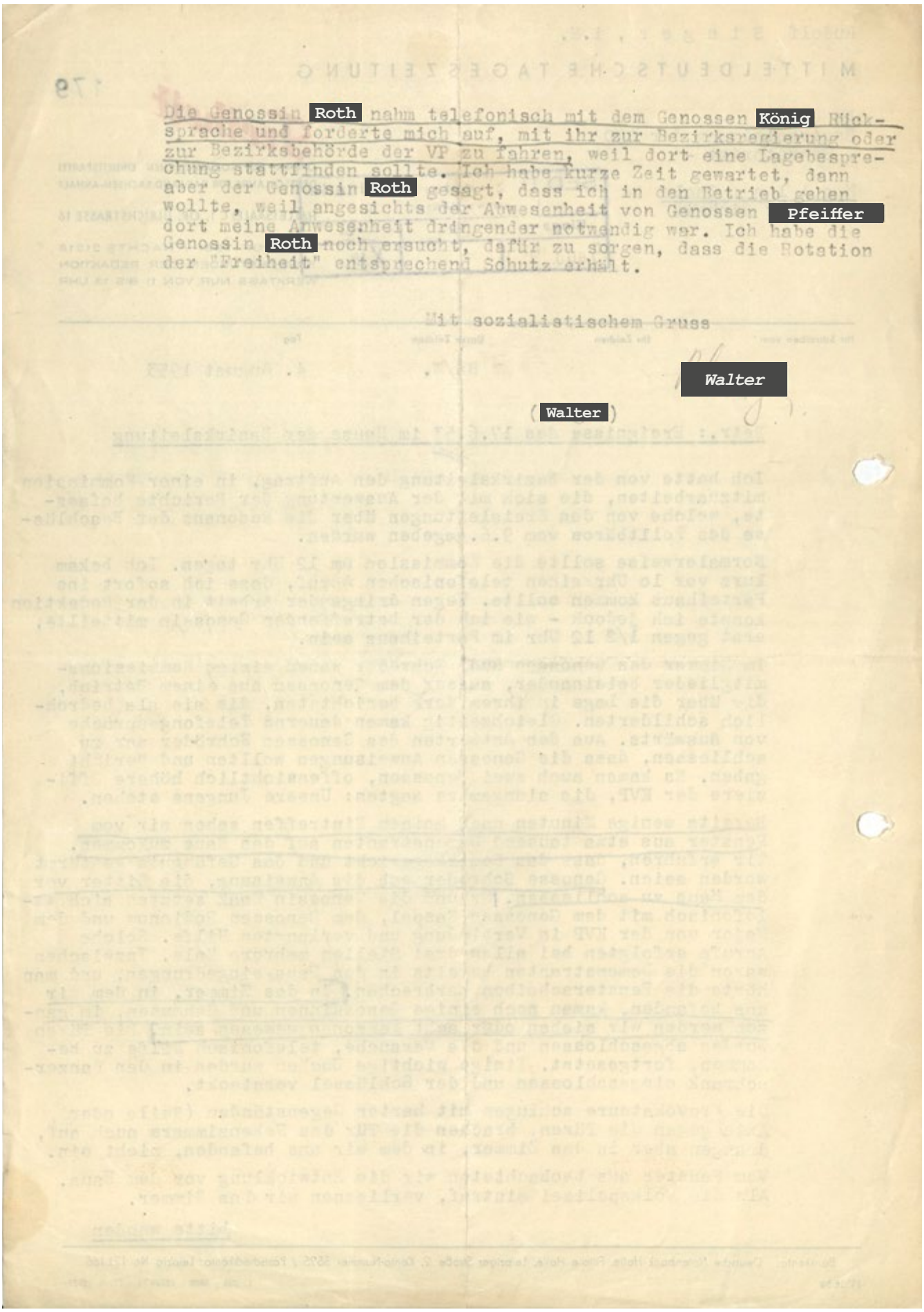
bitte wenden

Bankkonto: Deutsche Notenbank Halle, Filiale Halle, Leipziger Straße 2, Konto-Nummer 5595 / Postscheckkonto: Leipzig Nr. 121166

IV/16/54

C 355 - 5000 - 12549/52 - 27. 3. (2721)

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 516 SED-Bezirksleitung Halle, Nr. 2159, Bl. 179.



Die Genossin Roth nahm telefonisch mit dem Genossen König Rücksprache und forderte mich auf, mit ihr zur Bezirksregierung oder zur Bezirksbehörde der VP zu fahren, weil dort eine Lagebesprechung stattfinden sollte. Ich habe kurze Zeit gewartet, dann aber der Genossin Roth gesagt, dass ich in den Betrieb gehen wollte, weil angesichts der Abwesenheit von Genossen Pfeiffer dort meine Anwesenheit dringender notwendig war. Ich habe die Genossin Roth noch ersucht, dafür zu sorgen, dass die Rotation der "Freiheit" entsprechend Schutz erhält.

Mit sozialistischem Gruss

Walter

(Walter)

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 516 SED-Bezirksleitung Halle, Nr. 2159, Bl. 179 (RS).

Q 1e: Fotografie zu den Protesten am Hallmarkt in Halle am 17. Juni 1953, 17. Juni 1953

Die vorliegende Fotografie zeigt die Proteste in Halle am 17. Juni 1953 am Hallmarkt. Das Bild ist von der zentralen Tribüne am Hallmarkt aufgenommen.

Im Stadtzentrum von Halle fanden sich die Protestierenden am Tag des Aufstands um 18 Uhr zur größten Demonstration in der DDR zusammen: Etwa 60.000 Menschen demonstrierten auf dem Hallmarkt. Hiermit setzten sich die Demonstrantinnen und Demonstranten über den bereits geltenden Ausnahmezustand hinweg, der jede Versammlung verbot. Nachdem die sowjetischen Truppen sich anfangs zurückgehalten hatten, lösten sie die Proteste im weiteren Verlauf des Abends mit Waffengewalt auf. Die Fotografie zeigt die Situation auf dem Hallmarkt um etwa 18.45 Uhr, als mehrere sowjetische Panzer auf den Platz fuhren, um die Menge zu zerstreuen. Als Drohgebärde richtete einer der Panzer die Kanone auf die Tribüne mit den Rednern. Die Versammlung endete gegen 19 Uhr. Die Menschen verließen unter dem Druck des aufgezogenen Militärs nach und nach den Platz.

Zeit-Geschichte(n) – Verein für erlebte Geschichte e. V.

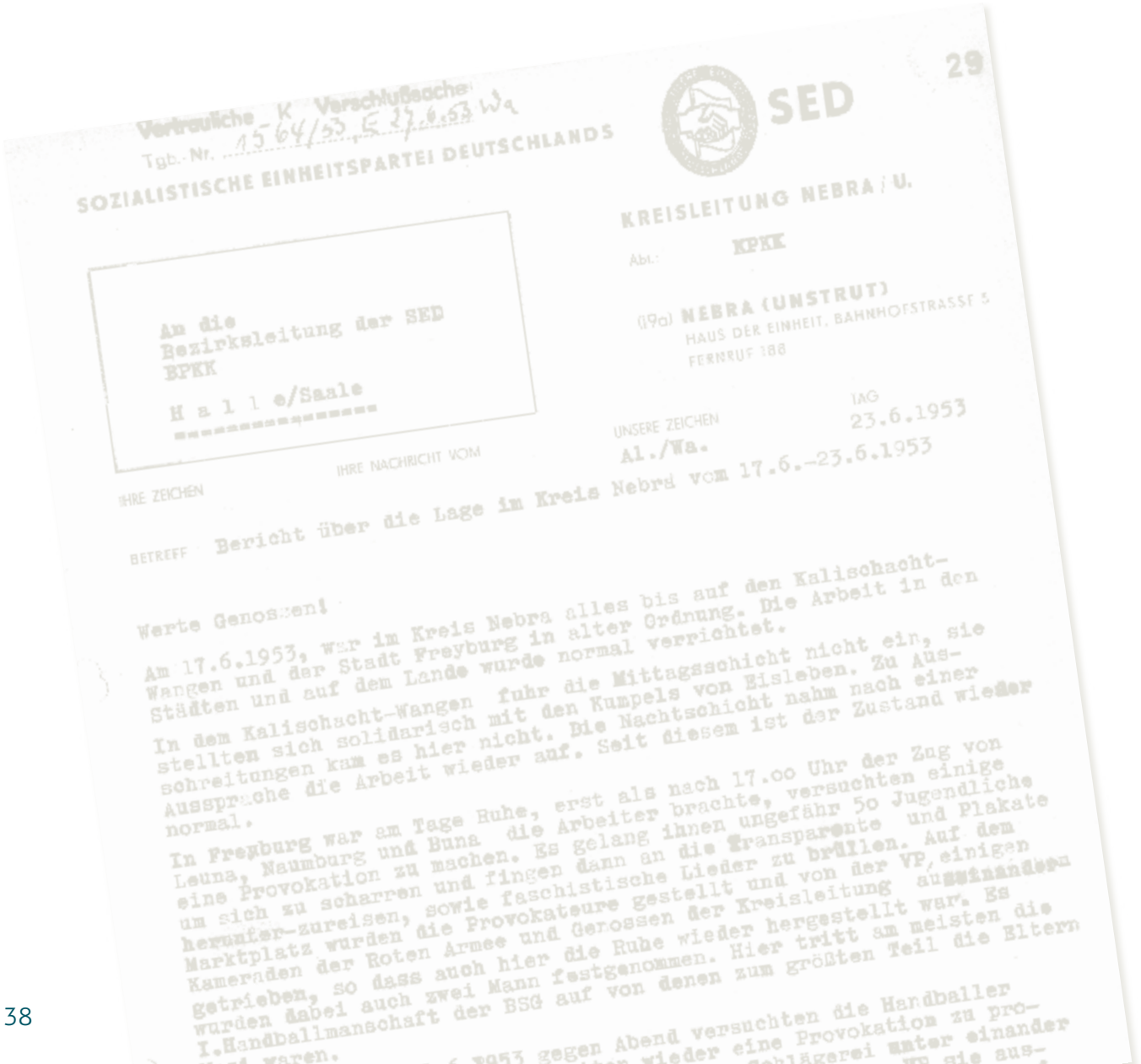
Q 1f: Bericht der SED-Kreisleitung Nebra zu den Protesten am 17. Juni 1953, 23. Juni 1953

Der vorliegende Bericht der Kreisparteikontrollkommission (KPKK) der SED im Kreis Nebra vom 23. Juni 1953 informierte die übergeordnete Bezirksparteikontrollkommission (BPKK) über die Lage im Kreis am 17. Juni 1953 und den folgenden Tagen.

Die KPKK sowie die BPKK überprüften, ob die Mitglieder der SED mit ihrer Einstellung und ihrem Verhalten der Parteilinie entsprachen. Die Einstufung des Schreibens als „vertrauliche Verschlusssache“ zeigt, welche Bedeutung die KPKK der SED im Kreis Nebra den Informationen beimaß.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

VP - Volkspolizei
BSG - Betriebssportgemeinschaft



Vertrauliche Verschlußsache
Tgb.-Nr. 15 64/53, K 17.6.53 Wq

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

SED

29

KREISLEITUNG NEBRA / U.

Abt.: KPKK

(19a) NEBRA (UNSTRUT)
HAUS DER EINHEIT, BAHNHOFSTRASSE 5
FERNRUF 188

An die
Bezirksleitung der SED
BPKK
H a l l e/Saale

IHRE ZEICHEN

IHRE NACHRICHT VOM

UNSERE ZEICHEN
Al./Wa.

TAG
23.6.1953

BETREFF: Bericht über die Lage im Kreis Nebra vom 17.6.-23.6.1953

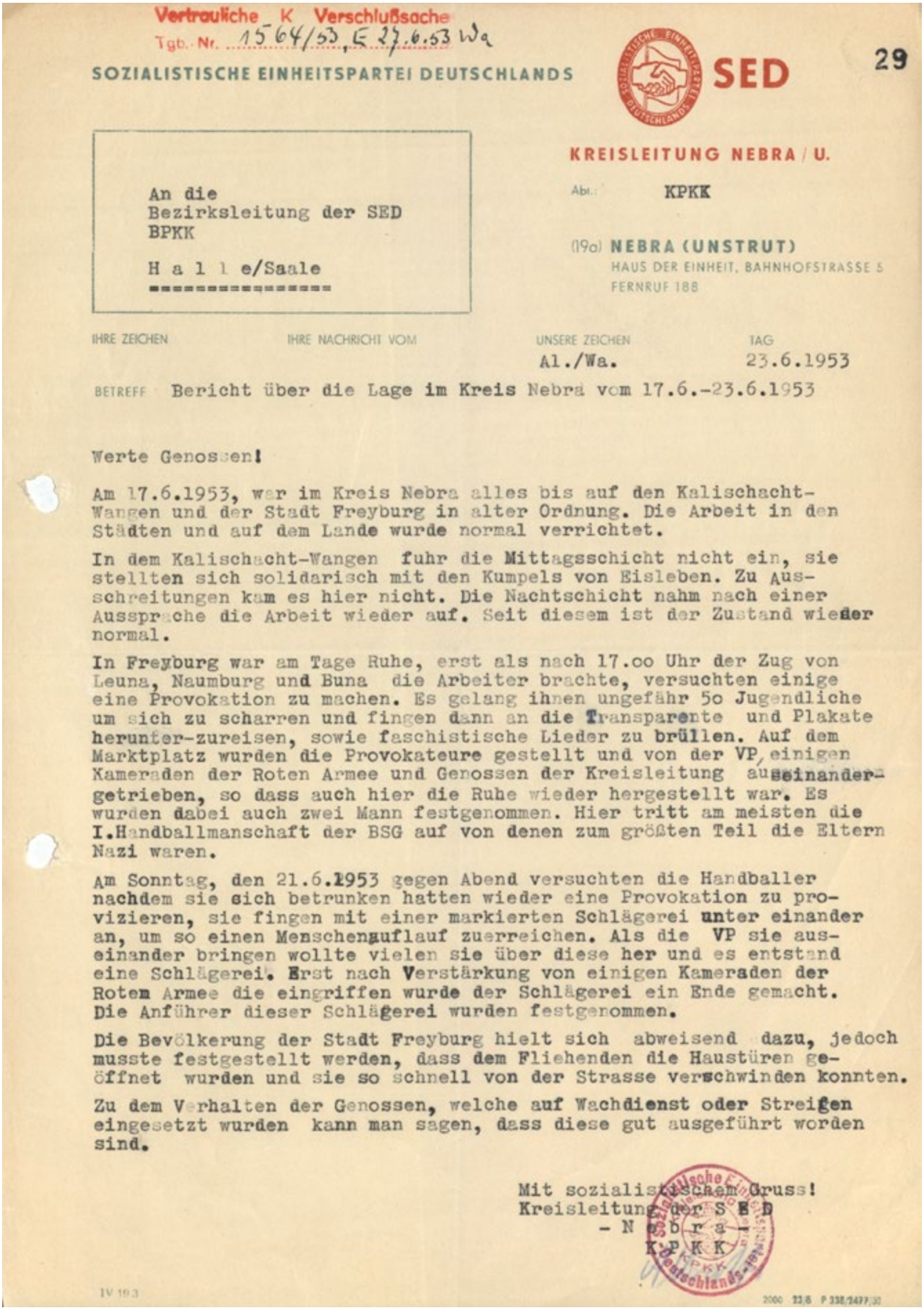
Werte Genossen!

Am 17.6.1953, war im Kreis Nebra alles bis auf den Kalischacht-
Wangen und der Stadt Freyburg in alter Ordnung. Die Arbeit in den
Städten und auf dem Lande wurde normal verrichtet.

In dem Kalischacht-Wangen fuhr die Mittagsschicht nicht ein, sie
stellten sich solidarisch mit den Kumpels von Eisleben. Zu Aus-
schreitungen kam es hier nicht. Die Nachtschicht nahm nach einer
Aussprache die Arbeit wieder auf. Seit diesem ist der Zustand wieder
normal.

In Freyburg war am Tage Ruhe, erst als nach 17.oo Uhr der Zug von
Leuna, Naumburg und Buna die Arbeiter brachte, versuchten einige
eine Provokation zu machen. Es gelang ihnen ungefähr 50 Jugendliche
um sich zu scharren und fingen dann an die Transparente und Plakate
herunter-zureisen, sowie faschistische Lieder zu brüllen. Auf dem
Marktplatz wurden die Provokateure gestellt und von der VP, einigen
Kameraden der Roten Armee und Genossen der Kreisleitung auseinander
getrieben, so dass auch hier die Ruhe wieder hergestellt war. Es
wurden dabei auch zwei Mann festgenommen. Hier tritt am meisten die
I.Handballmanschaft der BSG auf von denen zum größten Teil die Eltern

gegen Abend versuchten die Handballer
wieder eine Provokation zu pro-
schlägerei unter einander
sie aus-



Vertrauliche K Verschlußsache
Tgb.-Nr. 1564/53, E 23.6.53 Wa

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

SED

29

KREISLEITUNG NEBRA / U.

Abt.: KPKK

(19a) NEBRA (UNSTRUT)
HAUS DER EINHEIT, BAHNHOFSTRASSE 5
FERNRUF 188

An die
Bezirksleitung der SED
BPKK

H a l l e/Saale

IHRE ZEICHEN	IHRE NACHRICHT VOM	UNSERE ZEICHEN	TAG
		Al./Wa.	23.6.1953

BETREFF Bericht über die Lage im Kreis Nebra vom 17.6.-23.6.1953

Werte Genossen!

Am 17.6.1953, war im Kreis Nebra alles bis auf den Kalischacht-Wangen und der Stadt Freyburg in alter Ordnung. Die Arbeit in den Städten und auf dem Lande wurde normal verrichtet.

In dem Kalischacht-Wangen fuhr die Mittagsschicht nicht ein, sie stellten sich solidarisch mit den Kumpels von Eisleben. Zu Ausschreitungen kam es hier nicht. Die Nachtschicht nahm nach einer Aussprache die Arbeit wieder auf. Seit diesem ist der Zustand wieder normal.

In Freyburg war am Tage Ruhe, erst als nach 17.oo Uhr der Zug von Leuna, Naumburg und Buna die Arbeiter brachte, versuchten einige eine Provokation zu machen. Es gelang ihnen ungefähr 5o Jugendliche um sich zu scharren und fingen dann an die Transparente und Plakate herunter-zureisen, sowie faschistische Lieder zu brüllen. Auf dem Marktplatz wurden die Provokateure gestellt und von der VP, einigen Kameraden der Roten Armee und Genossen der Kreisleitung auseinandergetrieben, so dass auch hier die Ruhe wieder hergestellt war. Es wurden dabei auch zwei Mann festgenommen. Hier tritt am meisten die I.Handballmanschaft der BSG auf von denen zum größten Teil die Eltern Nazi waren.

Am Sonntag, den 21.6.1953 gegen Abend versuchten die Handballer nachdem sie sich betrunken hatten wieder eine Provokation zu provizieren, sie fingen mit einer markierten Schlägerei unter einander an, um so einen Menschenauflauf zuerreichen. Als die VP sie auseinander bringen wollte vielen sie über diese her und es entstand eine Schlägerei. Erst nach Verstärkung von einigen Kameraden der Rotem Armee die eingriffen wurde der Schlägerei ein Ende gemacht. Die Anführer dieser Schlägerei wurden festgenommen.

Die Bevölkerung der Stadt Freyburg hielt sich abweisend dazu, jedoch musste festgestellt werden, dass dem Fliehenden die Haustüren geöffnet wurden und sie so schnell von der Strasse verschwinden konnten.

Zu dem Verhalten der Genossen, welche auf Wachdienst oder Streifen eingesetzt wurden kann man sagen, dass diese gut ausgeführt worden sind.

Mit sozialistischem Gruss!
Kreisleitung der S E D
- N e b r a -
K P K K

IV 19.3

2000 22/6 P 338/2477/30

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 516 SED-Bezirksleitung Halle, Nr. 2158, Bl. 29.

Q 1g: Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Weißenfels zu den Protesten am 17. Juni 1953, ohne Datum

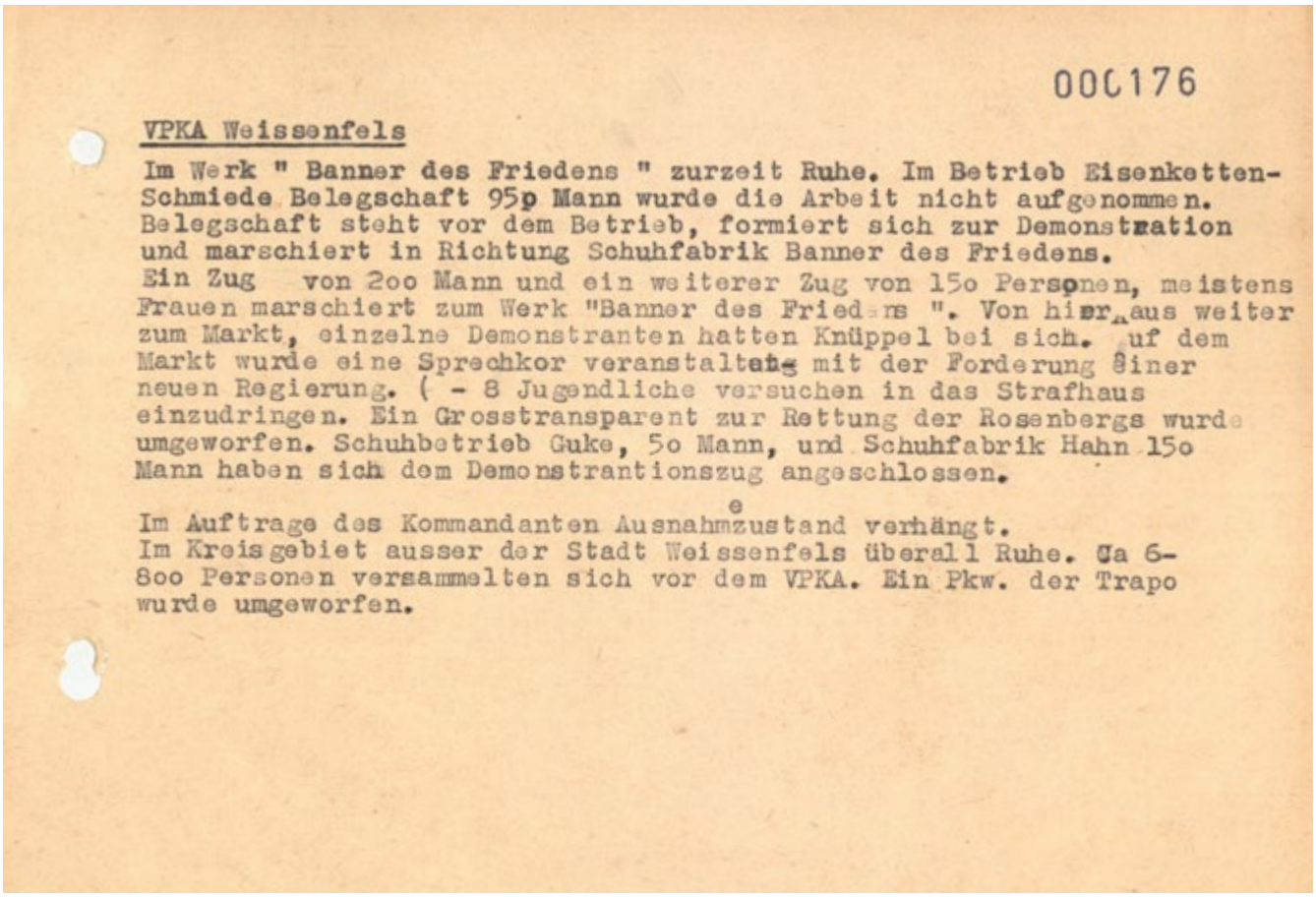
Die vorliegende Meldung des Volkspolizei-Kreisamtes (VPKA) Weißenfels wurde am 17. Juni 1953 per Fernschreiben an die übergeordnete Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle übermittelt.

Die Mitteilung informierte über die Ereignisse am 17. Juni in der Stadt Weißenfels und im Kreisgebiet. In der Weißenfelser Schuhindustrie traten die Beschäftigten sowohl in den volkseigenen Betrieben als auch in den Privatbetrieben in den Ausstand. Aufgrund der Beteiligung an den Protesten kam es im *VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“* Weißenfels zu Entlassungen (siehe Q 1o).

Der Text nimmt Bezug auf das in den USA lebende Ehepaar Rosenberg, das 1951 wegen Spionage zugunsten der Sowjetunion zum Tode verurteilt und wenige Tage nach dem 17. Juni 1953 hingerichtet wurde. Zum Protest gegen die Verurteilung des Ehepaars Rosenberg gab es in der DDR Anfang der 1950er Jahre zahlreiche Transparente und Aufrufe.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

Trapo - Transportpolizei; Polizei zur Sicherung des Bahnverkehrs



000176

VPKA Weissenfels

Im Werk " Banner des Friedens " zurzeit Ruhe. Im Betrieb Eisenketten-Schmiede Belegschaft 95p Mann wurde die Arbeit nicht aufgenommen. Belegschaft steht vor dem Betrieb, formiert sich zur Demonstration und marschiert in Richtung Schuhfabrik Banner des Friedens.
Ein Zug von 2oo Mann und ein weiterer Zug von 15o Personen, meistens Frauen marschiert zum Werk "Banner des Friedens ". Von hier aus weiter zum Markt, einzelne Demonstranten hatten Knüppel bei sich. Auf dem Markt wurde eine Sprechkor veranstaltet mit der Forderung einer neuen Regierung. (- 8 Jugendliche versuchen in das Strafhaus einzudringen. Ein Grosstransparent zur Rettung der Rosenbergs wurde umgeworfen. Schuhbetrieb Guke, 5o Mann, und Schuhfabrik Hahn 15o Mann haben sich dem Demonstrantionszug angeschlossen.

Im Auftrage des Kommandanten Ausnahmezustand verhängt.
Im Kreisgebiet ausser der Stadt Weissenfels überall Ruhe. Ca 6-8oo Personen versammelten sich vor dem VPKA. Ein Pkw. der Trapo wurde umgeworfen.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle, Nr. 155, Bl. 176.

Q 1h: Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Quedlinburg zu den Protesten am 17. Juni 1953, 17./18. Juni 1953

Die vorliegenden Fernschreiben des Volkspolizei-Kreisamtes Quedlinburg informierten den Operativstab der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle am Nachmittag des 17. Juni 1953 sowie in den frühen Morgenstunden des folgenden Tages über die Ereignisse vor Ort.

Der Operativstab der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle war am 17. Juni zuständig für die Beobachtung der Ereignisse und die Eindämmung der Proteste. Die Städte Thale und Quedlinburg bildeten das lokale Zentrum der Proteste in der Umgebung. „Binder“ bezeichnet eine „Krawatte“. „Rowdis“ (Korrektur: Rowdys) war in der DDR ein Begriff für Personen, welche die sozialistische Ordnung störten. Die Bezeichnung wurde meist für junge Menschen verwendet, die sich unangepasst verhielten. Otto Grotewohl stand als Ministerpräsident der DDR-Regierung vor.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

Op.-Stab	-	Operativstab; Leitungskreis der Polizei
EHW Thale	-	VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale; Betrieb in Staatseigentum
sow. Kreiskommandant	-	sowjetischer Kreiskommandant
HO	-	Handelsorganisation; staatliches Einzelhandelsunternehmen der DDR
VP.-Revier	-	Volkspolizeirevier
VP.-Mstr.	-	Meister der Volkspolizei
FDGB	-	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund; keine unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten, sondern politisch an die SED gebunden
BHG	-	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
FDG-Erholungsheim	-	Erholungsheim in Trägerschaft des FDGB
VPKA	-	Volkspolizei-Kreisamt
KVP	-	Kasernierte Volkspolizei; halb-militärische Einheit
MfS	-	Ministerium für Staatssicherheit; inländische Geheimpolizei

Fernschreiben

Aufgenommen: am: 17.6.53 um: 17 20 durch:

Nr. 98 Rangstufe:

Weitergeleitet an: BdVP Hlle am: 17.6.53 um: 17 20 durch:

00006

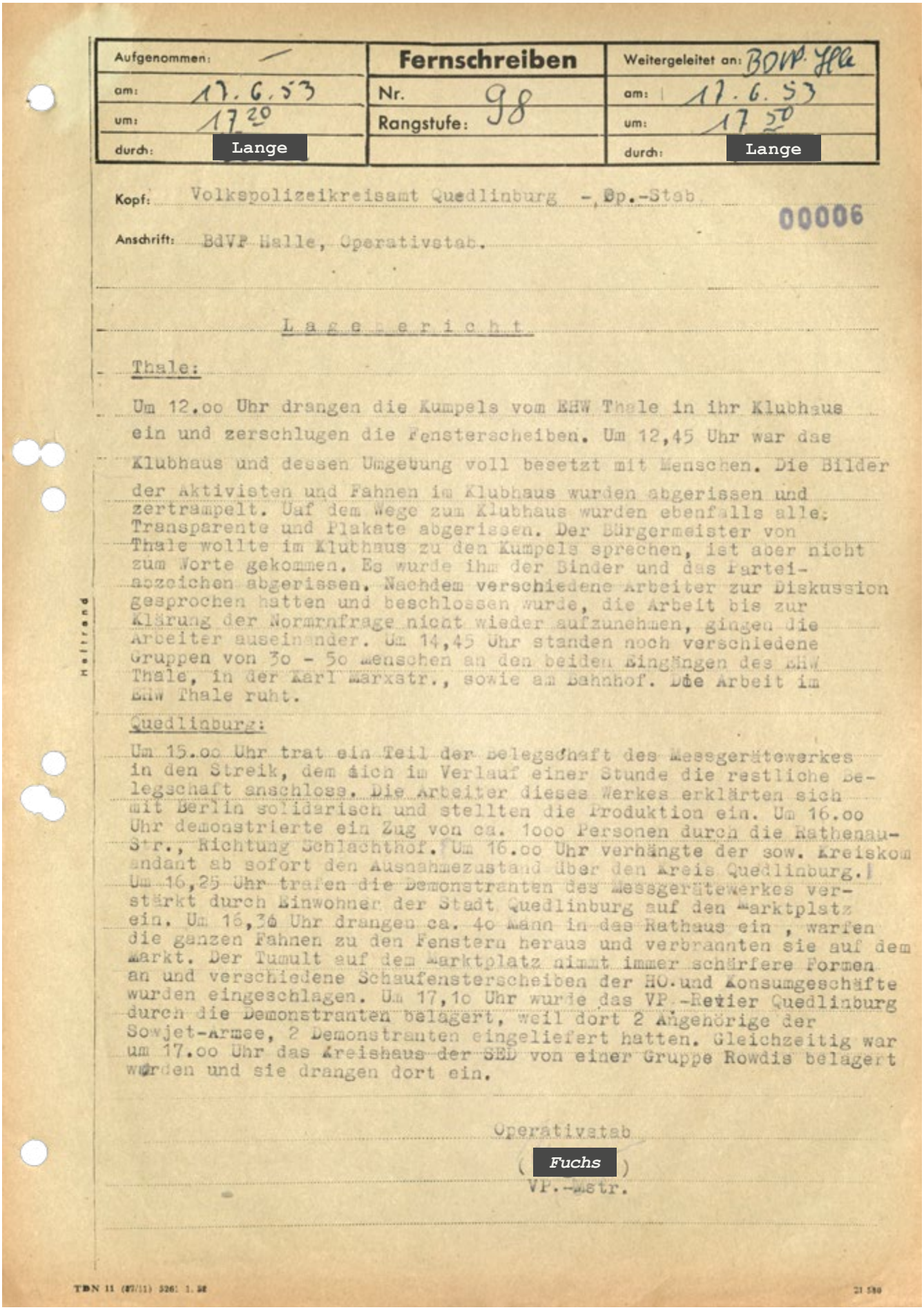
Kopf: Volkspolizeikreisamt Quedlinburg - Op.-Stab

Anschrift: BdVP Halle, Operativstab

Lage nicht

Thale:

Um 12.00 Uhr drangen die Demonstranten vom EHW Thale in ihr Klubhaus ein und zerschlugen die Fensterscheiben. Um 12.45 Uhr war das [illegible] Umgebung voll besetzt mit Menschen. Die Bilder [illegible] wurden abgerissen und [illegible] alle.



Aufgenommen: —	Fernschreiben	Weitergeleitet an: BDVP. Halle
am: 17.6.53	Nr. 98	am: 17.6.53
um: 17 20	Rangstufe:	um: 17 50
durch: Lange		durch: Lange

Kopf: Volkspolizeikreisamt Quedlinburg - Op.-Stab

00006

Anschrift: BdVP Halle, Operativstab.

L a g e b e r i c h t

Thale:

Um 12.oo Uhr drangen die Kumpels vom EHW Thale in ihr Klubhaus ein und zerschlugen die Fensterscheiben. Um 12,45 Uhr war das Klubhaus und dessen Umgebung voll besetzt mit Menschen. Die Bilder der Aktivisten und Fahnen im Klubhaus wurden abgerissen und zertrampelt. Uaf dem Wege zum Klubhaus wurden ebenfalls alle Transparente und Plakate abgerissen. Der Bürgermeister von Thale wollte im Klubhaus zu den Kumpels sprechen, ist aber nicht zum Worte gekommen. Es wurde ihm der Binder und das Parteiabzeichen abgerissen. Nachdem verschiedene Arbeiter zur Diskussion gesprochen hatten und beschlossen wurde, die Arbeit bis zur Klärung der Normrnfrage nicht wieder aufzunehmen, gingen die Arbeiter auseinander. Um 14,45 Uhr standen noch verschiedene Gruppen von 3o - 5o Menschen an den beiden Eingängen des EHW Thale, in der Karl Marxstr., sowie am Bahnhof. Die Arbeit im EHW Thale ruht.

Quedlinburg:

Um 15.oo Uhr trat ein Teil der Belegschaft des Messgerätewerkes in den Streik, dem sich im Verlauf einer Stunde die restliche Belegschaft anschloss. Die Arbeiter dieses Werkes erklärten sich mit Berlin solidarisch und stellten die Produktion ein. Um 16.oo Uhr demonstrierte ein Zug von ca. 1ooo Personen durch die Rathenau-Str., Richtung Schlachthof. Um 16.oo Uhr verhängte der sow. Kreiskom andant ab sofort den Ausnahmezustand über den Kreis Quedlinburg. Um 16,25 Uhr trafen die Demonstranten des Messgerätewerkes verstärkt durch Einwohner der Stadt Quedlinburg auf den Marktplatz ein. Um 16,3o Uhr drangen ca. 4o Mann in das Rathaus ein , warfen die ganzen Fahnen zu den Fenstern heraus und verbrannten sie auf dem Markt. Der Tumult auf dem Marktplatz nimmt immer schärfere Formen an und verschiedene Schaufensterscheiben der HO.und Konsumgeschäfte wurden eingeschlagen. Um 17,1o Uhr wurde das VP.-Revier Quedlinburg durch die Demonstranten belagert, weil dort 2 Angehörige der Sowjet-Armee, 2 Demonstranten eingeliefert hatten. Gleichzeitig war um 17.oo Uhr das Kreishaus der SED von einer Gruppe Rowdis belagert worden und sie drangen dort ein.

Operativstab

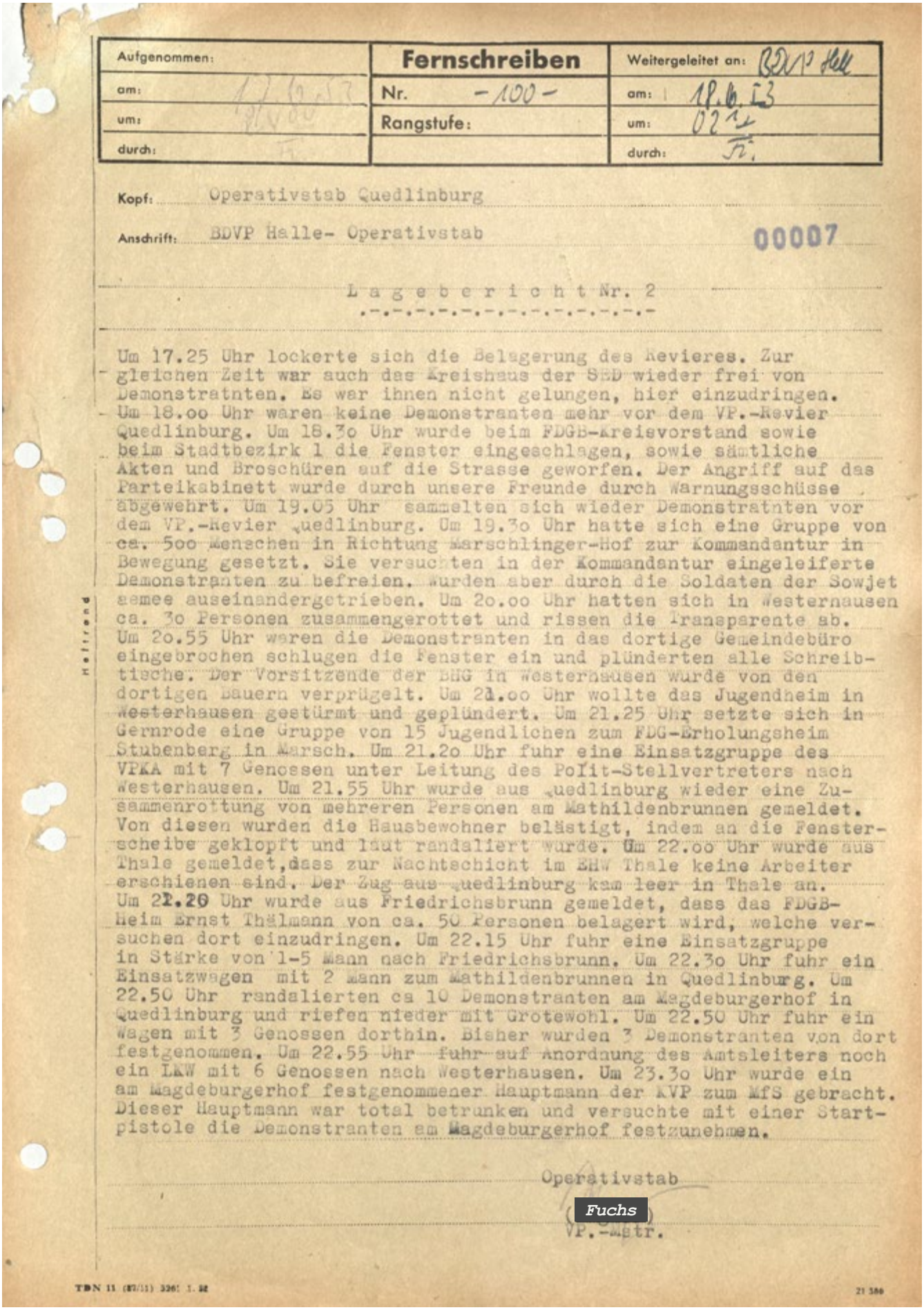
(Fuchs)

VP.-Mstr.

Heftrand

TDN 11 (87/11) 5261 1.58 21 580

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 556 Volkspolizei-Kreisamt Quedlinburg, Nr. 492, Bl. 6.



Aufgenommen:	**Fernschreiben**	Weitergeleitet an: BDVP Halle
am: 17.6.53	Nr. -100-	am: 18.6.53
um: 21.00	Rangstufe:	um: 02.15
durch:		durch: Fr.

Kopf: Operativstab Quedlinburg

Anschrift: BDVP Halle- Operativstab 00007

L a g e b e r i c h t Nr. 2

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Um 17.25 Uhr lockerte sich die Belagerung des Revieres. Zur gleichen Zeit war auch das Kreishaus der SED wieder frei von Demonstratnten. Es war ihnen nicht gelungen, hier einzudringen. Um 18.oo Uhr waren keine Demonstranten mehr vor dem VP.-Revier Quedlinburg. Um 18.3o Uhr wurde beim FDGB-Kreisvorstand sowie beim Stadtbezirk 1 die Fenster eingeschlagen, sowie sämtliche Akten und Broschüren auf die Strasse geworfen. Der Angriff auf das Parteikabinett wurde durch unsere Freunde durch Warnungsschüsse abgewehrt. Um 19.05 Uhr sammelten sich wieder Demonstratnten vor dem VP.-Revier Quedlinburg. Um 19.3o Uhr hatte sich eine Gruppe von ca. 5oo Menschen in Richtung Marschlinger-Hof zur Kommandantur in Bewegung gesetzt. Sie versuchten in der Kommandantur eingeleiferte Demonstranten zu befreien. Wurden aber durch die Soldaten der Sowjet aemee auseinandergetrieben. Um 2o.oo Uhr hatten sich in Westernausen ca. 3o Personen zusammengerottet und rissen die Transparente ab. Um 2o.55 Uhr waren die Demonstranten in das dortige Gemeindebüro eingebrochen schlugen die Fenster ein und plünderten alle Schreibtische. Der Vorsitzende der BHG in Westernausen wurde von den dortigen Bauern verprügelt. Um 21.oo Uhr wollte das Jugendheim in Westerhausen gestürmt und geplündert. Um 21.25 Uhr setzte sich in Gernrode eine Gruppe von 15 Jugendlichen zum FDG-Erholungsheim Stubenberg in Marsch. Um 21.2o Uhr fuhr eine Einsatzgruppe des VPKA mit 7 Genossen unter Leitung des Polit-Stellvertreters nach Westerhausen. Um 21.55 Uhr wurde aus Quedlinburg wieder eine Zusammenrottung von mehreren Personen am Mathildenbrunnen gemeldet. Von diesen wurden die Hausbewohner belästigt, indem an die Fensterscheibe geklopft und laut randaliert wurde. Um 22.oo Uhr wurde aus Thale gemeldet, dass zur Nachtschicht im EHW Thale keine Arbeiter erschienen sind. Der Zug aus Quedlinburg kam leer in Thale an. Um 21.20 Uhr wurde aus Friedrichsbrunn gemeldet, dass das FDGB-Heim Ernst Thälmann von ca. 5o Personen belagert wird, welche versuchen dort einzudringen. Um 22.15 Uhr fuhr eine Einsatzgruppe in Stärke von 1-5 Mann nach Friedrichsbrunn. Um 22.3o Uhr fuhr ein Einsatzwagen mit 2 Mann zum Mathildenbrunnen in Quedlinburg. Um 22.5o Uhr randalierten ca 1o Demonstranten am Magdeburgerhof in Quedlinburg und riefen nieder mit Grotewohl. Um 22.5o Uhr fuhr ein Wagen mit 3 Genossen dorthin. Bisher wurden 3 Demonstranten von dort festgenommen. Um 22.55 Uhr fuhr auf Anordnung des Amtsleiters noch ein LKW mit 6 Genossen nach Westerhausen. Um 23.3o Uhr wurde ein am Magdeburgerhof festgenommener Hauptmann der KVP zum MfS gebracht. Dieser Hauptmann war total betrunken und versuchte mit einer Startpistole die Demonstranten am Magdeburgerhof festzunehmen.

Operativstab

Fuchs

VP.-Mstr.

Halbrand

TDN 11 (87/11) 3261 1. 82 21 380

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 556 Volkspolizei-Kreisamt Quedlinburg, Nr. 492, Bl. 7.

Q 1i: Aufruf zum Generalstreik aus Sangerhausen, 17./18. Juni 1953

Der vorliegende Aufruf zu einem Generalstreik ab dem 19. Juni 1953 wurde in Sangerhausen von Unbekannten in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni 1953 verteilt.

Im Kreis Sangerhausen waren am 17. Juni Proteste weitestgehend ausgeblieben. Größere Streiks und Demonstrationen fanden hier erst in den folgenden Tagen statt. Die Proteste wurden insbesondere von den Arbeitern der Bauunion, der Mitteldeutschen Fahrradwerke und der Maschinenfabrik sowie den Bergarbeitern des Thomas-Münzer-Schachts getragen. Das Volkspolizei-Kreisamt gab am 18. Juni 1953 die Zahl der streikenden Arbeiter mit 6.700 Personen an. Am Folgetag meldete die Volkspolizei 2.300 Arbeiter im Ausstand.

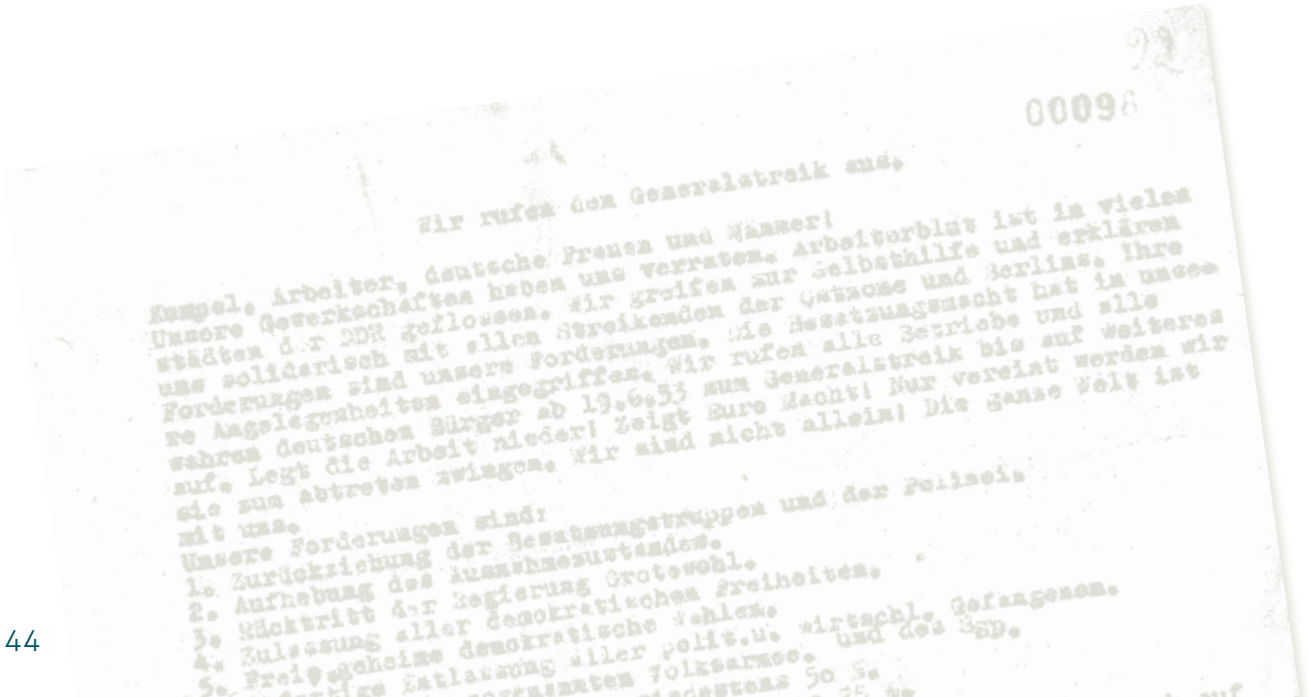
Als „Generalstreik“ werden umfassende Streiks bezeichnet, die das öffentliche Leben vollständig zum Erliegen bringen. Die Arbeitsniederlegungen zielen dabei meist nicht allein auf soziale Forderungen, sondern auch auf politische Vorhaben.

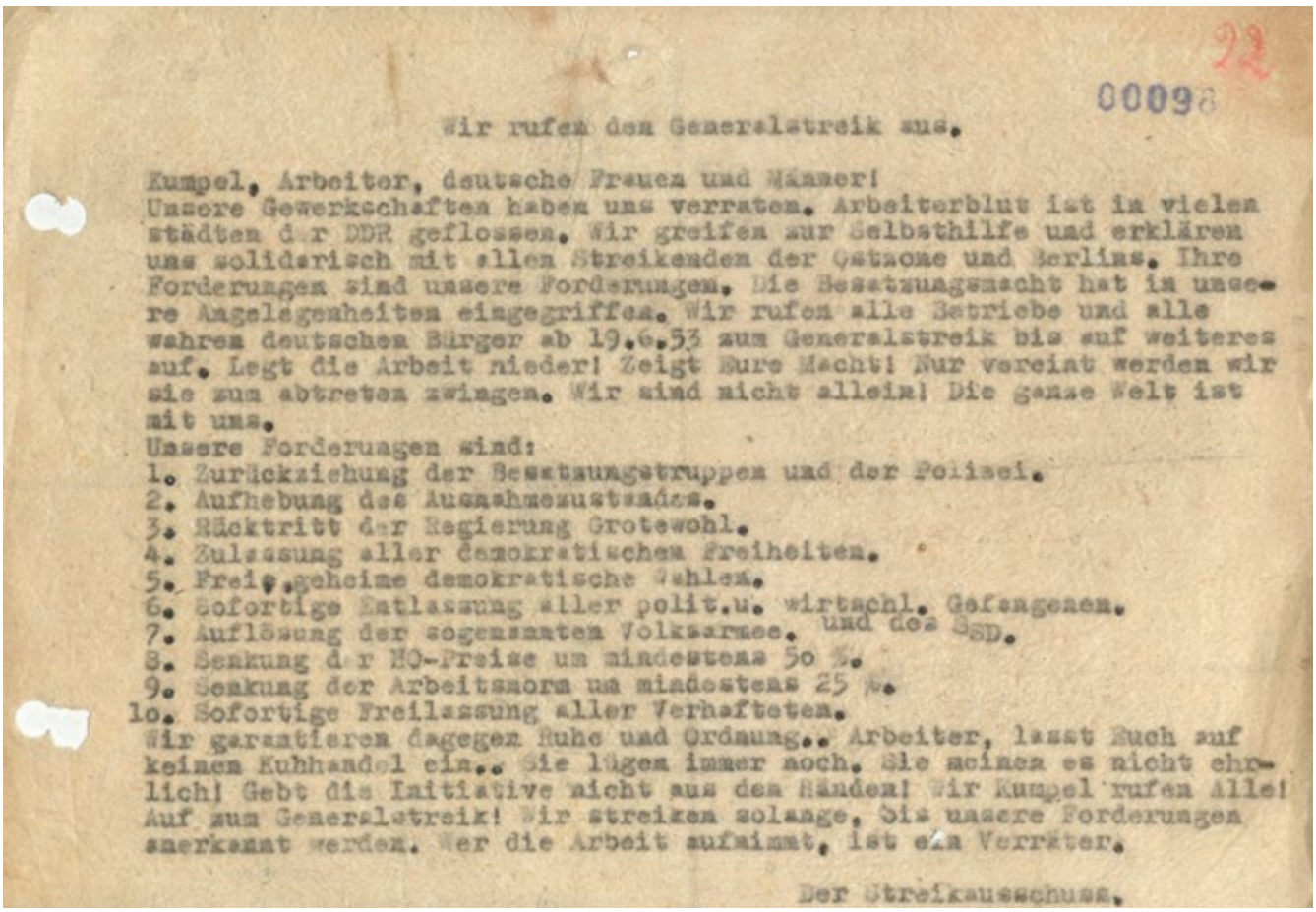
Die im Text verwendete Bezeichnung „Ostzone“ war ein abwertend gebrauchter Begriff zur Bezeichnung der DDR, der auf die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zurückgeht.

Im Verlauf des 17. Juni 1953 verhängten die sowjetischen Militärkommandanturen vor Ort in einem Großteil der Städte und Kreise der DDR den „Ausnahmezustand“. Mit der Verhängung des Ausnahmezustands wurde das Kriegsrecht in Kraft gesetzt. Otto Grotewohl stand als Ministerpräsident der DDR-Regierung vor.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

SSD	-	Staatssicherheitsdienst; frühere Bezeichnung für das Ministerium für Staatssicherheit
HO-Preise	-	Preise im staatlichen Einzelhandel; Handelsorganisation (HO) war ein staatliches Einzelhandelsunternehmen der DDR





22

00098

Wir rufen den Generalstreik aus.

Kumpel, Arbeiter, deutsche Frauen und Männer!
Unsere Gewerkschaften haben uns verraten. Arbeiterblut ist in vielen Städten der DDR geflossen. Wir greifen zur Selbsthilfe und erklären uns solidarisch mit allen Streikenden der Ostzone und Berlins. Ihre Forderungen sind unsere Forderungen. Die Besatzungsmacht hat in unsere Angelegenheiten eingegriffen. Wir rufen alle Betriebe und alle wahren deutschen Bürger ab 19.6.53 zum Generalstreik bis auf weiteres auf. Legt die Arbeit nieder! Zeigt Eure Macht! Nur vereint werden wir sie zum abtreten zwingen. Wir sind nicht allein! Die ganze Welt ist mit uns.
Unsere Forderungen sind:
1. Zurückziehung der Besatzungstruppen und der Polizei.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes.
3. Rücktritt der Regierung Grotewohl.
4. Zulassung aller demokratischen Freiheiten.
5. Freie, geheime demokratische Wahlen.
6. Sofortige Entlassung aller polit.u. wirtschl. Gefangenen.
7. Auflösung der sogenannten Volksarmee, und des SSD.
8. Senkung der HO-Preise um mindestens 50 %.
9. Senkung der Arbeitsnorm um mindestens 25 %.
10. Sofortige Freilassung aller Verhafteten.
Wir garantieren dagegen Ruhe und Ordnung.. Arbeiter, lasst Euch auf keinen Kuhhandel ein.. Sie lügen immer noch. Sie meinen es nicht ehrlich! Gebt die Initiative nicht aus den Händen! Wir Kumpel rufen Alle! Auf zum Generalstreik! Wir streiken solange, bis unsere Forderungen anerkannt werden. Wer die Arbeit aufnimmt, ist ein Verräter.

Der Streikausschuss.

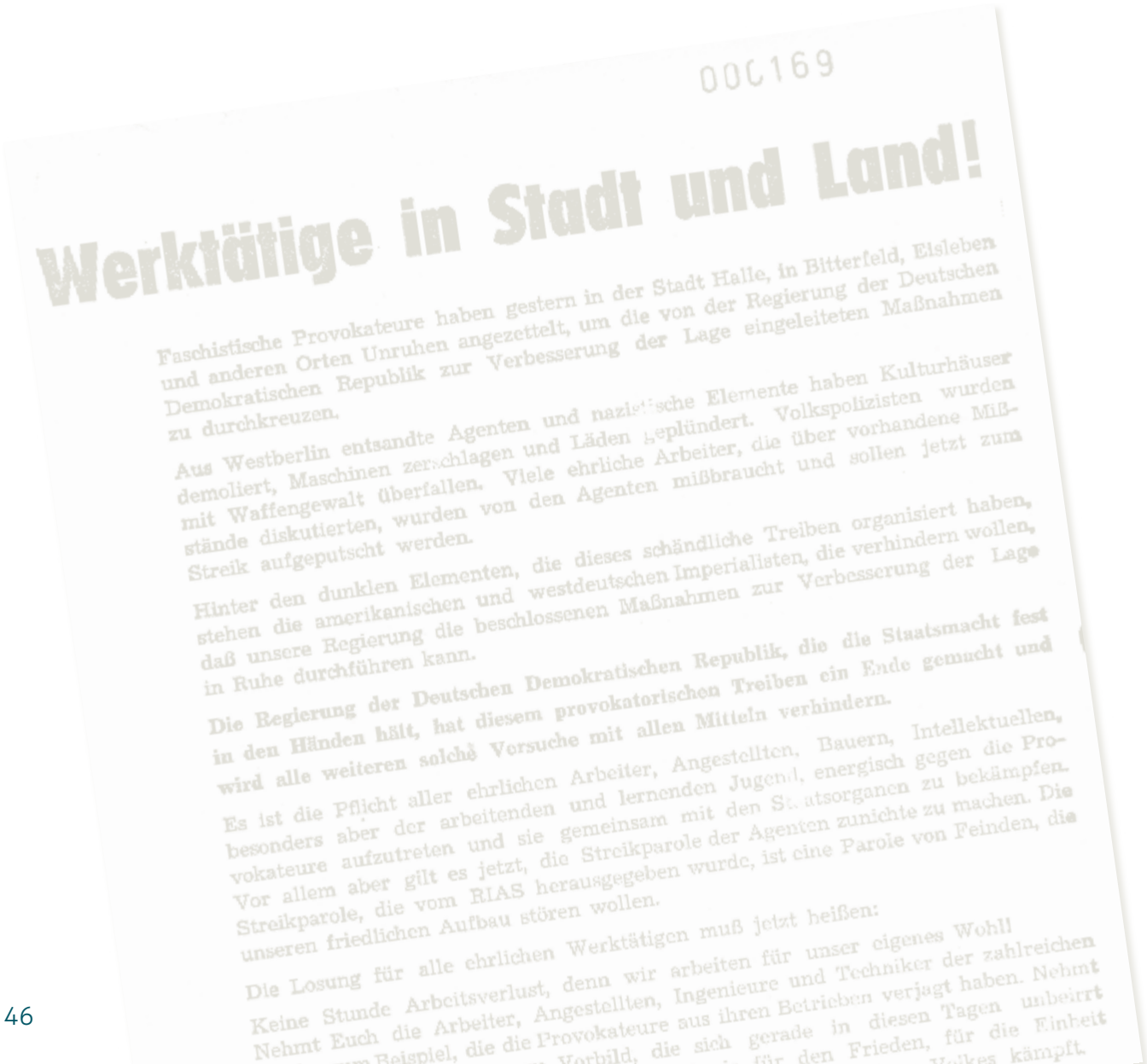
Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 556 Volkspolizei-Kreisamt Sangerhausen, Nr. 551, Bl. 98.

Q 1j: Aufruf der SED-Bezirksleitung Halle zur Beendigung des Aufstands, 18. Juni 1953

Mit dem vorliegenden Plakat wandte sich die SED-Bezirksleitung Halle am 18. Juni 1953 an die Bevölkerung und rief zu einem Ende der Proteste auf.

Der Aufruf gibt die offizielle Lesart der Demonstrationen und Streiks vom Vortag wieder, wonach der Aufstand von westlichen Geheimdiensten gesteuert worden sei. Die SED erweckte damit den Eindruck, die Bevölkerung habe nicht aus freien Stücken protestiert, sondern sei von feindlichen Kräften verführt worden. Die Legende des „faschistischen Putschversuchs“, die von der SED in den Folgetagen etabliert wurde, ist in diesem Dokument bereits in ihren Grundzügen erkennbar. Die Quelle enthält zahlreiche propagandistische Begriffe wie „faschistische Provokateure“, „Agenten“ und „nazistische Elemente“.

Der „RIAS“ (Rundfunk im amerikanischen Sektor) war eine Rundfunkanstalt in West-Berlin, die 1945/46 von US-amerikanischer Seite eingerichtet wurde. In der DDR galt der „RIAS“ als westliches Propagandainstrument. In den Tagen rund um den 17. Juni 1953 berichtete die Rundfunkanstalt intensiv über die Ereignisse in der DDR. Die dauernde Berichterstattung, die von der Bevölkerung in weiten Teilen der DDR verfolgt wurde, trug zu den Protesten bei. Die SED warf in ihrer Propaganda zum 17. Juni dem „RIAS“ darüber hinaus vor, die Demonstrationen und Streiks direkt geleitet zu haben.



000169

Werktätige in Stadt und Land!

Faschistische Provokateure haben gestern in der Stadt Halle, in Bitterfeld, Eisleben und anderen Orten Unruhen angezettelt, um die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage eingeleiteten Maßnahmen zu durchkreuzen.

Aus Westberlin entsandte Agenten und nazistische Elemente haben Kulturhäuser demoliert, Maschinen zerschlagen und Läden geplündert. Volkspolizisten wurden mit Waffengewalt überfallen. Viele ehrliche Arbeiter, die über vorhandene Mißstände diskutierten, wurden von den Agenten mißbraucht und sollen jetzt zum Streik aufgeputscht werden.

Hinter den dunklen Elementen, die dieses schändliche Treiben organisiert haben, stehen die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, die verhindern wollen, daß unsere Regierung die beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in Ruhe durchführen kann.

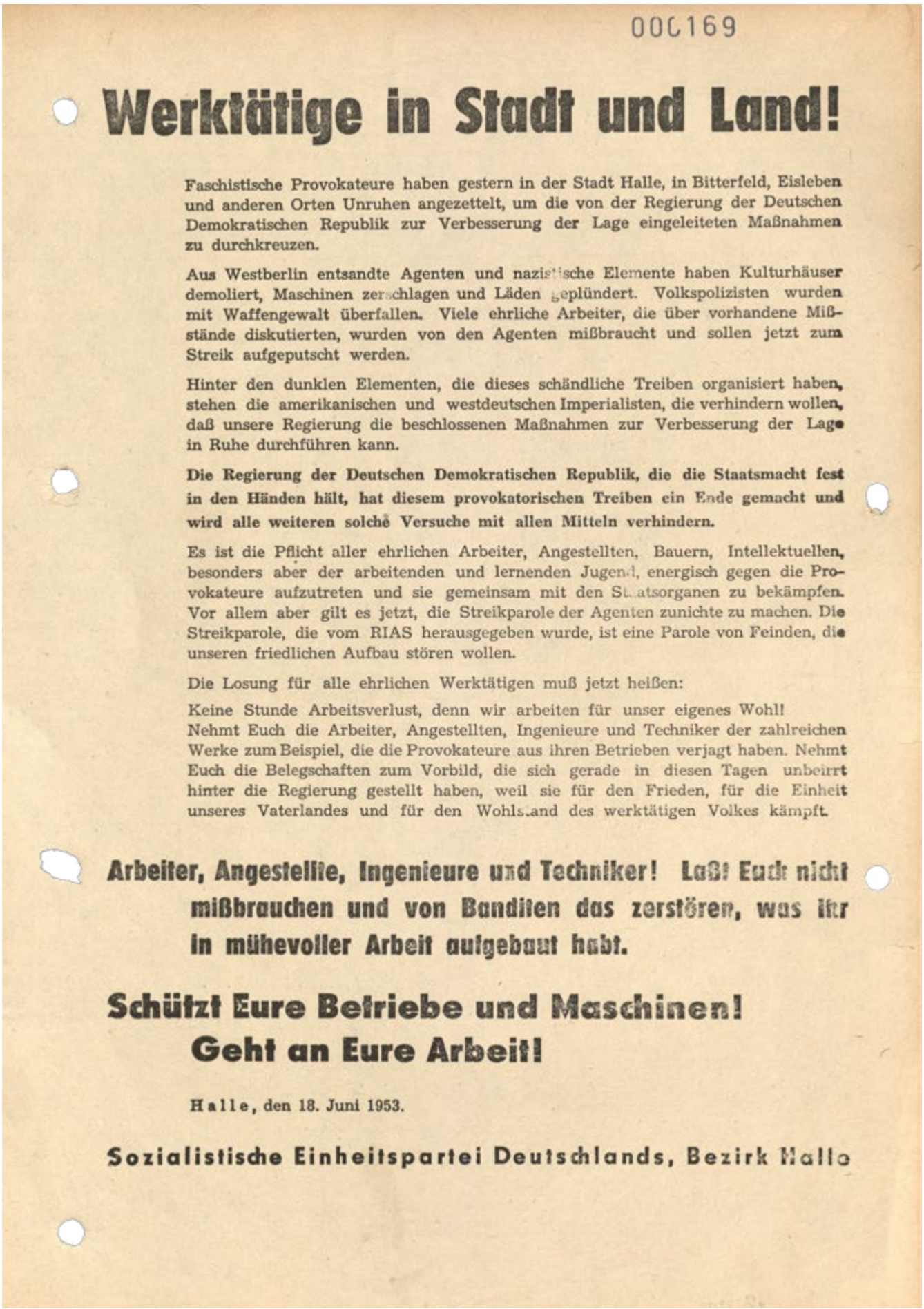
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die die Staatsmacht fest in den Händen hält, hat diesem provokatorischen Treiben ein Ende gemacht und wird alle weiteren solche Versuche mit allen Mitteln verhindern.

Es ist die Pflicht aller ehrlichen Arbeiter, Angestellten, Bauern, Intellektuellen, besonders aber der arbeitenden und lernenden Jugend, energisch gegen die Provokateure aufzutreten und sie gemeinsam mit den Staatsorganen zu bekämpfen. Vor allem aber gilt es jetzt, die Streikparole der Agenten zunichte zu machen. Die Streikparole, die vom RIAS herausgegeben wurde, ist eine Parole von Feinden, die unseren friedlichen Aufbau stören wollen.

Die Losung für alle ehrlichen Werktätigen muß jetzt heißen:

Keine Stunde Arbeitsverlust, denn wir arbeiten für unser eigenes Wohl!

Nehmt Euch die Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Techniker der zahlreichen ... Beispiel, die die Provokateure aus ihren Betrieben verjagt haben. Nehmt ... Vorbild, die sich gerade in diesen Tagen unbeirrt ... für den Frieden, für die Einheit ... kämpft.



000169

Werktätige in Stadt und Land!

Faschistische Provokateure haben gestern in der Stadt Halle, in Bitterfeld, Eisleben und anderen Orten Unruhen angezettelt, um die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage eingeleiteten Maßnahmen zu durchkreuzen.

Aus Westberlin entsandte Agenten und nazistische Elemente haben Kulturhäuser demoliert, Maschinen zerschlagen und Läden geplündert. Volkspolizisten wurden mit Waffengewalt überfallen. Viele ehrliche Arbeiter, die über vorhandene Mißstände diskutierten, wurden von den Agenten mißbraucht und sollen jetzt zum Streik aufgeputscht werden.

Hinter den dunklen Elementen, die dieses schändliche Treiben organisiert haben, stehen die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, die verhindern wollen, daß unsere Regierung die beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in Ruhe durchführen kann.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die die Staatsmacht fest in den Händen hält, hat diesem provokatorischen Treiben ein Ende gemacht und wird alle weiteren solche Versuche mit allen Mitteln verhindern.

Es ist die Pflicht aller ehrlichen Arbeiter, Angestellten, Bauern, Intellektuellen, besonders aber der arbeitenden und lernenden Jugend, energisch gegen die Provokateure aufzutreten und sie gemeinsam mit den Staatsorganen zu bekämpfen. Vor allem aber gilt es jetzt, die Streikparole der Agenten zunichte zu machen. Die Streikparole, die vom RIAS herausgegeben wurde, ist eine Parole von Feinden, die unseren friedlichen Aufbau stören wollen.

Die Losung für alle ehrlichen Werktätigen muß jetzt heißen:

Keine Stunde Arbeitsverlust, denn wir arbeiten für unser eigenes Wohl!
Nehmt Euch die Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Techniker der zahlreichen Werke zum Beispiel, die die Provokateure aus ihren Betrieben verjagt haben. Nehmt Euch die Belegschaften zum Vorbild, die sich gerade in diesen Tagen unbeirrt hinter die Regierung gestellt haben, weil sie für den Frieden, für die Einheit unseres Vaterlandes und für den Wohlstand des werktätigen Volkes kämpft.

Arbeiter, Angestellte, Ingenieure und Techniker! Laßt Euch nicht mißbrauchen und von Banditen das zerstören, was ihr in mühevoller Arbeit aufgebaut habt.

Schützt Eure Betriebe und Maschinen!
Geht an Eure Arbeit!

Halle, den 18. Juni 1953.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Bezirk Halle

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle, Nr. 155, Bl. 169.

Q 1k: „Treue“-Erklärung der Betriebsgewerkschaftsleitung des *VEB Elektromotorenwerk Dessau*, 3. Juli 1953

In der vorliegenden Erklärung vom 3. Juli 1953 bekannte sich die Betriebsgewerkschaftsleitung des *VEB Elektromotorenwerk Dessau* zur SED-Parteilinie.

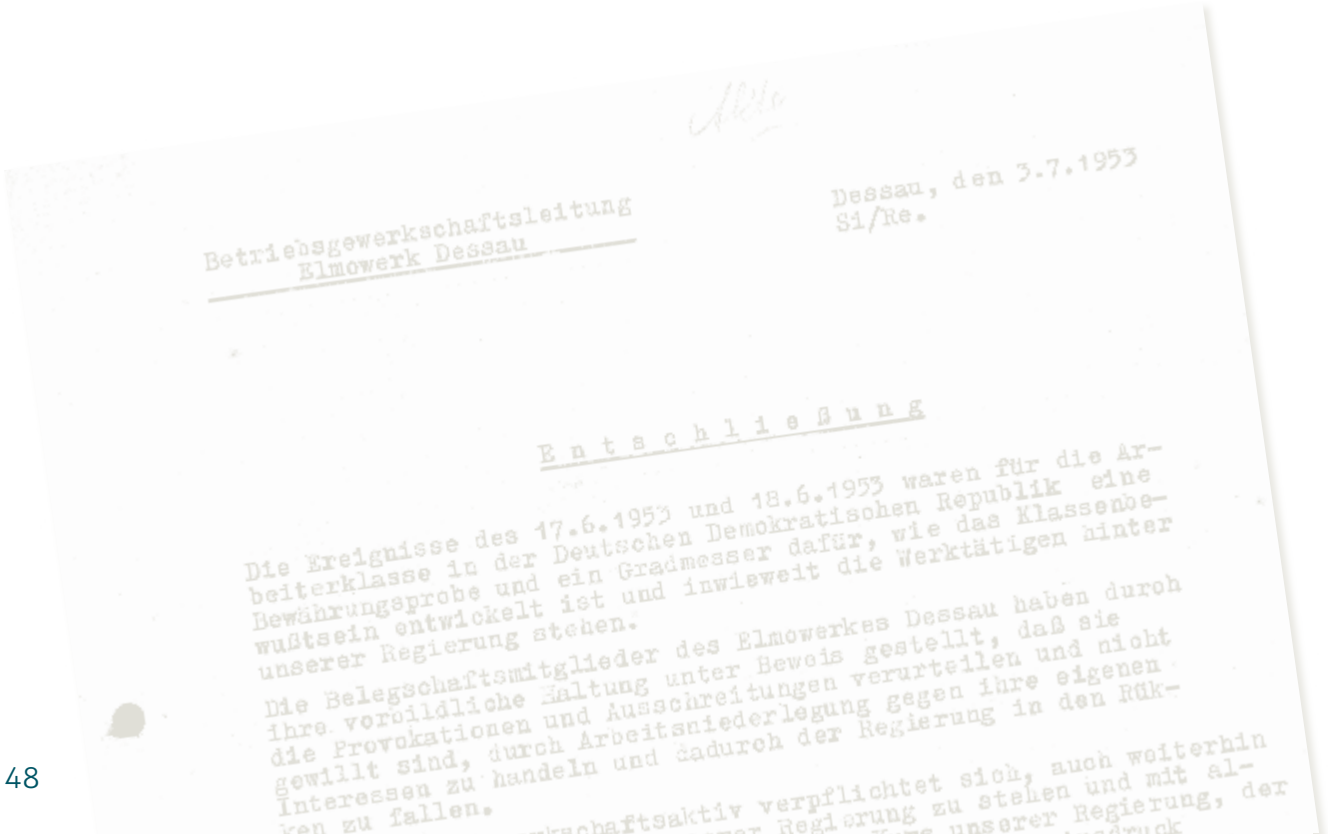
In den Betrieben war der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) in Form von Betriebsgewerkschaftsorganisationen vertreten. An deren Spitze stand die unter Führung der SED-Betriebsparteiorganisation gewählte Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL). Die BGL stellte keine unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten dar, sondern unterstand den Vorgaben der übergeordneten Gewerkschafts- und Parteiorganisationen. Die Urheberinnen und Urheber der Erklärung greifen die Erzählung der SED auf, dass der Aufstand vom 17. Juni 1953 tatsächlich eine „faschistische Provokation“ gewesen sei. Zustimmungserklärungen, wie die der BGL des *VEB Elektromotorenwerk Dessau*, entstanden infolge des 17. Juni teils freiwillig, teils von oben verordnet.

Unter der Losung „Neuer Kurs“ war die SED bereits Anfang Juni 1953 in Teilen von den harten Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ abgerückt. Unter dem Eindruck des Aufstands vom 17. Juni zeigte sich die Partei zu weiteren sozialen Zugeständnissen bereit, um die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen.

Die Redewendung „2. Korea“ bezieht sich auf den sogenannten „Korea-Krieg“ zwischen 1950 und 1953. In der Auseinandersetzung, die Teil des Ost-West-Konflikts war, standen sich die Staaten Nordkorea und Südkorea gegenüber. In den beiden deutschen Staaten wuchs mit dem „Korea-Krieg“ die Sorge vor einem militärischen Konflikt, der in einen „III. Weltkrieg“ münden könnte.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

VEB - Volkseigener Betrieb;
Betrieb in Staatseigentum


Betriebsgewerkschaftsleitung
Elmowerk Dessau

Dessau, den 3.7.1953
Si/Re.

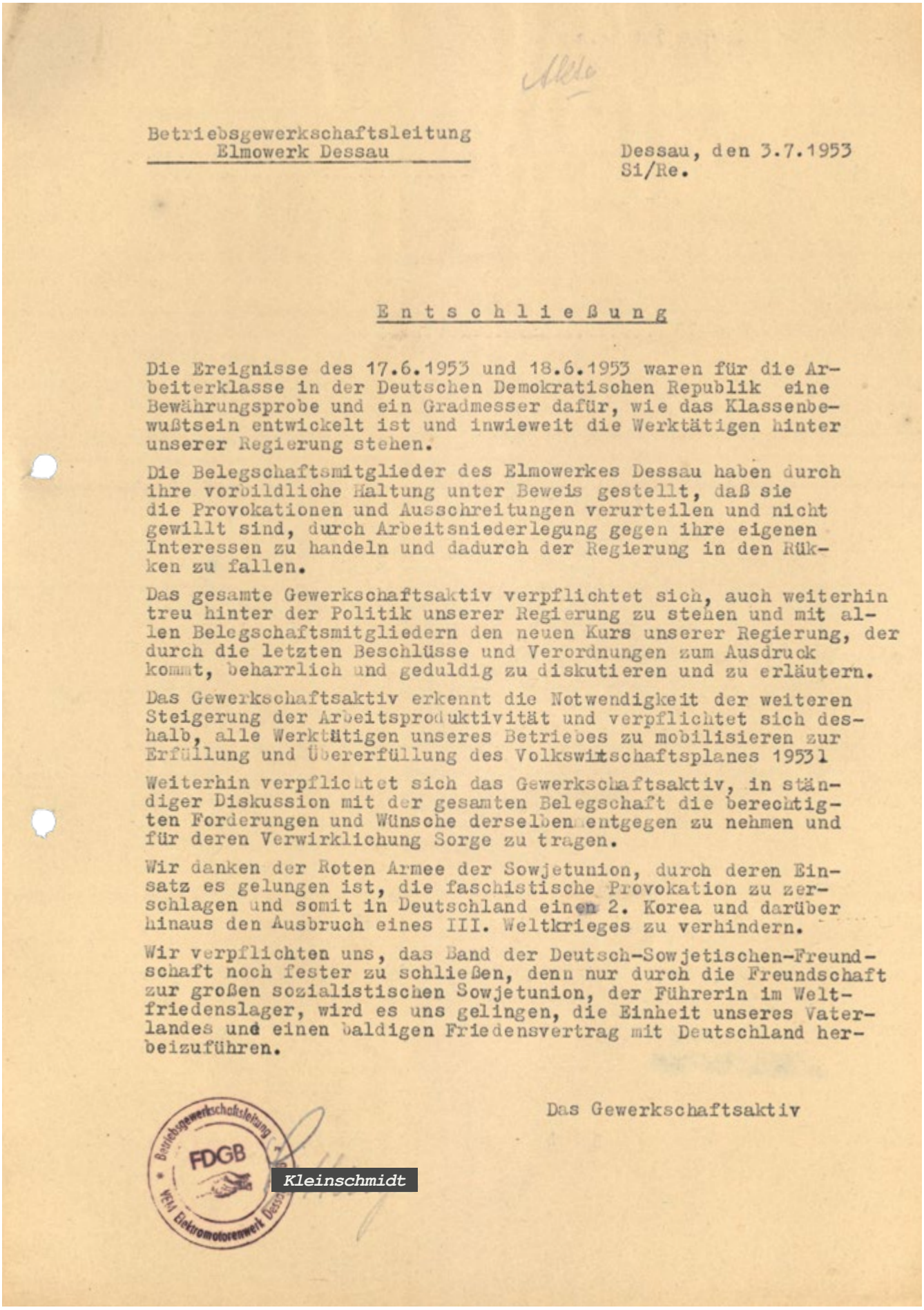
Entschließung

Die Ereignisse des 17.6.1953 und 18.6.1953 waren für die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik eine Bewährungsprobe und ein Gradmesser dafür, wie das Klassenbewußtsein entwickelt ist und inwieweit die Werktätigen hinter unserer Regierung stehen.

Die Belegschaftsmitglieder des Elmowerkes Dessau haben durch ihre vorbildliche Haltung unter Beweis gestellt, daß sie die Provokationen und Ausschreitungen verurteilen und nicht gewillt sind, durch Arbeitsniederlegung gegen ihre eigenen Interessen zu handeln und dadurch der Regierung in den Rük-

ken zu fallen.

gewerkschaftsaktiv verpflichtet sich, auch weiterhin
Regierung zu stehen und mit al-
unserer Regierung,
druck



Betriebsgewerkschaftsleitung
Elmowerk Dessau

Dessau, den 3.7.1953
Si/Re.

Entschließung

Die Ereignisse des 17.6.1953 und 18.6.1953 waren für die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik eine Bewährungsprobe und ein Gradmesser dafür, wie das Klassenbewußtsein entwickelt ist und inwieweit die Werktätigen hinter unserer Regierung stehen.

Die Belegschaftsmitglieder des Elmowerkes Dessau haben durch ihre vorbildliche Haltung unter Beweis gestellt, daß sie die Provokationen und Ausschreitungen verurteilen und nicht gewillt sind, durch Arbeitsniederlegung gegen ihre eigenen Interessen zu handeln und dadurch der Regierung in den Rükken zu fallen.

Das gesamte Gewerkschaftsaktiv verpflichtet sich, auch weiterhin treu hinter der Politik unserer Regierung zu stehen und mit allen Belegschaftsmitgliedern den neuen Kurs unserer Regierung, der durch die letzten Beschlüsse und Verordnungen zum Ausdruck kommt, beharrlich und geduldig zu diskutieren und zu erläutern.

Das Gewerkschaftsaktiv erkennt die Notwendigkeit der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität und verpflichtet sich deshalb, alle Werktätigen unseres Betriebes zu mobilisieren zur Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1953!

Weiterhin verpflichtet sich das Gewerkschaftsaktiv, in ständiger Diskussion mit der gesamten Belegschaft die berechtigten Forderungen und Wünsche derselben entgegen zu nehmen und für deren Verwirklichung Sorge zu tragen.

Wir danken der Roten Armee der Sowjetunion, durch deren Einsatz es gelungen ist, die faschistische Provokation zu zerschlagen und somit in Deutschland einen 2. Korea und darüber hinaus den Ausbruch eines III. Weltkrieges zu verhindern.

Wir verpflichten uns, das Band der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft noch fester zu schließen, denn nur durch die Freundschaft zur großen sozialistischen Sowjetunion, der Führerin im Weltfriedenslager, wird es uns gelingen, die Einheit unseres Vaterlandes und einen baldigen Friedensvertrag mit Deutschland herbeizuführen.

Das Gewerkschaftsaktiv

Betriebsgewerkschaftsleitung FDGB VEM Elektromotorenwerk Dessau

Kleinschmidt

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 408 VE Motorenwerke Dessau / VEB Elektromotorenwerk Dessau, Nr. 718.

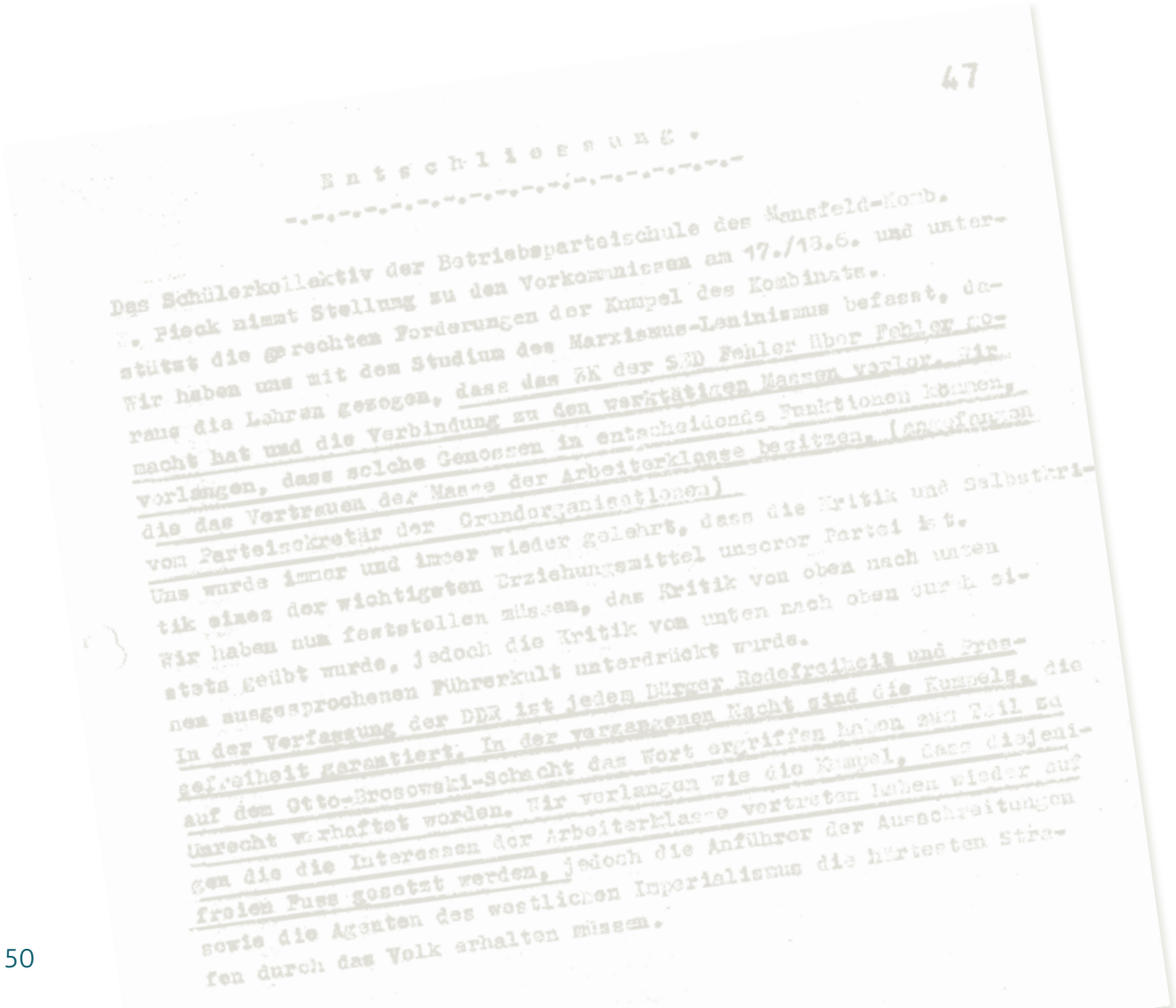
Q 1l: Protestschreiben des Schülerkollektivs der Betriebsparteischule des *VEB Mansfeld Kombinat „Wilhelm Pieck“*, Juni/Juli 1953

Mit der vorliegenden Erklärung wandte sich das Schülerkollektiv der Betriebsparteischule des *VEB Mansfeld Kombinat „Wilhelm Pieck“* nach dem Aufstand vom 17. Juni an die SED-Bezirksleitung Halle und unterstützte die Forderungen der Protestierenden sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und Kritik an der Parteilinie.

Bei den Urheberinnen und Urhebern des Protestschreibens handelte es sich um SED-Mitglieder. Zur politischen Fortbildung von Parteimitgliedern unterhielt die SED unter anderem an Betrieben sogenannte „Parteischulen“. Der Begriff „Schülerkollektiv“ bezeichnete in der DDR einen Klassenverband. Die Idee der „Kritik und Selbstkritik“ war in kommunistischen Parteien im 20. Jahrhundert fest etabliert. In diesem Sinne sollten sich die Parteimitglieder untereinander und selbst kritisieren, um Fehler und Vergehen zu erkennen.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

VEB	-	Volkseigener Betrieb; Betrieb in Staatseigentum
ZK der SED	-	Zentralkomitee der SED; Parteivorstand



47

E n t s c h l i e ß u n g

Das Schülerkollektiv der Betriebsparteischule des Mansfeld-Komb.
. Pieck nimmt Stellung zu den Vorkommnissen am 17./18.6. und unter-
stützt die gerechten Forderungen der Kumpel des Kombinats.
Wir haben uns mit dem Studium des Marxismus-Leninismus befasst, da-
raus die Lehren gezogen, dass das ZK der SED Fehler über Fehler ge-
macht hat und die Verbindung zu den werktätigen Massen verlor. Wir
verlangen, dass solche Genossen in entscheidende Funktionen kommen,
die das Vertrauen der Masse der Arbeiterklasse besitzen. (angefangen
von Parteisekretär der Grundorganisation)
Uns wurde immer und immer wieder gelehrt, dass die Kritik und Selbstkri-
tik eines der wichtigsten Erziehungsmittel unserer Partei ist.
Wir haben nun feststellen müssen, das Kritik von oben nach unten
stets geübt wurde, jedoch die Kritik von unten nach oben durch ei-
nen ausgesprochenen Führerkult unterdrückt wurde.
In der Verfassung der DDR ist jedem Bürger Redefreiheit und Pres-
sefreiheit garantiert. In der vergangenen Nacht sind die Kumpels, die
auf dem Otto-Brosowski-Schacht das Wort ergriffen haben zum Teil zu
Unrecht verhaftet worden. Wir verlangen wie die Kumpel, dass diejeni-
gen die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten haben wieder auf
freien Fuss gesetzt werden, jedoch die Anführer der Ausschreitungen
sowie die Agenten des westlichen Imperialismus die härtesten Stra-
fen durch das Volk erhalten müssen.

47

E n t s c h l i e s s u n g .

Das Schülerkollektiv der Betriebsparteischule des Mansfeld-Komb. W. Pieck nimmt Stellung zu den Vorkommnissen am 17./18.6. und unterstützt die gerechten Forderungen der Kumpel des Kombinats.
Wir haben uns mit dem Studium des Marxismus-Leninismus befasst, daraus die Lehren gezogen, dass das ZK der SED Fehler über Fehler gemacht hat und die Verbindung zu den werktätigen Massen verlor. Wir verlangen, dass solche Genossen in entscheidende Funktionen kömmen, die das Vertrauen der Masse der Arbeiterklasse besitzen. (angefangen vom Parteisekretär der Grundorganisationen)
Uns wurde immer und immer wieder gelehrt, dass die Kritik und Selbstkritik eines der wichtigsten Erziehungsmittel unserer Partei ist.
Wir haben nun feststellen müssen, das Kritik von oben nach unten stets geübt wurde, jedoch die Kritik von unten nach oben durch einen ausgesprochenen Führerkult unterdrückt wurde.
In der Verfassung der DDR ist jedem Bürger Redefreiheit und Pressefreiheit garantiert. In der vergangenen Nacht sind die Kumpels, die auf dem Otto-Brosowski-Schacht das Wort ergriffen haben zum Teil zu Unrecht verhaftet worden. Wir verlangen wie die Kumpel, dass diejenigen die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten haben wieder auf freien Fuss gesetzt werden, jedoch die Anführer der Ausschreitungen sowie die Agenten des westlichen Imperialismus die härtesten Strafen durch das Volk erhalten müssen.

Große
Schulleiter

Geiger
Seminarlehrer

Fischer
Wirtschaftsleiter

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 516 SED-Bezirksleitung Halle, Nr. 2158, Bl. 47.

Q 1m: Plakat der Betriebsgewerkschaftsleitung des *VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld* zu sozialpolitischen Maßnahmen, Juli 1953

Das vorliegende Plakat der Betriebsgewerkschaftsleitung des *VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld* aus dem Juli 1953 informiert über Schritte zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten im Kombinat.

Bereits Anfang Juni 1953 war die SED in Teilen von den harten Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ abgerückt. Das SED-Politbüro hatte am 9. Juni einen „Neuen Kurs“ verkündet, der schließlich am 11. Juni vom Ministerrat der DDR beschlossen wurde. Unter dem Eindruck des Aufstands vom 17. Juni zeigte sich die SED zu weiteren sozialen Zugeständnissen bereit, um die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen.

In dieser Situation entwickelte die Betriebsgewerkschaftsleitung des *VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld* das „Sofortprogramm zur Verbesserung der sanitären und sozialen Einrichtungen im Kombinat“. Mit dem Ziel, die Forderungen der Beschäftigten anzuhören, veranstaltete die Gewerkschaft im Kombinat vom 24. Juni bis zum 8. Juli 1953 zahlreiche Versammlungen. Die Zusammenkünfte fanden ein geteiltes Echo in der Belegschaft des Kombinates: Zum einen war dies eine Möglichkeit, Forderungen zu äußern, zum anderen blickten die Beschäftigten mit Skepsis auf das soziale Angebot, das jegliche politische Veränderung ausschloss. An den Zusammenkünften nahm nur ein Drittel der Belegschaft des Kombinates teil. In einem Bericht der örtlichen SED zu den Veranstaltungen heißt es, dass insgesamt 979 Forderungen gesammelt wurden. Die Mehrzahl davon konnte im Rahmen des Betriebs geregelt werden. Zu den Forderungen, die nicht innerhalb des Kombinates gelöst werden konnten, gehörte wohl unter anderem die Freilassung von politischen Gefangenen.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

VEB	-	Volkseigener Betrieb; Betrieb in Staatseigentum
DM	-	Deutsche Mark
Koll.	-	Kollege
BGL	-	Betriebsgewerkschaftsleitung
AGL	-	Abteilungsgewerkschaftsleitung

Sofortprogramm

der Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld zur Verbesserung der sanitären und sozialen Einrichtungen im Kombinat

Kolleginnen und Kollegen!

Sofortprogramm

der Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld

zur Verbesserung der sanitären und sozialen Einrichtungen im Kombinat

Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem nunmehr die erste Versammlungswelle in unserem Werk abgeschlossen ist, zeigt es sich, daß es durchaus möglich war, eine Vielzahl von berechtigten Wünschen und Forderungen zahlreicher Kolleginnen und Kollegen sofort zu erfüllen. Besonders handelt es sich dabei um Härtefälle in Lohn- und Gehaltsfragen, schlechte Belieferung mit Arbeitsschutzkleidung, Zusatzurlaub, Erschwerniszulage usw. Ein Teil der Fälle konnte nicht sofort bereinigt werden, weil sie nicht im Rahmen unseres Werkes geklärt werden können. Es handelt sich dabei besonders um Sonntagszuschlag, Nachtschichtzuschlag, Waschtag für alle alleinstehenden Frauen, Forderungen auf eine höhere Lebensmittelkartengruppe usw. Alle diese noch nicht erfüllten Forderungen wurden bereits an die entsprechenden Stellen der Regierung und Gewerkschaft zur Bearbeitung weitergeleitet. Die klare und offene Aussprache mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den durchgeführten Versammlungen zeigte uns vor allem aber auch den zum großen Teil noch bestehenden außerordentlichen schlechten Zustand unserer sozialen und sanitären Einrichtungen.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Politbüros der SED vom 9. 6., des Kommunique des Ministerrates vom 11. 6. 1953 und den daraus sich ergebenden neuen Kurs der Regierung in bezug der Verbesserung der materiellen und sozialen Lebenslage unserer Werktätigen hat die Betriebsgewerkschaftsleitung zahlreiche Wünsche und Forderungen der Belegschaft in einem Sofortprogramm als erste Maßnahme zur Verbesserung der sozialen Einrichtungen unseres Werkes zusammengefaßt. Diese im Sofortprogramm enthaltenen Punkte sind sofort realisierbar, da die finanziellen und sonstigen Voraussetzungen vorhanden sind, was durch eine eingehende Prüfung durch die BGL festgestellt wurde. Es handelt sich um folgende Punkte:

1. a) **Auf Grund unseres Vorschlages werden vom Rat der Stadt Bitterfeld im Rahmen der von der Regierung zur Verfügung gestellten 600 Millionen DM für die Werktätigen unseres Kombinats die Mittel für 52 Wohnungen in der Antonienstraße zur Verfügung gestellt. Die Ausschachtungsarbeiten für die Wohnungen beginnen am 13. 7. 1953.**

   Verantwortlich: Technische Direktion.

   b) **Des weiteren werden Verhandlungen mit dem Rat des Bezirks geführt mit dem Ziel, weitere Mittel für 22 Wohnungen zu erhalten.**

   Verantwortlich: Koll. Kulturdirektor Gerats.

2. **Zur Verbesserung der sozialen und sanitären Einrichtungen werden als erste Maßnahmen folgende Einrichtungen geschaffen:**

   Bau eines Umkleide- und Waschraumes im PCU-Betrieb, Bau 282.

   Einrichtung einer Duschanlage für Chlorbetriebe. Dusch- und Badeanlage für Gasgeneratoren.

   Einrichtung von Aufenthaltsräumen für Chloratbetrieb.

   Wasch- und Umkleideräume für Frauen in Amelsensäure Nord.

   Bau eines Aborts im Kesselhaus 4.

   Schaffung von Frauenruheräumen in Kunststoffabteilung und Werk Nord.

   Verbesserung der Einrichtung Ledigenheim und dazugehörende Wohnbaracken.

   Aufenthaltsraum in Schlagpresserei.

   Aufenthalts- und Waschraum für techn. Formartikel erneuern.

   Erweiterung der Waschanlage Bau 211 um drei Duschen und Vergrößerung der Baracke.

   Duschraum für Chlorbenzol und Gesarol.

   Gemauertes Waschbecken für Chlorbenzoldestillation.

   Aufstellung eines Gegenstromapparates zur Sicherstellung der ausreichenden Warmwasserversorgung im Sozialgebäude 424.

   Reparatur der Abortanlage Bau 271a, Kunststoffe.

   Stühle für Frühstücksstube Tetrachlorkohlenstoff.

   Einrichtungsgegenstände für Aufenthaltsraum für Belegschaft der Aschekeller 1—3.

   Verbesserung des Aufenthaltsraumes für Bekohlung und Einbau eines Aborts.

   Aufenthalts- und Speiseraum für Elektrikerwerkstatt Kraftwerk

   Abortanlage für Schalthaus 2, Kraftwerk.

   Umkleideraum für Grubenwasserreinigung Kraftwerk.

   Einrichtungsgegenstände für Brigadier- und Speiseraum der Kraftwerk-Schlosserwerkstatt.

   Verbesserung der sanitären Anlagen Lehrlabor.

   Umkleidebaracke Lehrwerkstatt.

   Anschaffung von 30 Stühlen für Speisesaal Ost. Einbau von 2 Brausezellen im Bau 139.

   20 Umkleideschränke für Frauen in Baracke 960 (Erweiterung).

   Fertigstellung der Waschanlage für Umformerhaus I, Nord.

   Umkleideraum für Elektriker Nord.

   Schulungs- und Aufenthaltsraum für Umformerhaus II ausbauen.

   Anschaffung von Stühlen für Speisesaal Werkstatt Ost.

   Reparaturen an der Trink-Warmwasserleitung und den Heizungsrohren in der Poliklinik und verschiedene notwendige Anschaffungen.

   Frühstückraum für Wuchsstoffbetrieb Werk Nord.

   Umkleideschränke für Waschanlagen in den Speisesälen I, II und III Werk Nord.

   Zweite Badewanne und 3 Waschbecken für Bino-Betrieb.

   Warmwasserversorgung zur Waschanlage in der Elektrikerwerkstatt Nord.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 507 VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, Nr. 422, Bl. 274.

Fahrradaufbewahrungsraum für Metallabor.
Ausbau des Speiseraumes für Verladebetrieb und Kalkammonsalpeterbetrieb.

Aufstockung des Wiegehauses Bau 188 zur Schaffung von Umkleide-, Wasch- und Aborträumen.

Schaffung eines Umkleide- und Aufenthaltsraumes im Bau 100 (Wiegehaus).

Abortanlage und Umkleideraum für die Kolleginnen der Garage Stefan-Simon-Straße.

Umkleideraum für die LKW-Fahrer.

Abortanlage für die Sägebandschleifer im Bau 249.

Verbesserung der sanitären Anlagen im Betriebsteil Zscherndorf.

Umbau des ehemaligen Verkaufsraumes Brenner für Umkleide- und Waschanlagen für obligatorischen Berufsschulsport und ein Raum für Betriebssektion Deutsches Rotes Kreuz.

Einrichtung einer Waschanlage im Titanweißbetrieb Bau 160.

Einbau eines Warmwasserboilers im Verwaltungsgebäude.

Schaffung von Fahrradständern für Werk Nord, Werk Süd und Betriebsberufsschule und Klubhaus.

Aufstockung des Lehrlabors.

Zur Realisierung dieser Aufgaben wird ein Sonderbevollmächtigter, welcher voll verantwortlich ist für die Einhaltung der gestellten Termine eingesetzt. Des weiteren werden von den AGL und der BGL Einsätze zur freiwilligen Mitarbeit bei der Erneuerung und dem Ausbau dieser Anlagen organisiert.

3. **Maßnahmen zur Verbesserung der gesamten Werkverpflegung.**

a) Einstellung von 2 weiteren gelernten Fleischern und qualifizierten Köchen.

b) Anschaffung von Küchenmaschinen, Geschirr und Bestecken.

c) Zusammenlegung der Essen 259 und 234 und damit Schaffung eines einheitlichen qualitativ guten Werkessens in 2 Preisstufen nach Wahl.

d) Servieren des Essens vorerst im Speisesaal Küche Ost.

e) Schaffung einer arbeitsfähigen Küchenkommission.

f) Milch wird in den Sommermonaten 3mal täglich zu jeder Schicht und Sonntags 2mal frisch aus der Molkerei geholt.

4. **Maßnahmen zur Erleichterung von Reparaturen und Einkaufmöglichkeiten in unserem Werk.**

a) In der Nähstube werden ab 15. 7. die Preise um 20 Prozent gesenkt.

b) Kleine Reparaturen an Kochtöpfen, Eimern, Schüsseln usw. können ab sofort im Betrieb außerhalb der Arbeitszeit durchgeführt werden. Für die Kontrolle sind die Betriebsleiter voll verantwortlich. Eingangsschein muß vorhanden sein.

c) Ab sofort kann Arbeitskleidung zum Waschen und Flicken mit Ausgangsschein, ausgestellt durch die Betriebsleitung, mit nach Hause genommen werden.

d) Zum 1. August sind Möglichkeiten zu schaffen, daß werkseigene Erzeugnisse zum Selbstkostenpreis an Belegschaftsmitglieder abgegeben werden.

e) Zum Hände- und Körperreinigen ist Toilettenseife zu besorgen und als persönliches Eigentum zu betrachten. Verteilung einmal im Monat.

5. **Bei Ueberstunden, die infolge von Betriebsstörungen gemacht werden und die eine Mehrarbeit von mindestens 4 Stunden ausmachen, gibt es zusätzlich zur Warmverpflegung eine kostenlose Kaltverpflegung. Bescheinigung des Betriebsleiters muß vorliegen.**

Kolleginnen und Kollegen!

Das sind die Punkte des Sofortprogramms der BGL. Wir bitten Euch darüber hinaus weitere Vorschläge zu machen, die Eurer Meinung nach in das Sofortprogramm aufgenommen werden müßten.

Diskutiert und beratet darüber in den Gewerkschaftsgruppen und unterbreitet Eure Vorschläge Eurer AGL, welche diese Vorschläge an die BGL weiterleitet. Wir werden jeden Vorschlag gewissenhaft prüfen und Euch in jedem Fall darüber Bescheid zukommen lassen. Ebenso geschieht das auch mit allen Fragen, die in den einzelnen Versammlungen angeschnitten wurden und die nicht in diesem Sofortprogramm enthalten sind.

Beweisen wir alle gemeinsam, daß der von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung eingeschlagene neue Kurs in unserem Werk nicht nur propagiert wird, sondern bereits seine Verwirklichung findet.

Betriebsgewerkschaftsleitung
des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld

Wetzig.

Pd 2576/53—13000—IV-2-23—2464—0,3

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 507 VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, Nr. 422, Bl. 274 (RS).

Q 1n: Tabellarische Übersicht zu Strafurteilen nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953

Der vorliegende Auszug entstammt einer mehrseitigen Zusammenstellung des Bezirksgerichts Halle zu Verfahren gegen (vermeintliche) Aufständische nach dem 17. Juni 1953.

Die tabellarische Übersicht enthält Informationen zur Person sowie dem Strafurteil. An erster Stelle wird in der Liste die Hallenser Bürgerin Erna Dorn genannt, die infolge des Aufstands wegen ihrer angeblichen nationalsozialistischen Vergangenheit als Beleg für den faschistischen Charakter der Geschehnisse angeführt wurde. Mit der Bezeichnung „SS-Kommandeuse“ wurde auf eine behauptete Tätigkeit Dorns als Aufseherin im Konzentrationslager Ravensbrück angespielt.

Der Artikel 6 der Verfassung der DDR stellte Kritik an Partei und Staat unter Strafe und diente der Verfolgung von politischen Gegnern. Das Kürzel „KG 38“ (Korrektur: „KD 38“) steht für die Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946, die in der DDR unter anderem zur Ahndung von Verstößen gegen das sowjetische Militär genutzt wurde. Der § 114 des Strafgesetzbuches (StGB) regelte die Bestrafung von Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der § 120 StGB regelte die Bestrafung von (versuchter) Gefangenenbefreiung. Der § 125 StGB regelte die Bestrafung von Ausschreitungen in der Öffentlichkeit.

Beruf | Name Vorname | Geburts-Jahr | Strafmaß:

1. KZ-Kommandeuse | D o r n Erna | 1911 | Todesstrafe Befreit aus der Haftanstalt. Hetze gegen Regierung.

2a. Bergarbeiter | [redacted] | 1925 | Art. 6, KG 38 6 Jahre Zuchthaus

2b. Bergarbeiter | [redacted] | 1936 | § 114 StGB 6 Monate Gefängnis

3. Arbeiter | [redacted] | 1929 | § 120 StGB 2 Jahre Gefängnis

4. Arbeiter | [redacted] | 1926 | §§ 120, 125 StGB 2 Jahre Gefängnis

5. Elektriker | [redacted] | 1915 | § 125 StGB 8 Jahre Zuchthaus

6. Arbeiter | [redacted] | 1907 | § 125 StGB 1 Jahr Gefängnis

7. Angestellter | [redacted] | 1892 | § 125 StGB

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Halle

Beruf	Name Vorname	Geburts-jahr	Strafmass:
1. KZ-Kommandeuse	D o r n Erna	1911	Todesstrafe Befreit aus der Haftanstalt, Hetze gegen Regierung.
2a. Bergarbeiter	[redacted] Kranach Ulf	1925	Art. 6, KG 38 6 Jahre Zuchthaus
2b. Bergarbeiter	[redacted] Herbst Rudolf	1936	§ 114 StGB 8 Monate Gefängnis Am 17.6.1953 Terror verübt. Kranach schoss mit Pistole auf örtlichen Selbstschutz in Höhnstedt. Herbst trug Karabiner, der nicht schoss, da Ladehemmung.
3. Arbeiter	[redacted] Müller Fritz	1929	§ 12o StGB 3 Jahre Gefängnis An der Gefangenenbefreiung in der Kleinen Steinstrasse in Halle mit beteiligt. Gummiknüppel organisiert und Haftanstalt kontrolliert, ob noch Häftlinge drin.
4. Arbeiter	[redacted] Dornbusch Ernst	1926	§§ 12o, 125 StGB 5 Jahre Gefängnis Teilnahme an der Gefangenenbefreiung in der Kleinen Steinstrasse. Trug dabei eine Pistole.
5. Elektriker	[redacted] Walter Erich	1915	§ 125 StGB 8 Jahre Zuchthaus In Bitterfeld an Tumulten beteiligt und einen VP-Offizier misshandelt. Bei allen Handlungen besonders hervorgetan.
6. Arbeiter	[redacted] Feldmann Heinz	19o7	§ 125 StGB 1 Jahr Gefängnis An Demonstration in Halle teilgenommen, zum Rat des Bezirks, dann zum Kirchtor gezogen und in der Brauerei, wie vorher, Hetzreden gehalten.
7. Angestellter	[redacted] Hecht Otto	1892	§ 125 StGB Anstelle von 2 Monaten Gefängnis 3oo.-- DM Geldstrafe. An Kundgebung im Leuna-Werk beteiligt und ein Stalin-Plakat abgerissen.
8. Angestellter	[redacted] Auerbach Christian	193o	§ 125 StGB 6 Monate Gefängnis An Zusammenrottungen im Leuna-Werk beteiligt; eine Friedenslosung abgerissen. Mit vorMinisterium für Staatssicherheit in Halle gefah-

-2-

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 531 Bezirksgericht Halle, Nr. 477, Bl. 1.

Q 1o: Kündigungsschreiben des *VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“ Weißenfels* für Gerhard Krause, 22. Juni 1953

Das vorliegende Kündigungsschreiben des *VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“* in Weißenfels wurde per Einschreiben am 22. Juni 1953 von der Personalabteilung an den Mitarbeiter Gerhard Krause versendet.

Die fristlose Kündigung von Gerhard Krause, der wie mehrere tausend andere Weißenfelser Bürgerinnen und Bürger an den Demonstrationen am 17. Juni 1953 auf dem Karl-Marx-Platz in Weißenfels teilgenommen hatte (siehe Q 1g), erfolgte durch die Personalabteilung des *VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“* unter Bezugnahme auf die *„Verordnung über das Kündigungsrecht“* vom 7. Juni 1951, hier als „Gesetz der Arbeit“ bezeichnet. Paragraf 9d der Verordnung bestimmt dabei, dass das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist beendet werden kann, wenn *„der Beschäftigte eine strafbare Handlung begangen hat, wegen der seine Beschäftigung im Betrieb nicht mehr zu vertreten ist“*.

Das Kündigungsschreiben für Gerhard Krause wurde von dessen schwangerer Frau entgegengenommen, während sich Gerhard Krause aufgrund seiner Teilnahme an den Protesten am 17. Juni in Weißenfels noch in Untersuchungshaft befand. Gerhard Krause wurde im Weiteren ohne Verurteilung aus der Haft entlassen.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

VEB - Volkseigener Betrieb;
Betrieb in Staatseigentum

VEB Schuhfabrik
Banner des Friedens
Weißenfels - Saale
Markwerbener Straße 24
Einschreiben
Kollegen
Gerhard K r a u s e
W e i ß e n f e l s
Nordstr. 1
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht
Unser Zeichen
Ha/di.
Tag
den 22.6.53
Betrifft
Gemäß "Gesetz der Arbeit" § 9 d sehen wir uns
gezwungen, aufgrund Ihrer strafbaren Handlung
das bestehende Arbeitsverhältnis mit dem
heutigen Tage
f r i s t l o s

VEB Schuhfabrik
Banner des Friedens
Weißenfels - Saale
Markwerbener Straße 24
Fernruf 2212/13/14
Betriebs-Nummer 62/342/1003
Deutsche Notenbank Weißenfels 18 03
Postscheck Erfurt 11604
Telegrammadresse: Banner

Einschreiben

Kollegen
Gerhard K r a u s e
W e i ß e n f e l s
Nordstr.1

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht | Unser Zeichen Ha/Hi. | Tag den 22.6.53

Betrifft

Gemäß."Gestz der Arbeit" § 9 d sehen wir uns gezwungen,aufgrund Ihrer strafbaren Handlung das bestehende Arbeitsverhältnis mit dem heutigen Tage

f r i s t l o s

zu lösen.
Ihre Arbeitspapiere bitten wir in unserer Personalabteilung,unter Rückgabe Ihres Werks= ausweises in Empfang zu nehmen

VEB-Schuhfabrik"Banner des Friedens"
Personalabteilung

VEB Schuhfabrik „Banner d. Friedens" Weißenfels

Töpfer
Töpfer
Personal-Leiterin

Zc 203 22/96 161/3/453/H 10 VEB Vordr.-Leitv. Weimar — 3. 53 — IV/26/7 (304)

E i n s c h r e i b e n

Kollege
Gerhard K r a u s e
W e i ß e n f e l s
Nordstr.1

VEB Schuhfabrik
Banner des Friedens
Weißenfels - Saale
Markwerbener Straße 24

Zc 203 22/96 160/5/453/H 10 VEB Vordr.-Leitv. Weimar — 3. 53 — IV/26/7 (903)

DEUTSCHE POST

Privatbesitz.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg

Die Industriestadt Magdeburg bildete ein Zentrum des Aufstands vom 17. Juni 1953. In der Bezirkshauptstadt gingen etwa 50.000 Menschen auf die Straße, in zahlreichen Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt, Einrichtungen von Partei und Staat wurden besetzt und Gefangene aus der Haft befreit. Von Magdeburg dehnte sich der Aufstand im Verlauf des 17. Juni und den folgenden Tagen auf den gesamten Bezirk aus. Wie an anderen Orten der DDR, forderten die Demonstrantinnen und Demonstranten soziale und politische Zugeständnisse der Regierung. In den ländlichen Teilen des Bezirks stand insbesondere die Auflösung der oft unter Druck entstandenen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Mittelpunkt. Die Forderung nach der Deutschen Einheit war zudem aufgrund der langen Grenze zur Bundesrepublik in den Protesten im Bezirk Magdeburg besonders laut.

Dem Aufstand vom 17. Juni ging eine Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Situation seit dem Sommer des Vorjahres voraus: Der im Juli 1952 verkündete ***„Aufbau des Sozialismus“*** führte zu zahlreichen Einschnitten im Alltag der Bevölkerung.

„Aufbau des Sozialismus“

Auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 beschloss die SED den „Aufbau des Sozialismus“. Die Partei zielte damit auf die schnelle Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Sozialismus. Der Ausbau der Schwerindustrie wurde vorangetrieben. Zeitgleich ging die Partei gegen die Privatwirtschaft vor: Betriebe wurden verstaatlicht, Bauernhöfe zu größeren Vereinigungen zusammengeschlossen. Die wirtschaftliche Lage spitzte sich zu und führte zu einer mangelnden Versorgung mit alltäglichen Waren. Politische Gegner wurden unter Druck gesetzt. Mit besonderer Härte bekämpfte die SED die Kirchen.

In der angespannten Situation traten im Dezember 1952 die Arbeiterinnen und Arbeiter in mehreren Magdeburger Betrieben, wie im *Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“*, kurzzeitig in den Streik (**Q 2a**). Zeitgleich kam es auch in weiteren Teilen der DDR zu Protesten. Doch die SED hielt an ihrem harten Kurs fest. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erhöhte die SED schließlich im Mai 1953 die ***Arbeitsnormen***. Bei gleichem Lohn sollten die Menschen nun mehr arbeiten. Der Unmut in der Bevölkerung wuchs weiter an.

Im Frühsommer 1953 reagierte die SED auf die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung: Unter der Losung „Neuer Kurs“ erklärte sich die Partei zu Zugeständnissen an die Landwirtschaft sowie private Unternehmen bereit und versprach größere politische Freiheiten. Doch die von der Regierung erhoffte Befriedung der Situation blieb aus: Die Bevölkerung kam, wie sich im Kreis Osterburg zeigte (**Q 2b**), nicht zur Ruhe. Die politischen und wirtschaftlichen Lockerungen ermutigten Teile der Bevölkerung stattdessen sogar, das Regime offen infrage zu stellen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter empörte vor allem, dass die Normenerhöhung trotz der allgemeinen Zugeständnisse bestehen blieb. Nachdem in Berlin am 16. Juni 1953 Arbeiterinnen und Arbeiter in den Streik traten, breitete sich der Protest am Folgetag landesweit aus.

In den frühen Morgenstunden des 17. Juni taten sich die Beschäftigten in verschiedenen Magdeburger Betrieben zusammen und unterbrachen die Arbeit bzw. nahmen sie gar nicht erst auf (**Q 2c**). Im Laufe des Vormittags zogen dann tausende Arbeiterinnen und Arbeiter in Richtung Innenstadt. Als die Demonstration das Stadtzentrum erreicht hatte, stürmten die Protestierenden verschiedene Einrichtungen und entfernten Symbole der SED. Zur gleichen Zeit versammelten sich tausende Menschen in Magdeburg-Sudenburg, wo sich verschiedene Justiz- und Polizeieinrichtungen auf engstem Raum befanden. Um etwa 10.30 Uhr verschaffte sich die Menge gewaltsam Zugang zur Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei und stürmte das Gebäude (**Q 2d**). Bei der gescheiterten Erstürmung der nahegelegenen Haftanstalten starben drei Mitglieder der Wachmannschaft.

Zur Mittagszeit rückten sowjetische Truppen in Magdeburg ein. Auf den Straßen der Stadt fuhren Panzer auf, die allein durch ihre Präsenz die Dynamik des Aufstands brachen (**Q 2e**). Um 14.00 Uhr rief die Militärkommandantur den Ausnahmezustand für die Stadt Magdeburg aus (**Q 2f**). Im Verlauf des Nachmittags brachte das sowjetische Militär schließlich die Lage unter seine Kontrolle.

Erhöhung der Arbeitsnormen

Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise in der DDR 1952/53 ordnete die SED die Erhöhung der Arbeitsnormen an. Künftig sollten die Arbeiterinnen und Arbeiter zehn Prozent mehr Arbeitsleistung erbringen. Eine höhere Leistung bei gleichem Lohn bedeutete faktisch eine Lohnkürzung. In der sozialistischen Planwirtschaft wurden sämtliche wirtschaftliche Fragen – auch die Löhne – zentral vom Staat bestimmt.

Am Tag darauf flammten die Arbeitsniederlegungen in den Betrieben der Stadt noch einmal kurzzeitig auf. Größere Proteste ereigneten sich insbesondere in den Betrieben am nördlichen Stadtrand, die noch nicht vom sowjetischen Militär besetzt waren. Im *VEB Schiffswerft „Edgar André“* streikten am 18. Juni die Werftarbeiter. In einem breiten Forderungskatalog hielten die Arbeiter ihre sozialen und politischen Ziele fest (**Q 2g**).

Arbeiter des Geräte- und Armaturenwerks Magdeburg besteigen einen Lastkraftwagen mit Anhänger vor dem Betriebsgelände Schönebecker Straße 8, um zur Stadtmitte zu fahren, LASA, E 221 Rolf Heyer, Nr. 1.

Von Magdeburg aus griff der Aufstand vom 17. Juni auf den gesamten Bezirk über. Im Umland entzündeten sich die Proteste oft zunächst in Außenstellen von Magdeburger Betrieben, die über ihre Zentralen in der Bezirkshauptstadt von den Ereignissen erfuhren. In Barleben traten etwa 600 Arbeiter einer Niederlassung des *VEM Anlagenbau Magdeburg* am Vormittag des 17. Juni in den Streik. Am folgenden Tag wandte sich die Belegschaft des Betriebs in einer Resolution mit Forderungen an die SED-Kreisleitung Wolmirstedt (**Q 2h**). Wie ein Bericht des Schulrats im Kreis Wolmirstedt zeigt, gingen die Proteste letztlich weit über die Betriebe hinaus und machten auch vor den Schulen nicht Halt (**Q 2i**).
Weiter entfernt von der Bezirkshauptstadt setzte der Aufstand teils erst am Folgetag ein: Im Wernigeröder Elektromotorenwerk riefen die Werktätigen für den 18. Juni zu einer Demonstration nach Harzburg jenseits der DDR-Grenze auf. Sowjetische Truppen verhinderten diesen Plan. Letztlich traten die Beschäftigten des Werks bis zum 19. Juni in den Streik (**Q 2j**). Größere Proteste folgten ab dem 18. Juni zudem in Halberstadt: In zahlreichen Betrieben der Stadt legten die Werktätigen die Arbeit nieder (**Q 2k**). Der Ausgangspunkt der örtlichen Streiks war das Reichsbahnausbesserungswerk, wo etwa 1.500 Arbeiter in den Ausstand traten. Die Arbeitsniederlegungen in der Stadt hielten bis zum 20. Juni an.

Der Aufstand strahlte von den örtlichen Betrieben vielfach auf das umliegende Land aus. Wie im Fall der *Maschinen-Traktoren-Station Langeln*, schlossen sich die Beschäftigten von ländlichen Betrieben und Bauern dem Protest an (**Q 2l**). Im Dorf Trabitz unweit von Calbe (Saale) lösten Bauern am Abend des 17. Juni die örtliche LPG auf. Die am Tag darauf in Trabitz eintreffenden sowjetischen Truppen stoppten die Pläne und nahmen die „Rädelsführer“ der LPG-Auflösung fest.
Der Aufstand vom 17. Juni wurde auf dem Land, wie in Magdeburg und anderen Städten, mit Waffengewalt niedergeschlagen. Im Verlauf des 17. Juni wurden in der Bezirkshauptstadt drei Menschen von Volkspolizisten und sowjetischen Soldaten erschossen.
Mithilfe des sowjetischen Militärs gelang es der SED in den folgenden Tagen und Wochen, die Lage unter ihre Kontrolle zu bekommen. Noch am Abend des 17. Juni kam es in Magdeburg zu einer ersten Verhaftungswelle. Die Repression setzte sich im Weiteren im gesamten Bezirk fort. Aufgrund ihrer (vermeintlichen) Beteiligung an den Protesten in Magdeburg wurden drei Männer zum Tode verurteilt und hingerichtet. In den eigenen Reihen ging die SED, wie beispielsweise im Kreis Tangerhütte, gegen Parteimitglieder vor, die sich gegen den Aufstand nicht zur Wehr gesetzt hatten oder sogar an den Protesten beteiligt waren (**Q 2m**). Teils aus Überzeugung, teils aus Druck wandten sich Grundorganisationen der SED, wie die Betriebsparteiorganisation der *Maschinen-Traktoren-Station Jarchau*, in „Treue“-Erklärungen an die übergeordneten Gremien und bekannten ihre Loyalität (**Q 2n**). Um die Situation zu befrieden, kündigte die Regierung eine Verbesserung der sozialen Lage an. Doch politische Veränderungen, wie sie während des Aufstands vom 17. Juni gefordert wurden, blieben aus. Wenn auch die Proteste in den Tagen nach dem 17. Juni zu einem Ende kamen, blieb der Unmut in der Bevölkerung bestehen. Eine Einwohnerversammlung in der Gemeinde Sichau wenige Wochen nach dem Aufstand zeugt von der Unruhe in der Bevölkerung (**Q 2o**).

Q 2a: Bericht über Arbeitsniederlegungen im *Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ in Magdeburg* im Dezember 1952, 8. Januar 1953

Beim vorliegenden Dokument handelt es sich um einen Untersuchungsbericht der Bezirksparteikontrollkommission (BPKK) über Arbeitsniederlegungen im Dezember 1952 im *Schwermaschinenbau Ernst Thälmann* in Magdeburg.

Die Arbeitsniederlegungen im *Schwermaschinenbau Ernst Thälmann* entzündeten sich an der Einführung der leistungsabhängigen Jahresendprämie, die an das Erreichen der wirtschaftlichen Ziele geknüpft war. Das bisherige Weihnachtsgeld wurde indessen abgeschafft. Dies führte dazu, dass einzelne Abteilungen und Beschäftigte zum Jahresabschluss keine oder eine geringere Prämie erhielten.

Die BPKK war dafür zuständig zu überprüfen, ob die SED-Mitglieder mit ihrer Einstellung und ihrem Verhalten der Parteilinie entsprachen. Der Vorwurf der „Gleichmacherei“ traf die Gegner der leistungsabhängigen Lohnpolitik. Die Höhe der Löhne richtete sich in der DDR nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der jeweiligen Arbeitsbereiche. Die sogenannte „Brigade“ war in den Betrieben der DDR eine Gruppe von Beschäftigten, die in einem festen Verbund zusammenarbeitete.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

PBO	-	Parteibetriebsorganisation
BGL	-	Betriebsgewerkschaftsleitung
AGL	-	Abteilungsgewerkschaftsleitung; existierte in Großbetrieben
FDGB	-	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

Bezirks-Partei-Kontroll-Kommission
M a g d e b u r g

Magdeburg, den 8.1.1953

B e r i c h t

über den Schwermaschinenbau "Ernst-Thälmann-Werk".

Betr.: Überprüfung der PBO und Genossen der BGL lt. Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung Magdeburg wegen der Jahresabschlußprämie.

Stahlgießerei.

In der Stahlgießerei ließen sich die Genossen von den Gerüchten der Kollegen von ihren politischen Aufgaben abbringen und machten sich zu Fürsprechern der Gleichmacherei.
Schon einige Tage vor der Jahresabschlußprämienauszahlung gab es infolge eines Gerüchtes, daß die Lohnauszahlungen nicht am 15.12. sondern erst am 16.12. erfolgen soll, Unzufriedenheit innerhalb der Belegschaft.

Eine Delegation, bestehend aus den Gen. [redacted], AGL, Gen. [redacted] 4 Koll. aus dem Schmelzbetrieb, gingen zum Generaldirektor, und forderten, daß die Lohnauszahlung termingerecht, wie versprochen, durchgeführt wird.
Eine zweite Delegation, die als Wortführer den Koll. [redacted], 19 Jahre alt, hatte, ging am 14.12.1952 planmäßig zu [redacted] in der Verwaltung, um die Frage zu stellen, wieviel zu den von der Regierung bereitgestellt.

8

Bezirks-Partei-Kontroll-Kommission
M a g d e b u r g

Magdeburg, den 8.1.1953

8

B e r i c h t

über den Schwermaschinenbau "Ernst-Thälmann-Werk".

Betr.: Überprüfung der PBO und Genossen der BGL lt. Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung Magdeburg wegen der Jahresabschlußprämie.

Stahlgießerei.

In der Stahlgießerei ließen sich die Genossen von den Gerüchten der Kollegen von ihren politischen Aufgaben abbringen und machten sich zu Fürsprechern der Gleichmacherei.
Schon einige Tage vor der Jahresabschlußprämienauszahlung gab es infolge eines Gerüchtes, daß die Lohnauszahlungen nicht am 15.12. sondern erst am 16.12. erfolgen soll, Unzufriedenheit innerhalb der Belegschaft.

Eine Delegation, bestehend aus den Gen. Schreiber, AGL, Kraus, AGL, Gen. Weinke, Gruppenorganisator, und 4 Koll. aus dem Schmelzbetrieb, gingen zum Generaldirektor, und forderten, daß die Lohnauszahlung termingerecht, wie versprochen, durchgeführt wird.
Eine zweite Delegation, die als Wortführer den Koll. Anton Peters, 19 Jahre alt, hatte, ging am 14.12.1952 planmäßig zu einigen Stellen in der Verwaltung, um die Frage zu stellen, wieviel der Betrieb zusätzlich zu den von der Regierung bereitgestellten Mittel (550.300.--DM) zur Verfügung stellt.

Am 15.12.1952 legten die Koll. der Stahlputzerei die Arbeit nieder, dieses griff dann auf die Stahlgießerei über.

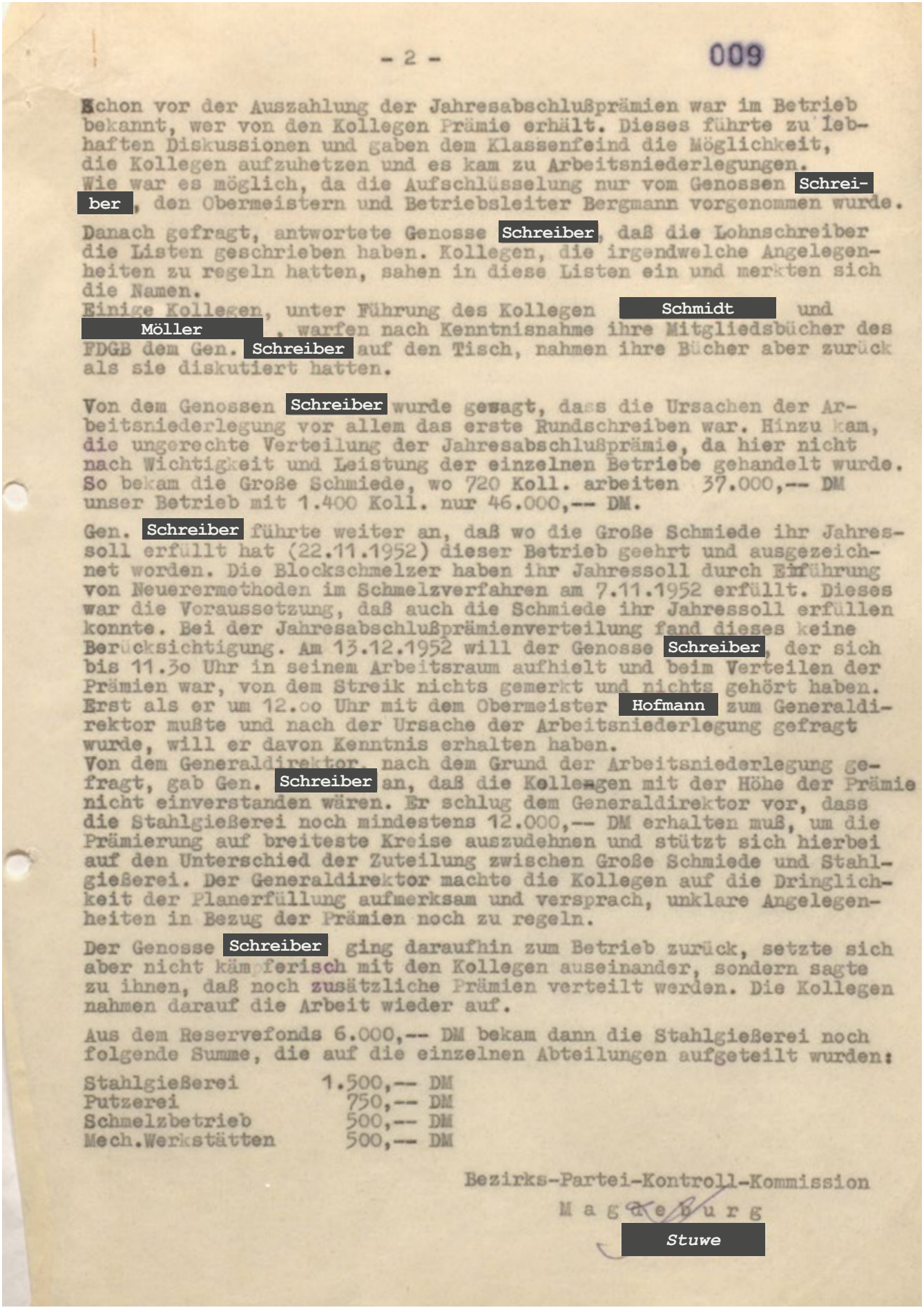
Da der 1. Sekretär, Gen. Böhm, Grundorganisation Stahlgießerei, z.Zt. erkrankt ist, wurde mit dem Genossen Schreiber, AGL, Gen. Kraus, AGL und dem Gen. Weinke, eine Aussprache über die Vorkommnisse geführt.
Zu der Stahlgießerei gehören die Betriebe: Formerei, Putzerei, Schmelzbetrieb und mechanische Werkstätten. Insgesamt sind 1.400 Belegschaftsmitglieder beschäftigt, davon 178 sind Genossen.
Jahresabschlußprämie bekam der Betrieb 46.000,-- DM.
Die Prämien wurden von dem Betriebsleiter Bergmann, den Obermeistern und den Genossen Schreiber festgesetzt.
Der Parteisekretär wurde nicht hinzugezogen.

Prämie sollten vor allem alle Hilfsarbeiter als Zeitlöhner erhalten, die sich besonders in der Leistung hervorgetan haben.
Weiter sollten und wurden prämiiert, alle Aktivisten des 13. Oktober 1952, außer einem, der in der Arbeit nachließ.

Die Brigade Clara Zetkin, die Brigade der ausgezeichneten Qualität ist und aus 5 parteilosen Kollegen besteht, Stundenlohn DM 6,50 wurde der Bridier mit 100,-- DM und die Kollegen mit 70,-- bis 80,-- DM prämiert.

- 2 -

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/4/30, Bl. 8.



- 2 -

009

Schon vor der Auszahlung der Jahresabschlußprämien war im Betrieb bekannt, wer von den Kollegen Prämie erhält. Dieses führte zu lebhaften Diskussionen und gaben dem Klassenfeind die Möglichkeit, die Kollegen aufzuhetzen und es kam zu Arbeitsniederlegungen. Wie war es möglich, da die Aufschlüsselung nur vom Genossen Schreiber, den Obermeistern und Betriebsleiter Bergmann vorgenommen wurde.

Danach gefragt, antwortete Genosse Schreiber, daß die Lohnschreiber die Listen geschrieben haben. Kollegen, die irgendwelche Angelegenheiten zu regeln hatten, sahen in diese Listen ein und merkten sich die Namen.
Einige Kollegen, unter Führung des Kollegen Schmidt und Möller, warfen nach Kenntnisnahme ihre Mitgliedsbücher des FDGB dem Gen. Schreiber auf den Tisch, nahmen ihre Bücher aber zurück als sie diskutiert hatten.

Von dem Genossen Schreiber wurde gesagt, dass die Ursachen der Arbeitsniederlegung vor allem das erste Rundschreiben war. Hinzu kam, die ungerechte Verteilung der Jahresabschlußprämie, da hier nicht nach Wichtigkeit und Leistung der einzelnen Betriebe gehandelt wurde. So bekam die Große Schmiede, wo 720 Koll. arbeiten 37.000,-- DM unser Betrieb mit 1.400 Koll. nur 46.000,-- DM.

Gen. Schreiber führte weiter an, daß wo die Große Schmiede ihr Jahressoll erfüllt hat (22.11.1952) dieser Betrieb geehrt und ausgezeichnet worden. Die Blockschmelzer haben ihr Jahressoll durch Einführung von Neuerermethoden im Schmelzverfahren am 7.11.1952 erfüllt. Dieses war die Voraussetzung, daß auch die Schmiede ihr Jahressoll erfüllen konnte. Bei der Jahresabschlußprämienverteilung fand dieses keine Berücksichtigung. Am 13.12.1952 will der Genosse Schreiber, der sich bis 11.3o Uhr in seinem Arbeitsraum aufhielt und beim Verteilen der Prämien war, von dem Streik nichts gemerkt und nichts gehört haben. Erst als er um 12.oo Uhr mit dem Obermeister Hofmann zum Generaldirektor mußte und nach der Ursache der Arbeitsniederlegung gefragt wurde, will er davon Kenntnis erhalten haben.
Von dem Generaldirektor nach dem Grund der Arbeitsniederlegung gefragt, gab Gen. Schreiber an, daß die Kollegen mit der Höhe der Prämie nicht einverstanden wären. Er schlug dem Generaldirektor vor, dass die Stahlgießerei noch mindestens 12.000,-- DM erhalten muß, um die Prämierung auf breiteste Kreise auszudehnen und stützt sich hierbei auf den Unterschied der Zuteilung zwischen Große Schmiede und Stahlgießerei. Der Generaldirektor machte die Kollegen auf die Dringlichkeit der Planerfüllung aufmerksam und versprach, unklare Angelegenheiten in Bezug der Prämien noch zu regeln.

Der Genosse Schreiber ging daraufhin zum Betrieb zurück, setzte sich aber nicht kämpferisch mit den Kollegen auseinander, sondern sagte zu ihnen, daß noch zusätzliche Prämien verteilt werden. Die Kollegen nahmen darauf die Arbeit wieder auf.

Aus dem Reservefonds 6.000,-- DM bekam dann die Stahlgießerei noch folgende Summe, die auf die einzelnen Abteilungen aufgeteilt wurden:

Stahlgießerei	1.500,-- DM
Putzerei	750,-- DM
Schmelzbetrieb	500,-- DM
Mech.Werkstätten	500,-- DM

Bezirks-Partei-Kontroll-Kommission
Magdeburg
Stuwe

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/4/30, Bl. 9.

Q 2b: Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Osterburg zur Stimmung in der Bevölkerung, 11. Juni 1953

Der vorliegende Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Osterburg vom 11. Juni 1953 informierte die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg über die Reaktionen der Bevölkerung auf den „Neuen Kurs“.

Die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg (BDVP) stand den örtlichen Volkspolizei-Kreisämtern (VPKA) vor. Unter der Losung „Neuer Kurs“ rückte die SED Anfang Juni 1953 in Teilen von den harten Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ ab. Das SED-Politbüro verkündete die Richtungsänderung am 9. Juni. Der „Neue Kurs“ brachte Zugeständnisse an die Landwirtschaft sowie private Unternehmen und versprach größere politische Freiheiten.

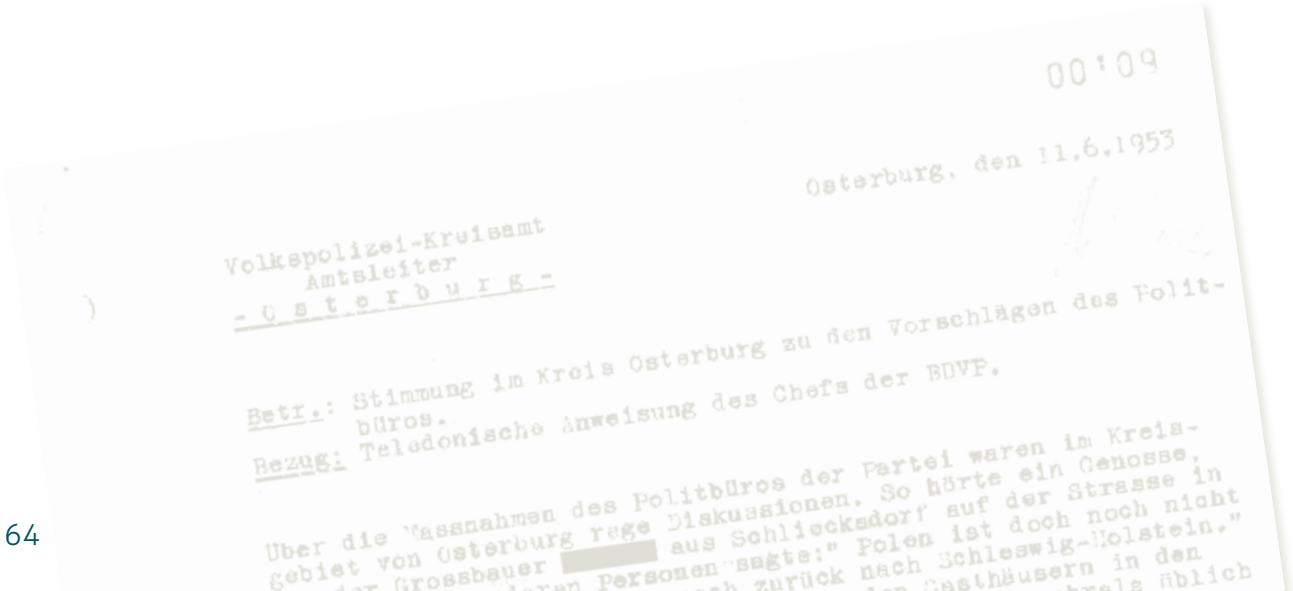
Die SED löste sich damit unter anderem vom Ziel, die Landwirtschaft schnellstmöglich zu kollektivieren. Im Zuge der „Kollektivierung“ waren zuvor – teils unter großem Druck – bislang privat geführte Bauernhöfe zusammengelegt worden. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ (LPG) wurden gegründet, die mehrere kleinere Betriebe bündelten. Die SED ging insbesondere gegen sogenannte „Großbauern“ vor, die mehr als 20 Hektar besaßen. Mit der Erhöhung der Abgabepflichten und weiteren Beschränkungen versuchte das Regime, die Bauern in die LPGs zu drängen. Der „Neue Kurs“ brachte nun eine Kehrtwende für die Landwirtschaft: Bauern, denen ihr Land zwangsweise genommen worden war, erhielten es zum Teil wieder. „Republikflüchtige“ Landwirte, die die DDR verlassen hatten, durften ohne Strafe zurückkehren. Teilweise wurden LPGs wieder aufgelöst.

Der Ausruf „Polen ist doch noch nicht verloren“ drückt allgemein in scheinbar aussichtsloser Lage Hoffnung aus und bezieht sich hier auf die Überwindung der deutschen Teilung.

Die „Lebensmittelkarte“ diente in der DDR bis 1958 zur rationierten Ausgabe von knappen Lebensmitteln, wie Fleisch und Kartoffeln. Die Bevölkerung konnte beim Einkauf nicht frei wählen, sondern musste sich bei der Menge nach der Lebensmittelkarte richten.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

Sowj. Kommandantur	-	Sowjetische Kommandantur; Militärführung
SKK	-	Sowjetische Kontrollkommission; verantwortlich für die Durchsetzung sowjetischer Interessen in der DDR
MfS	-	Ministerium für Staatssicherheit; inländische Geheimpolizei
VP-Oberrat	-	Oberrat der Volkspolizei

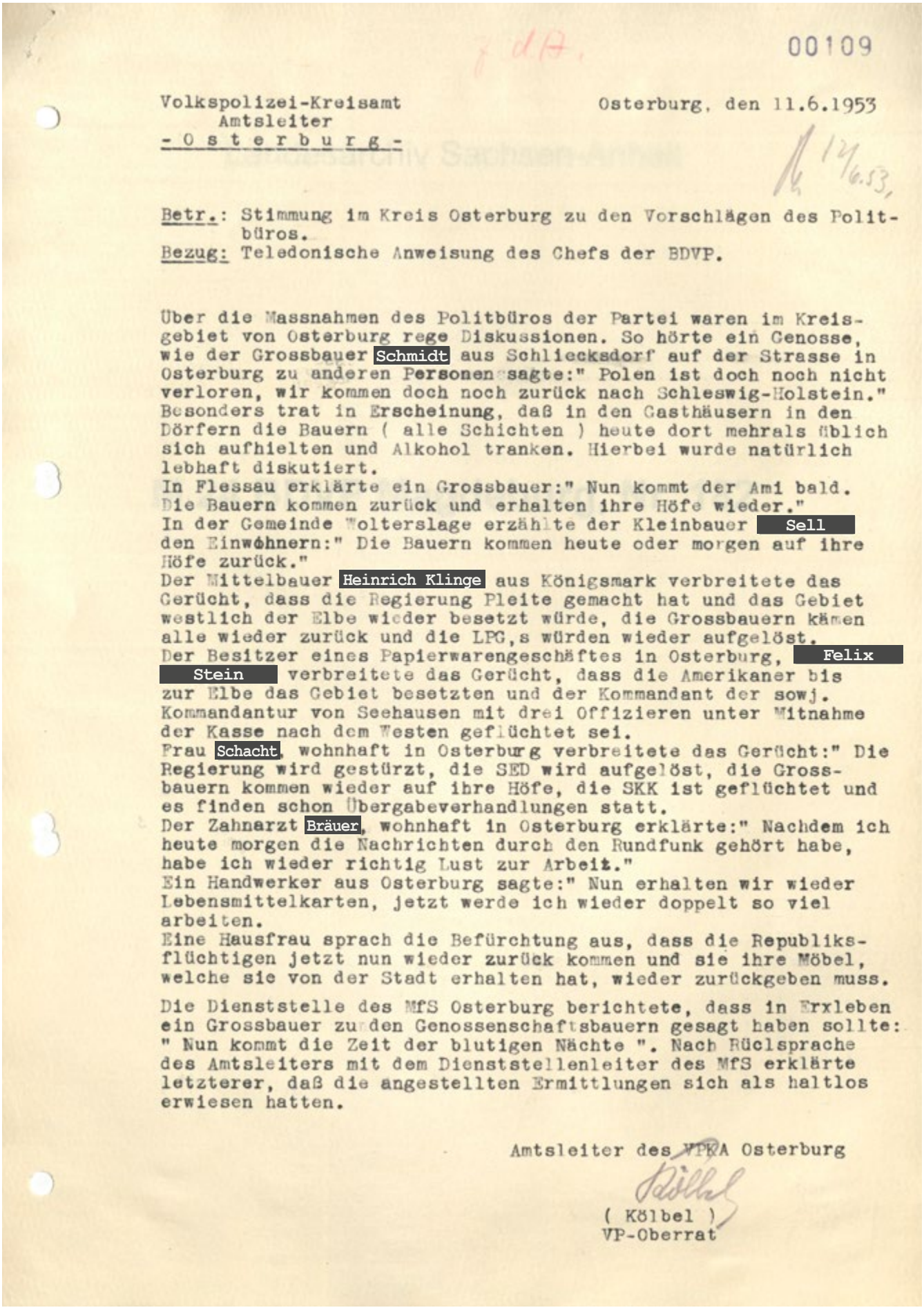

00109

Osterburg, den 11.6.1953

Volkspolizei-Kreisamt
Amtsleiter
- O s t e r b u r g -

Betr.: Stimmung im Kreis Osterburg zu den Vorschlägen des Politbüros.
Bezug: Teledonische Anweisung des Chefs der BDVP.

Über die Massnahmen des Politbüros der Partei waren im Kreisgebiet von Osterburg rege Diskussionen. So hörte ein Genosse, der Grossbauer [redacted] aus Schliecksdorf auf der Strasse in Personen sagte: " Polen ist doch noch nicht zurück nach Schleswig-Holstein."
in den Gasthäusern in



00109

Volkspolizei-Kreisamt
Amtsleiter
- O s t e r b u r g -

Osterburg, den 11.6.1953

Betr.: Stimmung im Kreis Osterburg zu den Vorschlägen des Politbüros.
Bezug: Teledonische Anweisung des Chefs der BDVP.

Über die Massnahmen des Politbüros der Partei waren im Kreisgebiet von Osterburg rege Diskussionen. So hörte ein Genosse, wie der Grossbauer Schmidt aus Schliecksdorf auf der Strasse in Osterburg zu anderen Personen sagte:" Polen ist doch noch nicht verloren, wir kommen doch noch zurück nach Schleswig-Holstein."
Besonders trat in Erscheinung, daß in den Gasthäusern in den Dörfern die Bauern (alle Schichten) heute dort mehrals üblich sich aufhielten und Alkohol tranken. Hierbei wurde natürlich lebhaft diskutiert.
In Flessau erklärte ein Grossbauer:" Nun kommt der Ami bald. Die Bauern kommen zurück und erhalten ihre Höfe wieder."
In der Gemeinde Wolterslage erzählte der Kleinbauer Sell den Einwohnern:" Die Bauern kommen heute oder morgen auf ihre Höfe zurück."
Der Mittelbauer Heinrich Klinge aus Königsmark verbreitete das Gerücht, dass die Regierung Pleite gemacht hat und das Gebiet westlich der Elbe wieder besetzt würde, die Grossbauern kämen alle wieder zurück und die LPG,s würden wieder aufgelöst.
Der Besitzer eines Papierwarengeschäftes in Osterburg, Felix Stein verbreitete das Gerücht, dass die Amerikaner bis zur Elbe das Gebiet besetzten und der Kommandant der sowj. Kommandantur von Seehausen mit drei Offizieren unter Mitnahme der Kasse nach dem Westen geflüchtet sei.
Frau Schacht, wohnhaft in Osterburg verbreitete das Gerücht:" Die Regierung wird gestürzt, die SED wird aufgelöst, die Grossbauern kommen wieder auf ihre Höfe, die SKK ist geflüchtet und es finden schon Übergabeverhandlungen statt.
Der Zahnarzt Bräuer, wohnhaft in Osterburg erklärte:" Nachdem ich heute morgen die Nachrichten durch den Rundfunk gehört habe, habe ich wieder richtig Lust zur Arbeit."
Ein Handwerker aus Osterburg sagte:" Nun erhalten wir wieder Lebensmittelkarten, jetzt werde ich wieder doppelt so viel arbeiten.
Eine Hausfrau sprach die Befürchtung aus, dass die Republiksflüchtigen jetzt nun wieder zurück kommen und sie ihre Möbel, welche sie von der Stadt erhalten hat, wieder zurückgeben muss.

Die Dienststelle des MfS Osterburg berichtete, dass in Erxleben ein Grossbauer zu den Genossenschaftsbauern gesagt haben sollte: " Nun kommt die Zeit der blutigen Nächte ". Nach Rücksprache des Amtsleiters mit dem Dienststellenleiter des MfS erklärte letzterer, daß die angestellten Ermittlungen sich als haltlos erwiesen hatten.

Amtsleiter des VPKA Osterburg

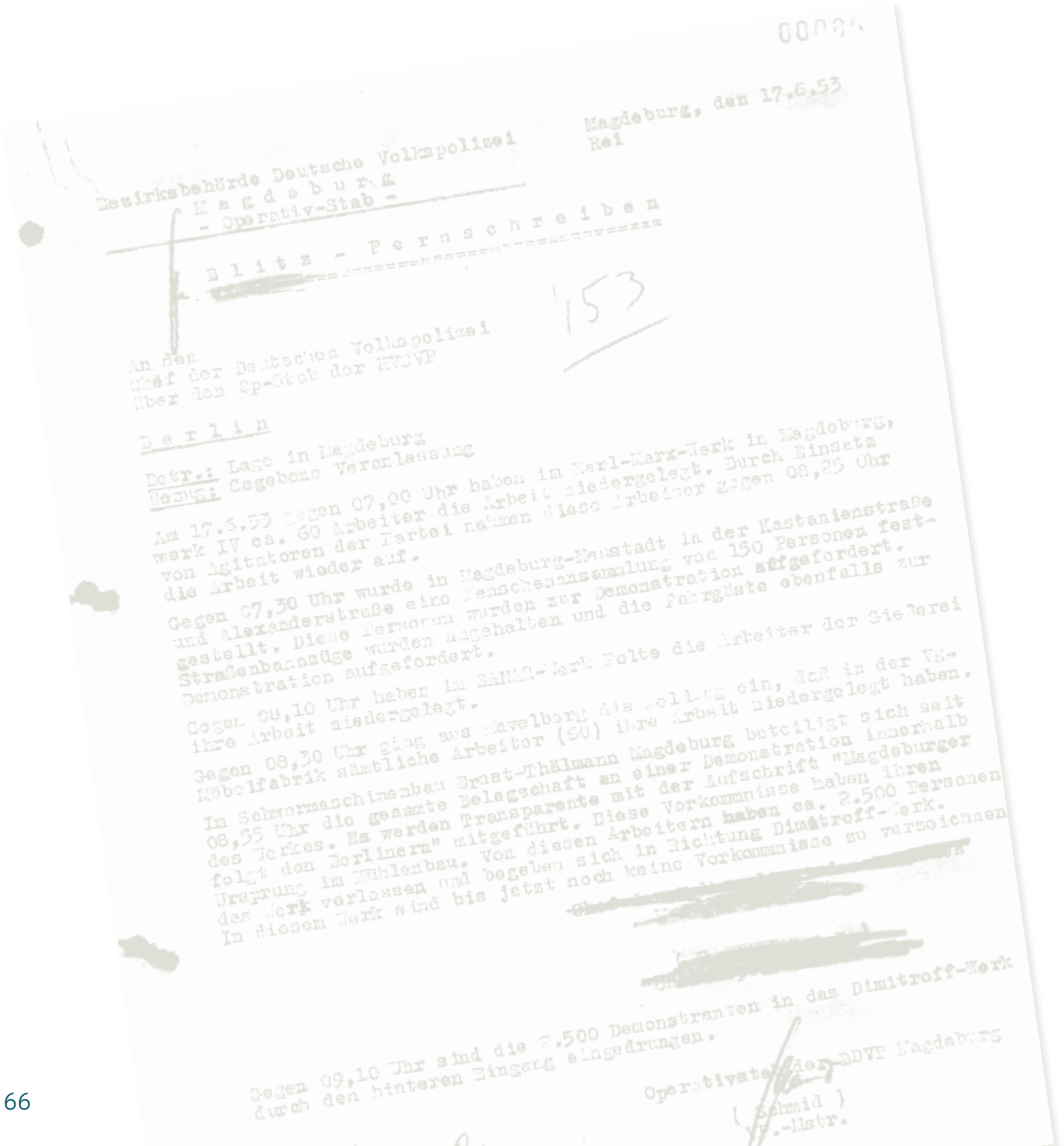
(Kölbel)
VP-Oberrat

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 182, Bl. 109.

Q 2c: Telegramm der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg an den Chef der Deutschen Volkspolizei am Morgen des 17. Juni 1953

In dem vorliegenden Telegramm wandte sich der Operativstab der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg am Morgen des 17. Juni 1953 über den Operativstab der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei an den Chef der Deutschen Volkspolizei.

Der Operativstab der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg (BDVP) war am 17. Juni 1953 zuständig für die Beobachtung der Ereignisse und die Eindämmung des Protests vor Ort. Als „Agitatoren“ wurden Mitglieder der SED bezeichnet, deren Aufgabe es war, die Bevölkerung im Sinne der Partei zu beeinflussen.



00004

Magdeburg, den 17.6.53
Rei

Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei
M a g d e b u r g
- Operativ-Stab -

E l i t z - F e r n s c h r e i b e n

153

An den
Chef der Deutschen Volkspolizei
über den Op-Stab der HVDVP

B e r l i n

Betr.: Lage in Magdeburg
Bezug: Gegebene Veranlassung

Am 17.6.53 gegen 07,00 Uhr haben im Karl-Marx-Werk in Magdeburg, werk IV ca. 60 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Durch Einsatz von Agitatoren der Partei nahmen diese Arbeiter gegen 08,25 Uhr die Arbeit wieder auf.

Gegen 07,30 Uhr wurde in Magdeburg-Neustadt in der Kastanienstraße und Alexanderstraße eine Menschenansammlung von 150 Personen festgestellt. Diese Personen wurden zur Demonstration aufgefordert. Straßenbahnzüge wurden angehalten und die Fahrgäste ebenfalls zur Demonstration aufgefordert.

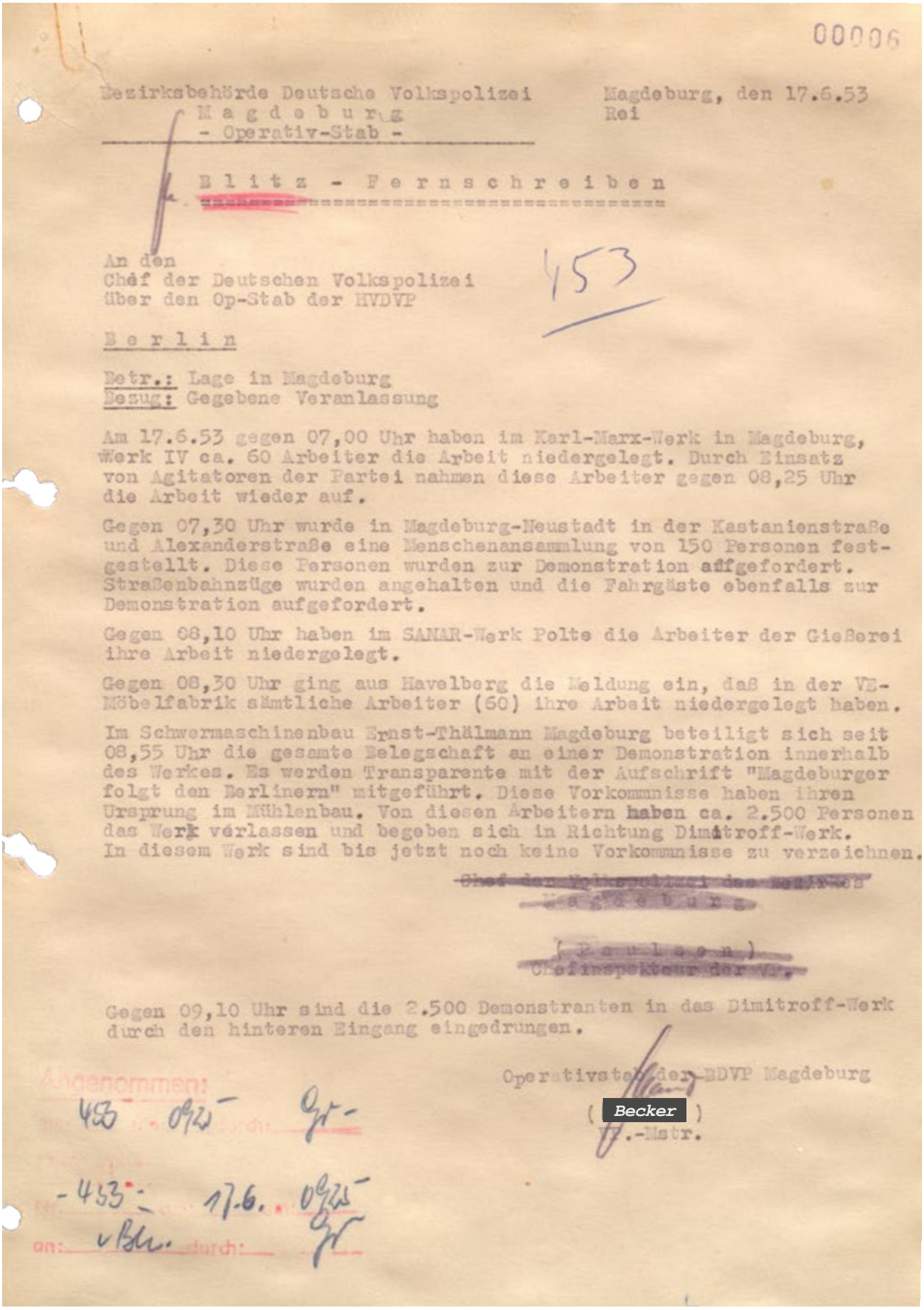
Gegen 08,10 Uhr haben im SAMAR-Werk Polte die Arbeiter der Gießerei ihre Arbeit niedergelegt.

Gegen 08,30 Uhr ging aus Havelberg die Meldung ein, daß in der VE-Möbelfabrik sämtliche Arbeiter (60) ihre Arbeit niedergelegt haben.

Im Schwermaschinenbau Ernst-Thälmann Magdeburg beteiligt sich seit 08,55 Uhr die gesamte Belegschaft an einer Demonstration innerhalb des Werkes. Es werden Transparente mit der Aufschrift "Magdeburger folgt den Berlinern" mitgeführt. Diese Vorkommnisse haben ihren Ursprung im Mühlenbau. Von diesen Arbeitern haben ca. 2.500 Personen das Werk verlassen und begeben sich in Richtung Dimitroff-Werk. In diesem Werk sind bis jetzt noch keine Vorkommnisse zu verzeichnen

Gegen 09,10 Uhr sind die 2.500 Demonstranten in das Dimitroff-Werk durch den hinteren Eingang eingedrungen.

Operativstab der BDVP Magdeburg
(Schmid)
VP.-Mstr.



00006

Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei
Magdeburg
- Operativ-Stab -

Magdeburg, den 17.6.53
Rei

Blitz - Fernschreiben

453

An den
Chef der Deutschen Volkspolizei
über den Op-Stab der HVDVP

Berlin

Betr.: Lage in Magdeburg
Bezug: Gegebene Veranlassung

Am 17.6.53 gegen 07,00 Uhr haben im Karl-Marx-Werk in Magdeburg, Werk IV ca. 60 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Durch Einsatz von Agitatoren der Partei nahmen diese Arbeiter gegen 08,25 Uhr die Arbeit wieder auf.

Gegen 07,30 Uhr wurde in Magdeburg-Neustadt in der Kastanienstraße und Alexanderstraße eine Menschenansammlung von 150 Personen festgestellt. Diese Personen wurden zur Demonstration aufgefordert. Straßenbahnzüge wurden angehalten und die Fahrgäste ebenfalls zur Demonstration aufgefordert.

Gegen 08,10 Uhr haben im SANAR-Werk Polte die Arbeiter der Gießerei ihre Arbeit niedergelegt.

Gegen 08,30 Uhr ging aus Havelberg die Meldung ein, daß in der VE-Möbelfabrik sämtliche Arbeiter (60) ihre Arbeit niedergelegt haben.

Im Schwermaschinenbau Ernst-Thälmann Magdeburg beteiligt sich seit 08,55 Uhr die gesamte Belegschaft an einer Demonstration innerhalb des Werkes. Es werden Transparente mit der Aufschrift "Magdeburger folgt den Berlinern" mitgeführt. Diese Vorkommnisse haben ihren Ursprung im Mühlenbau. Von diesen Arbeitern haben ca. 2.500 Personen das Werk verlassen und begeben sich in Richtung Dimitroff-Werk. In diesem Werk sind bis jetzt noch keine Vorkommnisse zu verzeichnen.

Gegen 09,10 Uhr sind die 2.500 Demonstranten in das Dimitroff-Werk durch den hinteren Eingang eingedrungen.

Operativstab der BDVP Magdeburg
(Becker)
Ltn.-Mstr.

Angenommen:
453 0925 Gr-

-453- 17.6. 0925
an: VPKA durch: Gr

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 180, Bl. 6.

Q 2d: Fotografie der Erstürmung des Sitzes der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, 17. Juni 1953

Die vorliegende Fotografie von Rolf Heyer zeigt die Erstürmung der Zentrale der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg am Vormittag des 17. Juni 1953.

Der 29-jährige Rolf Heyer, von Beruf Kraftfahrzeugmechaniker, nahm am Aufstand des 17. Juni 1953 in Magdeburg mit seinem Fotoapparat teil und dokumentierte den Protest fotografisch. Als Heyer 1955 in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte, nahm er die Aufnahmen mit. Nach seinem Tod im Jahr 1999 verwahrte zunächst ein Angehöriger die Fotografien, der diese schließlich 2018 an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt übergab. Die Bilder gehören zu den wenigen Fotografien, die es zum Aufstand vom 17. Juni 1953 in Magdeburg gibt.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, E 221 Rolf Heyer, Nr. 6.

Q 2e: Fotografie eines sowjetischen Panzers auf der Hallischen bzw. Halberstädter Straße in Magdeburg, 17. Juni 1953

Die vorliegende Fotografie von Rolf Heyer zeigt einen sowjetischen Panzer auf der Hallischen bzw. Halberstädter Straße in Magdeburg am 17. Juni 1953.

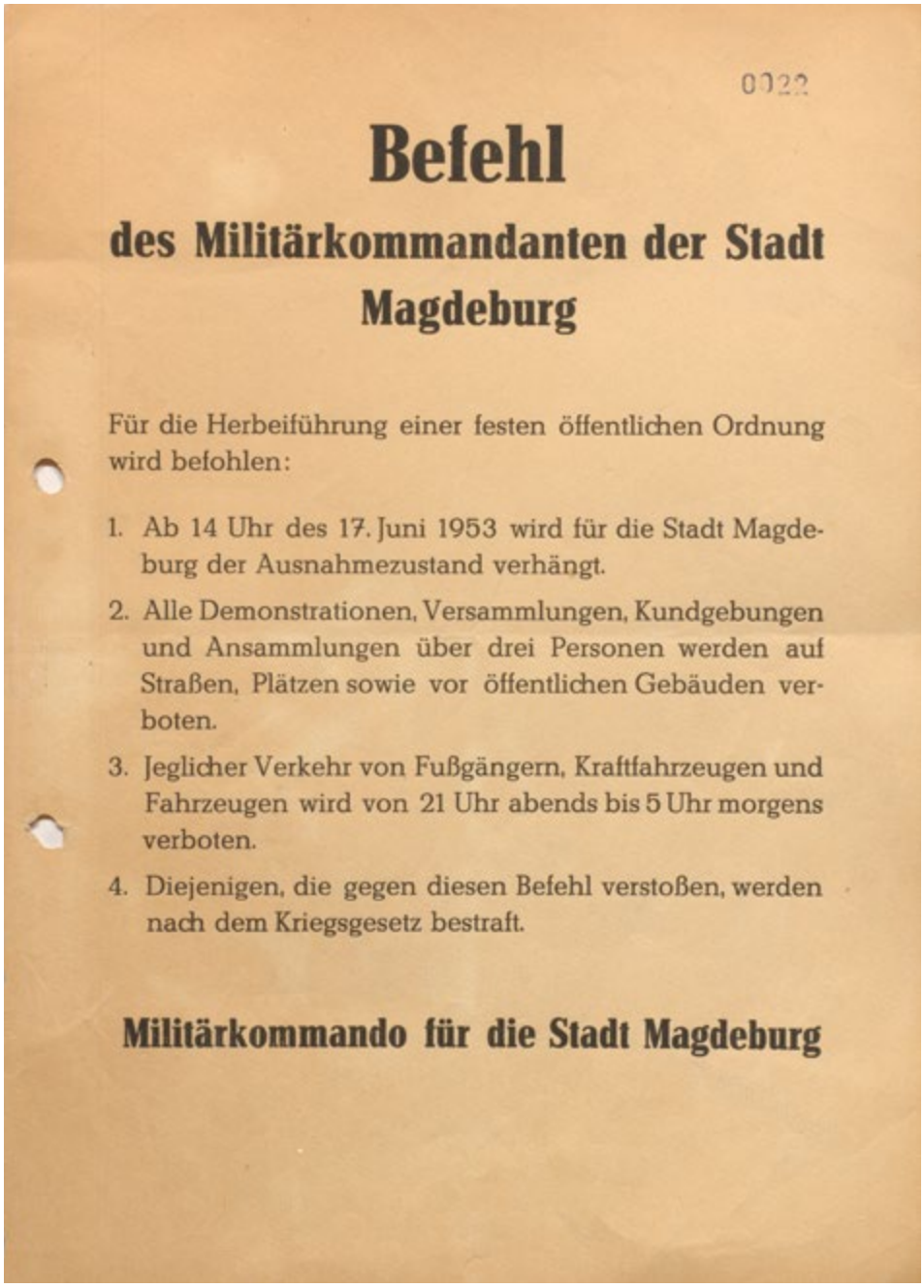
Der 29-jährige Rolf Heyer, von Beruf Kraftfahrzeugmechaniker, nahm am Aufstand des 17. Juni 1953 in Magdeburg mit seinem Fotoapparat teil und dokumentierte den Protest fotografisch. Als Heyer 1955 in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte, nahm er die Aufnahmen mit. Nach seinem Tod im Jahr 1999 verwahrte zunächst ein Angehöriger die Fotografien, der diese schließlich 2018 an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt übergab. Die Bilder gehören zu den wenigen Fotografien, die es zum Aufstand vom 17. Juni 1953 in Magdeburg gibt.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, E 221 Rolf Heyer, Nr. 11.

Q 2f: Ausrufung des Ausnahmezustands über die Stadt Magdeburg durch die sowjetische Militärkommandantur am 17. Juni 1953

Die sowjetische Militärkommandantur von Magdeburg verhängte am frühen Nachmittag des 17. Juni 1953 den Ausnahmezustand über die Stadt.

Die sowjetische Militärkommandantur der Stadt Magdeburg war die Vertretung der sowjetischen Besatzungsmacht vor Ort. Wie in Magdeburg riefen die regionalen Militärkommandanturen am Nachmittag des 17. Juni 1953 für einen Großteil der Städte und Kreise der DDR den Ausnahmezustand aus. Mit der Verhängung des Ausnahmezustands wurde das Kriegsrecht in Kraft gesetzt. Mit der Einführung des Kriegsrechts übernahmen die sowjetischen Behörden offiziell die Regierungsgewalt.



0022

Befehl

des Militärkommandanten der Stadt Magdeburg

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung wird befohlen:

1. Ab 14 Uhr des 17. Juni 1953 wird für die Stadt Magdeburg der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und Ansammlungen über drei Personen werden auf Straßen, Plätzen sowie vor öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern, Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen wird von 21 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach dem Kriegsgesetz bestraft.

Militärkommando für die Stadt Magdeburg

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/3/189, Bl. 22.

Q 2g: Forderungen des Betriebsrates des *VEB Schiffswerft „Edgar André“* in Rothensee, 18. Juni 1953

Die vorliegende Liste enthält Forderungen des Betriebsrates des *VEB Schiffswerft „Edgar André“* in Rothensee, die dieser am 18. Juni 1953 aufstellte.

Im *VEB Schiffswerft „Edgar André“* traten am Morgen des 18. Juni mehr als die Hälfte der Werftarbeiter in den Ausstand. Die Belegschaft wählte eine Streikleitung. Die protestierenden Arbeiter besetzten die Telefonzentrale sowie die Räume der SED und Gewerkschaft im Betrieb. Die Forderungen zeigen die Breite der sozialen und politischen Ziele der Protestierenden rund um den 17. Juni. Der Protest der Werftarbeiter endete, als gegen 9.25 Uhr das sowjetische Militär und die Volkspolizei anrückten. Unter Warnschüssen zerstreute sich die Menge der streikenden Arbeiter. Eine größere Zahl an Werftarbeitern, darunter die Streikleitung, wurde verhaftet.

Das vorliegende Dokument wurde an den Operativstab („OP.Stab“) der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei („BdVP“) Magdeburg übermittelt. Der Operativstab der BDVP war zuständig für die Beobachtung der Ereignisse um den 17. Juni und die Eindämmung des Protests.

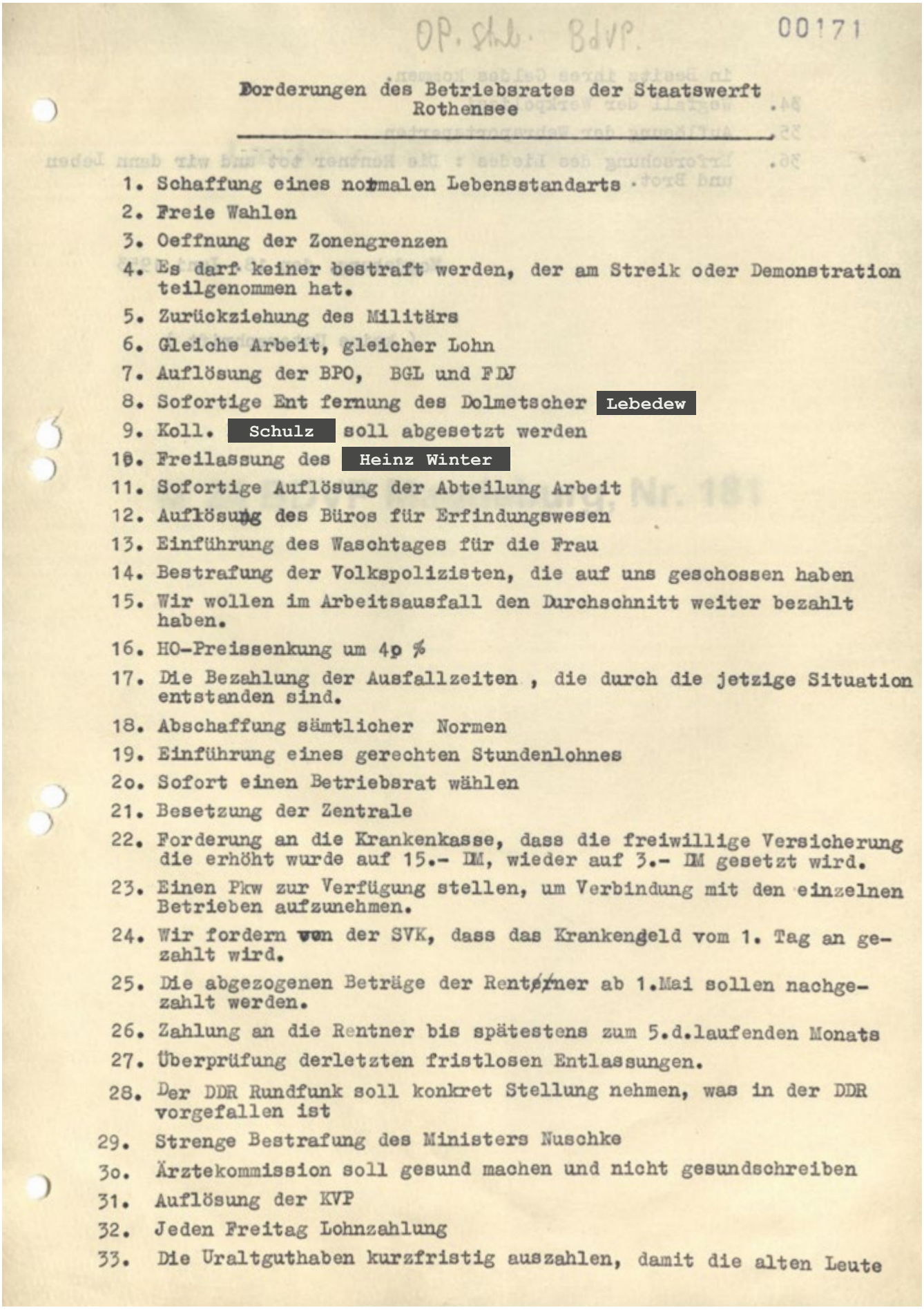
Ein „Betriebsrat“ dient allgemein der Interessenvertretung der Arbeitnehmerseite. Nachdem sich in der Sowjetischen Besatzungszone anfangs Betriebsräte gegründet hatten, schafften die Sowjetische Militäradministration und die SED diese Vertretung bis 1949/50 ab. Aus Machtinteresse wurde die betriebliche Interessenvertretung vollständig in die Hände des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes gelegt, der unter Kontrolle der SED stand. Die Gründung eines Betriebsrats, wie im *VEB Schiffswert „Edgar André“*, setzte sich somit über die SED und die von ihr angeleitete Gewerkschaft hinweg.

Mit dem im Text für die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR verwendeten Begriff „Zonengrenze“ wurde ein westdeutscher Terminus übernommen. Die Bezeichnung „Zone“ geht auf die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zurück und sprach der DDR ihre Souveränität ab.

Die „Abteilung Arbeit“ war im Betrieb für Personal- und Lohnangelegenheiten zuständig. Otto Nuschke war Mitbegründer und Mitglied der Ost-CDU. Von 1949 bis 1957 war Nuschke stellvertretender Ministerpräsident der DDR.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

VEB	-	Volkseigener Betrieb; Betrieb in Staatseigentum
BPO	-	Betriebsparteiorganisation der SED
BGL	-	Betriebsgewerkschaftsleitung; weisungsgebunden an die SED
FDJ	-	Freie Deutsche Jugend; staatliche Jugendorganisation der DDR
HO-Preissenkung	-	Preissenkung im staatlichen Handel; Handelsorganisation (HO) war ein staatliches Einzelhandelsunternehmen der DDR
SVK	-	Sozialversicherungskasse
KVP	-	Kasernierte Volkspolizei; halb-militärische Einheit

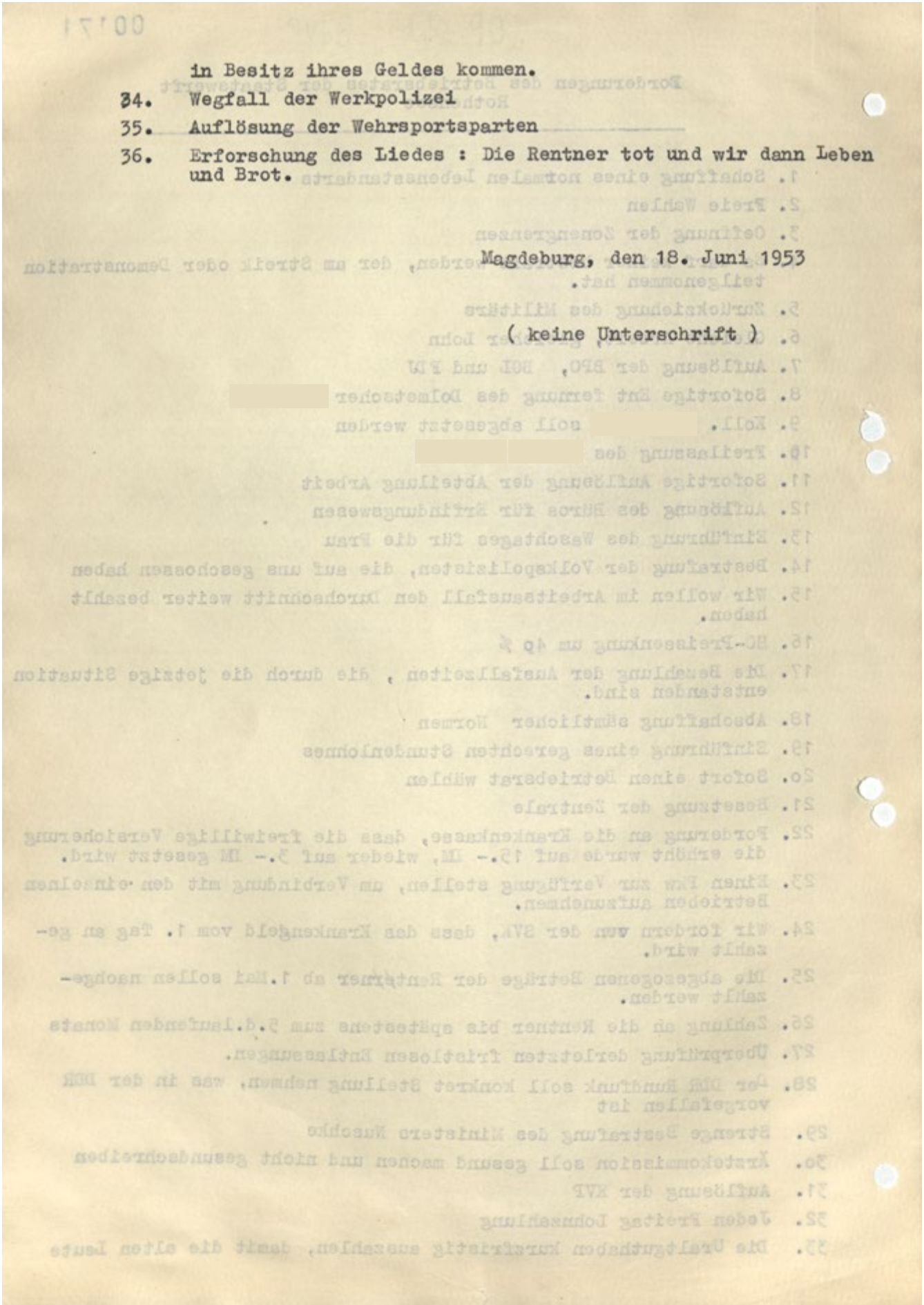


OP. Stb. BdVP. 00171

Forderungen des Betriebsrates der Staatswerft Rothensee

1. Schaffung eines normalen Lebensstandarts
2. Freie Wahlen
3. Oeffnung der Zonengrenzen
4. Es darf keiner bestraft werden, der am Streik oder Demonstration teilgenommen hat.
5. Zurückziehung des Militärs
6. Gleiche Arbeit, gleicher Lohn
7. Auflösung der BPO, BGL und FDJ
8. Sofortige Ent fernung des Dolmetscher [Lebedew]
9. Koll. [Schulz] soll abgesetzt werden
10. Freilassung des [Heinz Winter]
11. Sofortige Auflösung der Abteilung Arbeit
12. Auflösung des Büros für Erfindungswesen
13. Einführung des Waschtages für die Frau
14. Bestrafung der Volkspolizisten, die auf uns geschossen haben
15. Wir wollen im Arbeitsausfall den Durchschnitt weiter bezahlt haben.
16. HO-Preissenkung um 40 %
17. Die Bezahlung der Ausfallzeiten , die durch die jetzige Situation entstanden sind.
18. Abschaffung sämtlicher Normen
19. Einführung eines gerechten Stundenlohnes
20. Sofort einen Betriebsrat wählen
21. Besetzung der Zentrale
22. Forderung an die Krankenkasse, dass die freiwillige Versicherung die erhöht wurde auf 15.- DM, wieder auf 3.- DM gesetzt wird.
23. Einen Pkw zur Verfügung stellen, um Verbindung mit den einzelnen Betrieben aufzunehmen.
24. Wir fordern von der SVK, dass das Krankengeld vom 1. Tag an gezahlt wird.
25. Die abgezogenen Beträge der Rentner ab 1.Mai sollen nachgezahlt werden.
26. Zahlung an die Rentner bis spätestens zum 5.d.laufenden Monats
27. Überprüfung derletzten fristlosen Entlassungen.
28. Der DDR Rundfunk soll konkret Stellung nehmen, was in der DDR vorgefallen ist
29. Strenge Bestrafung des Ministers Nuschke
30. Ärztekommission soll gesund machen und nicht gesundschreiben
31. Auflösung der KVP
32. Jeden Freitag Lohnzahlung
33. Die Uraltguthaben kurzfristig auszahlen, damit die alten Leute

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 181, Bl. 171.



in Besitz ihres Geldes kommen.

34. Wegfall der Werkpolizei

35. Auflösung der Wehrsportsparten

36. Erforschung des Liedes : Die Rentner tot und wir dann Leben und Brot.

Magdeburg, den 18. Juni 1953

(keine Unterschrift)

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 181, Bl. 171 (RS).

Q 2h: Resolution der Belegschaft des *VEM Anlagenbau Magdeburg (Außenstelle Barleben)* zum Aufstand vom 17. Juni, 18. Juni 1953

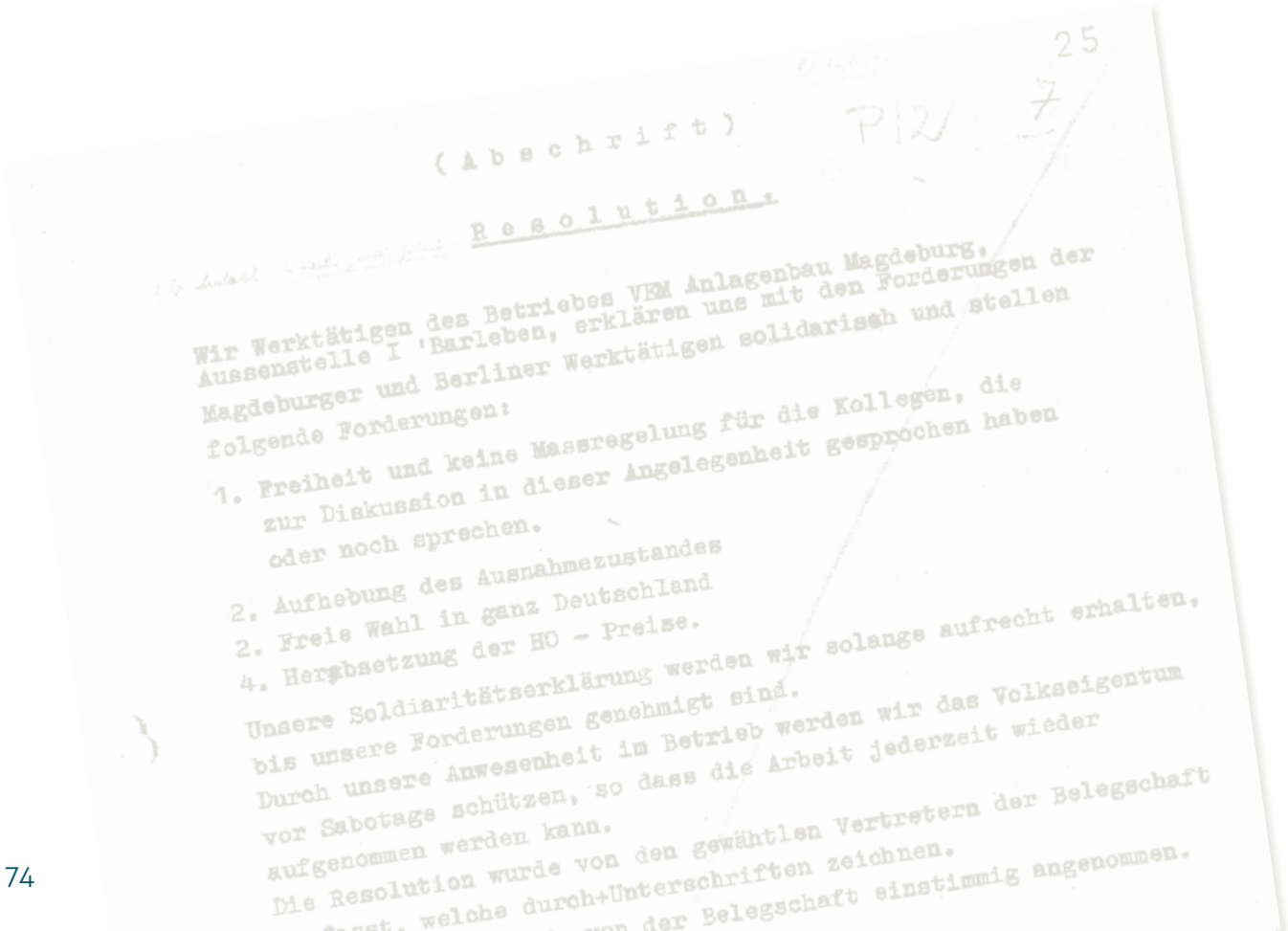
Mit der vorliegenden Erklärung wandte sich die Belegschaft des *VEM Anlagenbau Magdeburg (Außenstelle Barleben)* am 18. Juni mit Forderungen an die SED-Kreisleitung Wolmirstedt.

In Barleben legten etwa 600 Arbeiter des *VEM Anlagenbau Magdeburg* am Vormittag des 17. Juni die Arbeit nieder. Ein Demonstrationszug zog vom Werk in Richtung Magdeburg. Auf dem Weg drangen Protestierende in die örtliche Gewerkschaftsschule ein.

Die Resolution der Belegschaft ist von Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft und der SED unterzeichnet. Auf Betriebsebene war die SED als Betriebsparteiorganisation („SED-Betriebsgruppe“) vertreten. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund war in den Betrieben in Form von Betriebsgewerkschaftsorganisationen organisiert. An deren Spitze stand die unter Führung der SED-Betriebsparteiorganisation gewählte Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL). Die BGL stellte somit keine unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten dar. Bei den „Gebietsvorständen“ handelte es sich um die regionalen Gewerkschaftsleitungen.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

VEM	-	Vereinigung volkseigener Betriebe des Elektro-Maschinenbaues
HO-Preise	-	Preise im staatlichen Einzelhandel; Handelsorganisation (HO) war ein staatliches Einzelhandelsunternehmen der DDR
gez.	-	gezeichnet

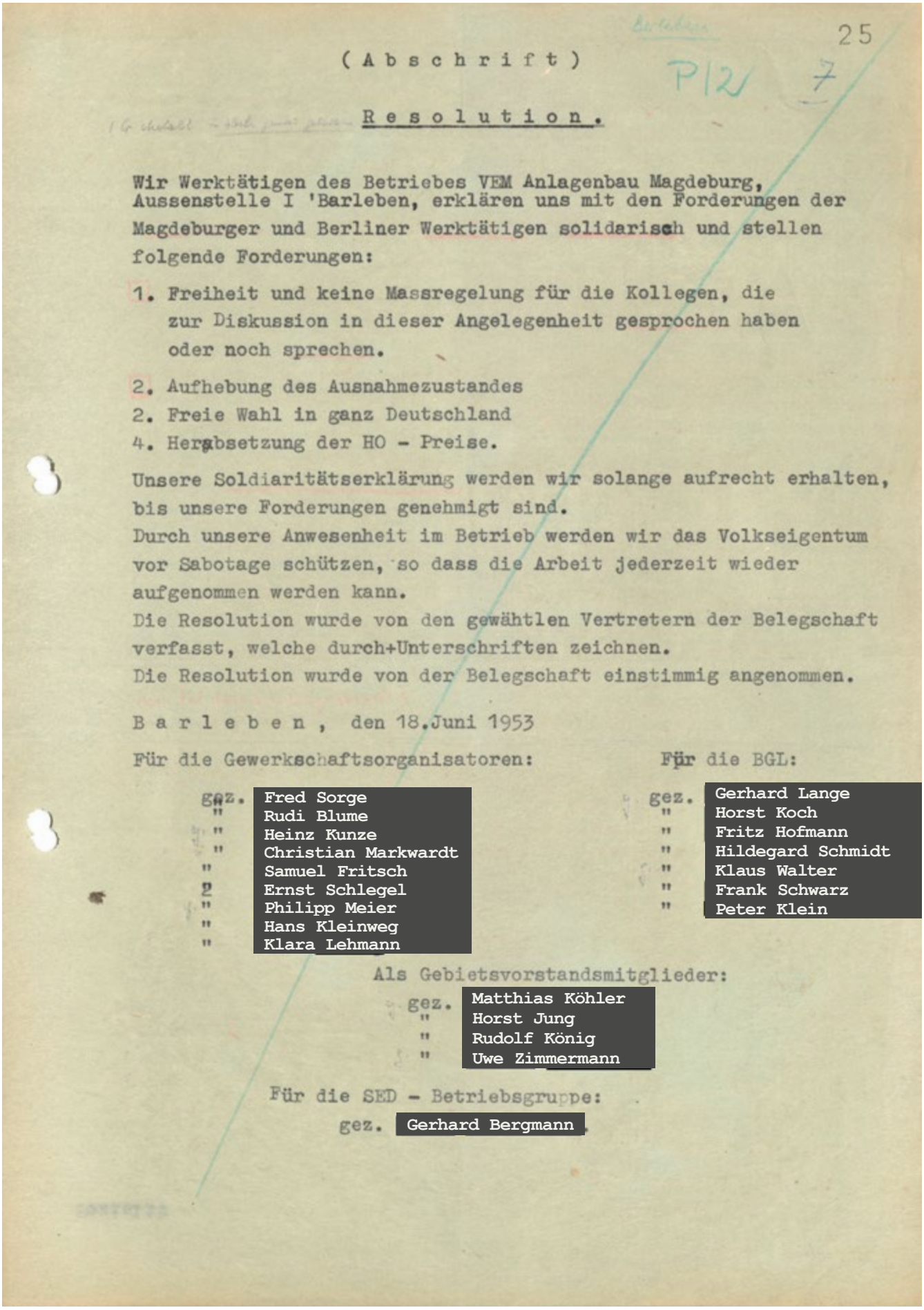

(Abschrift)

Resolution.

Wir Werktätigen des Betriebes VEM Anlagenbau Magdeburg, Aussenstelle I Barleben, erklären uns mit den Forderungen der Magdeburger und Berliner Werktätigen solidarisch und stellen folgende Forderungen:

1. Freiheit und keine Massregelung für die Kollegen, die zur Diskussion in dieser Angelegenheit gesprochen haben oder noch sprechen.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes
2. Freie Wahl in ganz Deutschland
4. Herabsetzung der HO - Preise.

Unsere Soldaritätserklärung werden wir solange aufrecht erhalten, bis unsere Forderungen genehmigt sind.
Durch unsere Anwesenheit im Betrieb werden wir das Volkseigentum vor Sabotage schützen, so dass die Arbeit jederzeit wieder aufgenommen werden kann.
Die Resolution wurde von den gewählten Vertretern der Belegschaft [illegible], welche durch+Unterschriften zeichnen.
[illegible] der Belegschaft einstimmig angenommen.



25

(Abschrift)

P12/ 7

Resolution.

Wir Werktätigen des Betriebes VEM Anlagenbau Magdeburg, Aussenstelle I 'Barleben, erklären uns mit den Forderungen der Magdeburger und Berliner Werktätigen solidarisch und stellen folgende Forderungen:

1. Freiheit und keine Massregelung für die Kollegen, die zur Diskussion in dieser Angelegenheit gesprochen haben oder noch sprechen.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes
2. Freie Wahl in ganz Deutschland
4. Herabsetzung der HO - Preise.

Unsere Soldiaritätserklärung werden wir solange aufrecht erhalten, bis unsere Forderungen genehmigt sind.
Durch unsere Anwesenheit im Betrieb werden wir das Volkseigentum vor Sabotage schützen, so dass die Arbeit jederzeit wieder aufgenommen werden kann.
Die Resolution wurde von den gewählten Vertretern der Belegschaft verfasst, welche durch+Unterschriften zeichnen.
Die Resolution wurde von der Belegschaft einstimmig angenommen.

Barleben, den 18.Juni 1953

Für die Gewerkschaftsorganisatoren:

gez. Fred Sorge
" Rudi Blume
" Heinz Kunze
" Christian Markwardt
" Samuel Fritsch
" Ernst Schlegel
" Philipp Meier
" Hans Kleinweg
" Klara Lehmann

Für die BGL:

gez. Gerhard Lange
" Horst Koch
" Fritz Hofmann
" Hildegard Schmidt
" Klaus Walter
" Frank Schwarz
" Peter Klein

Als Gebietsvorstandsmitglieder:

gez. Matthias Köhler
" Horst Jung
" Rudolf König
" Uwe Zimmermann

Für die SED - Betriebsgruppe:

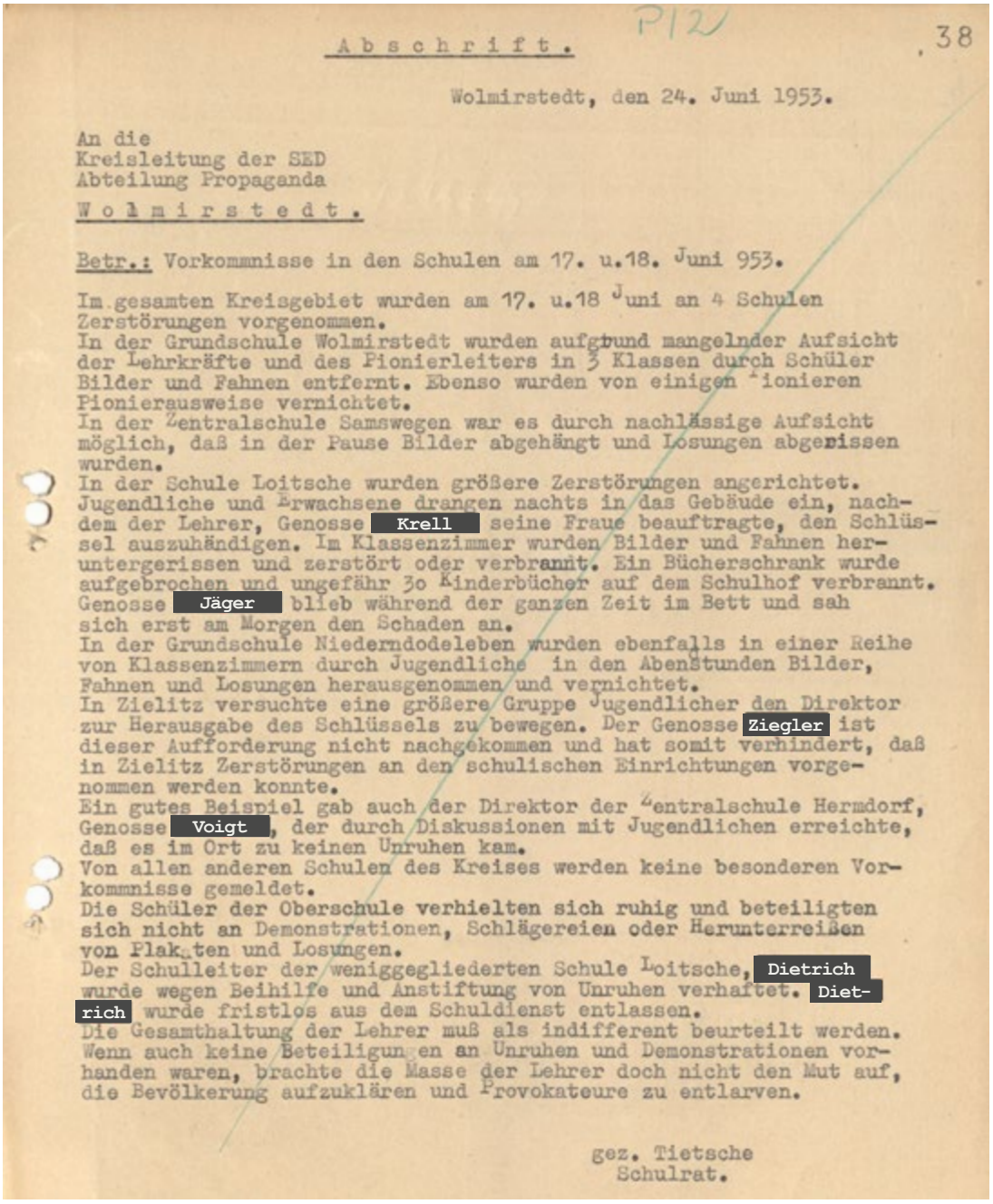
gez. Gerhard Bergmann

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 15 SED-Kreisleitung Wolmirstedt, Nr. IV/4/19/77, Bl. 25.

Q 2i: Bericht des Schulrats zu den Protesten an Schulen am 17./18. Juni 1953 im Kreis Wolmirstedt, 24. Juni 1953

Der als Abschrift vorliegende Bericht des Schulrats von 24. Juni 1953 informierte die SED-Kreisleitung Wolmirstedt über Unruhen an den Schulen im Kreisgebiet am 17./18. Juni.

In der DDR folgte die Erziehung der Kinder und Jugendlichen den politischen Zielen des SED-Regimes. Politische Bilder, Fahnen und Losungen waren dementsprechend ein fester Bestandteil des Schulbilds. Für die Umsetzung der sozialistischen Jugendpolitik war unter anderem die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) verantwortlich. Der überwiegende Teil der Heranwachsenden trat mit dem 14. Lebensjahr der Jugendorganisation bei. Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren waren Teil der Organisation „Junge Pioniere“, die an die FDJ angegliedert war. Die Gruppen der FDJ und Jungen Pioniere bestanden meistens aus den Schulklassen der Kinder und Jugendlichen. Die Pionierorganisation wurde vom sogenannten „Pionierleiter“ betreut.



A b s c h r i f t .

P12

38

Wolmirstedt, den 24. Juni 1953.

An die
Kreisleitung der SED
Abteilung Propaganda
W o l m i r s t e d t .

Betr.: Vorkommnisse in den Schulen am 17. u.18. Juni 953.

Im gesamten Kreisgebiet wurden am 17. u.18 Juni an 4 Schulen Zerstörungen vorgenommen.
In der Grundschule Wolmirstedt wurden aufgrund mangelnder Aufsicht der Lehrkräfte und des Pionierleiters in 3 Klassen durch Schüler Bilder und Fahnen entfernt. Ebenso wurden von einigen Pionieren Pionierausweise vernichtet.
In der Zentralschule Samswegen war es durch nachlässige Aufsicht möglich, daß in der Pause Bilder abgehängt und Losungen abgerissen wurden.
In der Schule Loitsche wurden größere Zerstörungen angerichtet. Jugendliche und Erwachsene drangen nachts in das Gebäude ein, nachdem der Lehrer, Genosse Krell seine Frau beauftragte, den Schlüssel auszuhändigen. Im Klassenzimmer wurden Bilder und Fahnen heruntergerissen und zerstört oder verbrannt. Ein Bücherschrank wurde aufgebrochen und ungefähr 30 Kinderbücher auf dem Schulhof verbrannt. Genosse Jäger blieb während der ganzen Zeit im Bett und sah sich erst am Morgen den Schaden an.
In der Grundschule Niederndodeleben wurden ebenfalls in einer Reihe von Klassenzimmern durch Jugendliche in den Abendstunden Bilder, Fahnen und Losungen herausgenommen und vernichtet.
In Zielitz versuchte eine größere Gruppe Jugendlicher den Direktor zur Herausgabe des Schlüssels zu bewegen. Der Genosse Ziegler ist dieser Aufforderung nicht nachgekommen und hat somit verhindert, daß in Zielitz Zerstörungen an den schulischen Einrichtungen vorgenommen werden konnte.
Ein gutes Beispiel gab auch der Direktor der Zentralschule Hermdorf, Genosse Voigt, der durch Diskussionen mit Jugendlichen erreichte, daß es im Ort zu keinen Unruhen kam.
Von allen anderen Schulen des Kreises werden keine besonderen Vorkommnisse gemeldet.
Die Schüler der Oberschule verhielten sich ruhig und beteiligten sich nicht an Demonstrationen, Schlägereien oder Herunterreißen von Plakaten und Losungen.
Der Schulleiter der weniggegliederten Schule Loitsche, Dietrich wurde wegen Beihilfe und Anstiftung von Unruhen verhaftet. Dietrich wurde fristlos aus dem Schuldienst entlassen.
Die Gesamthaltung der Lehrer muß als indifferent beurteilt werden. Wenn auch keine Beteiligungen an Unruhen und Demonstrationen vorhanden waren, brachte die Masse der Lehrer doch nicht den Mut auf, die Bevölkerung aufzuklären und Provokateure zu entlarven.

gez. Tietsche
Schulrat.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 15 SED-Kreisleitung Wolmirstedt, Nr. IV/4/19/77, Bl. 38.

Q 2j: Tonaufzeichnung der Belegschaftsversammlung im *Elektromotorenwerk Wernigerode*, 18. Juni 1953

Das Tonband dokumentiert eine Betriebsversammlung im *Elektromotorenwerk Wernigerode* am 18. Juni 1953.

Arbeiter des *Elektromotorenwerks Wernigerode* planten gemeinsam mit weiteren Arbeitern aus der Region für den 18. Juni eine Demonstration über die DDR-Grenze nach Harzburg. Um den Demonstrationszug zu verhindern, setzte der Werkleiter am Morgen des 18. Juni kurzfristig eine Belegschaftsversammlung an. Auf der Versammlung brachten die Arbeiter unter tosendem Beifall ihre Forderungen vor. Doch in der Zwischenzeit postierten sich sowjetische Truppen rund um das Werk, sodass eine Demonstration unmöglich wurde. Die Arbeiter traten dennoch bis zum 19. Juni in den Streik.

Die Betriebsversammlung im *Elektromotorenwerk Wernigerode* wurde vom Betriebsfunk aufgezeichnet. Die Staatssicherheit eignete sich das Tonband der Versammlung später an, sodass es heute im Stasi-Unterlagen-Archiv (Bundesarchiv) überliefert ist. Die etwa 75-minütige Aufzeichnung ist eine besondere Quelle zum Aufstand vom 17. Juni 1953. Ähnliche Mitschnitte aus anderen Werken wurden zum Eigenschutz der Beteiligten oft zerstört.

Die Tonaufzeichnung lässt sich in der „Stasi-Mediathek“ des Stasi-Unterlagen-Archivs anhören (siehe QR-Code). Zusätzlich zur Audio-Datei sind dort weitere Informationen abgelegt, etwa ein vollständiges Transkript des Mitschnitts und eine Übersicht zu den verwendeten Abkürzungen. Über ein Inhaltsverzeichnis lassen sich die einzelnen Abschnitte der Aufzeichnung ansteuern.

BArch, MfS, BV Magdeburg, Tb, Nr. 1.

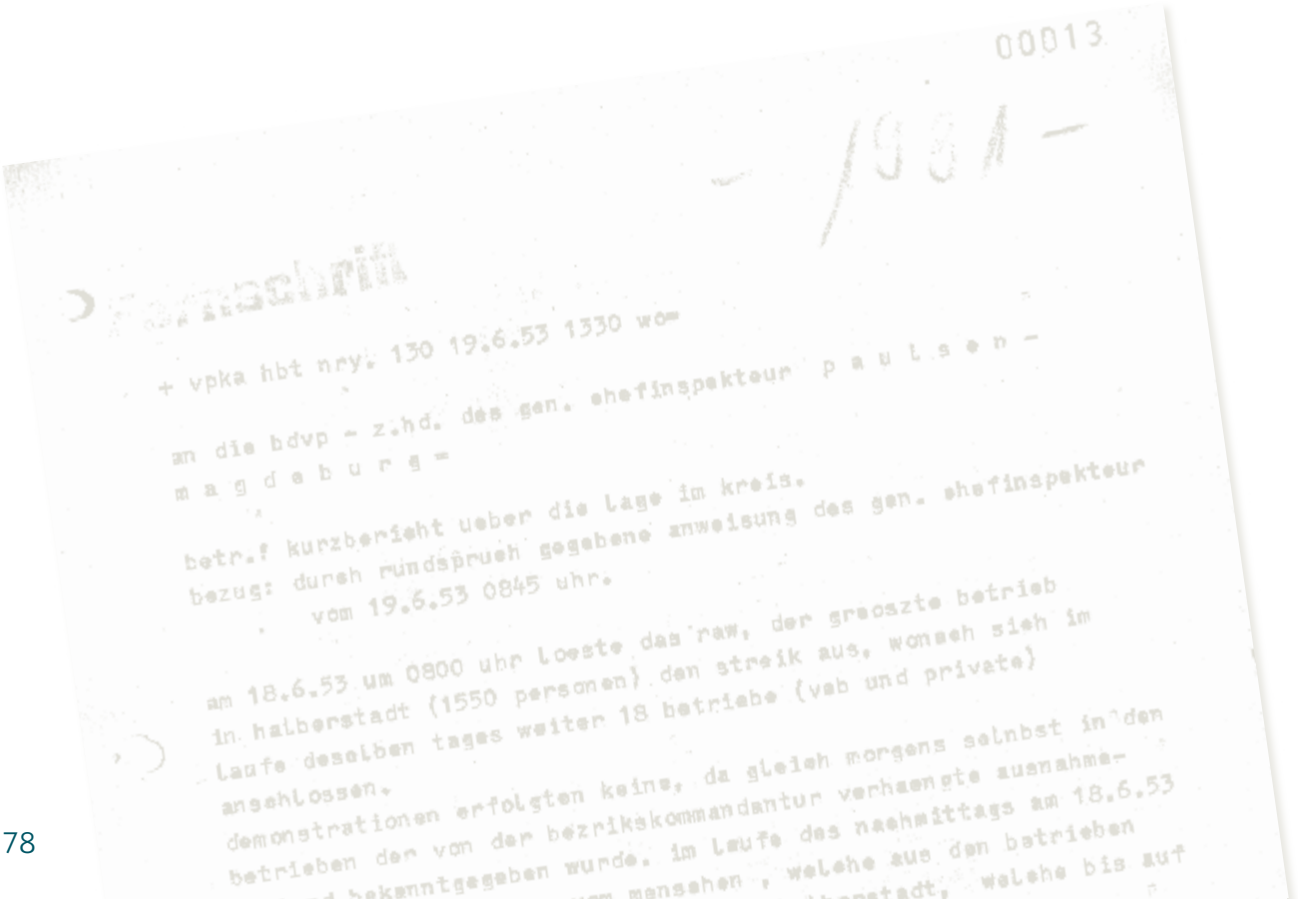
Q 2k: Telegramm des Volkspolizei-Kreisamtes Halberstadt zu den Protesten am 18./19. Juni 1953, 19. Juni 1953

Das vorliegende Fernschreiben des Volkspolizei-Kreisamtes Halberstadt informierte die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg am 19. Juni 1953 über die lokalen Ereignisse am 18./19. Juni.

Die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg (BDVP) stand den örtlichen Volkspolizei-Kreisämtern (VPKA) vor. Die Bezeichnung „die freunde“ bezeichnet in diesem Fall das sowjetische Militär, das zur Niederschlagung des Aufstands eingesetzt wurde. Mit der „volksstimme“ ist die Tageszeitung „Volksstimme“ – das Presseorgan der SED-Bezirksleitung Magdeburg – gemeint. Bei der „kreisleitung“ handelt es sich um den Sitz der örtlichen SED-Kreisleitung.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

z.hd.	-	zu Händen
gen. chefinspekteur	-	Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
raw	-	Reichsbahnausbesserungswerk
veb	-	Volkseigener Betrieb; Betrieb in Staatseigentum
dnb	-	Deutsche Notenbank; Staatsbank der DDR
e-werk	-	Elektrizitätswerk
ho-hauptgeschaeft	-	Hauptgeschäft der Handelsorganisation; staatlicher Einzelhandel
lt.	-	laut
mfs	-	Ministerium für Staatssicherheit; inländische Geheimpolizei
vp	-	Volkspolizei
gez.	-	gezeichnet
vp.-oberrat	-	Oberrat der Volkspolizei


00013

+ vpka hbt nry: 130 19.6.53 1330 wo=

an die bdvp - z.hd. des gen. chefinspekteur p a u l s e n -
m a g d e b u r g =

betr.: kurzbericht ueber die lage im kreis.
bezug: durch rundspruch gegebene anweisung des gen. chefinspekteur
vom 19.6.53 0845 uhr.

am 18.6.53 um 0900 uhr loeste das raw. der greoszte betrieb
in halberstadt (1550 personen) den streik aus. wonach sich im
laufe desselben tages weiter 18 betriebe (veb und private)
angeschlossen.
demonstrationen erfolgten keine, da gleich morgens selnbst in den
betrieben der von der bezirkskommandantur verhaengte ausnahme-
bekanntgegeben wurde. im laufe des nachmittags am 18.6.53
menschen , welche aus den betrieben
stadt, welche bis auf

00013

- 1931 -

Fernschrift

+ vpka hbt nry. 130 19.6.53 1330 wo=

an die bdvp - z.hd. des gen. ehefinspekteur p a u l s e n -
m a g d e b u r g =

betr.: kurzbericht ueber die lage im kreis.
bezug: durch rundspruch gegebene anweisung des gen. ehefinspekteur
vom 19.6.53 0845 uhr.

am 18.6.53 um 0800 uhr loeste das raw, der greoszte betrieb in halberstadt (1550 personen) den streik aus, wonach sich im laufe deselben tages weiter 18 betriebe (veb und private) anschlossen.
demonstrationen erfolgten keine, da gleich morgens selnbst in den betrieben der von der bezrikskommandantur verhaengte ausnahme-zustand bekanntgegeben wurde. im laufe des nachmittags am 18.6.53 sammelten sich gruppen vom menschen , welche aus den betrieben zurueckkehrten auf dem fischmarkt in halberstadt, welche bis auf ca. 1020 personen anschwoll.
die freunde loesten diese ansammlung nach abgabe von drei warn-schuessen auf und es trat ruhd e ein.
ueber nach (vom 18. zum 19.6.53) keine besonderen vorkommnisse.
am 19.6.53 schlossen sich weitere 3 betriebe den streikenden an.
von der hiesigen dienststelle werden tag und nach die post, dnb, volksstimme e-werk, gaswerk, ~~sprengstoffbinker nn~~ , sprengstoff-bunker, kreisleitung, ho-hauptgeschaeft und wasserwerk besetzt, bzw. bewacht.
streikwiegler tauchen konspirativ auf und werden ab heute morgen lt. der im betrieb erwaehnten anweisung und verabredung mit den freunden und mfs ermittelt und festgenommen.
die letzten meldungen lassen erekennen, dasz der gegner alles ver-sucht den streik in den betrieben auszuloesen. masznahmen dagegen wurden eingeleitet.
zur ausschreitungen gegen die vp und oeffentliche gebaeude kam es noch nicht.==

v p k a - halberstadt -
leiter des vpka halberstadt gez. - .l e i e h t - vp.-oberrat+

+19,6,53 1340 nr, 150 bdvp mbg kl +

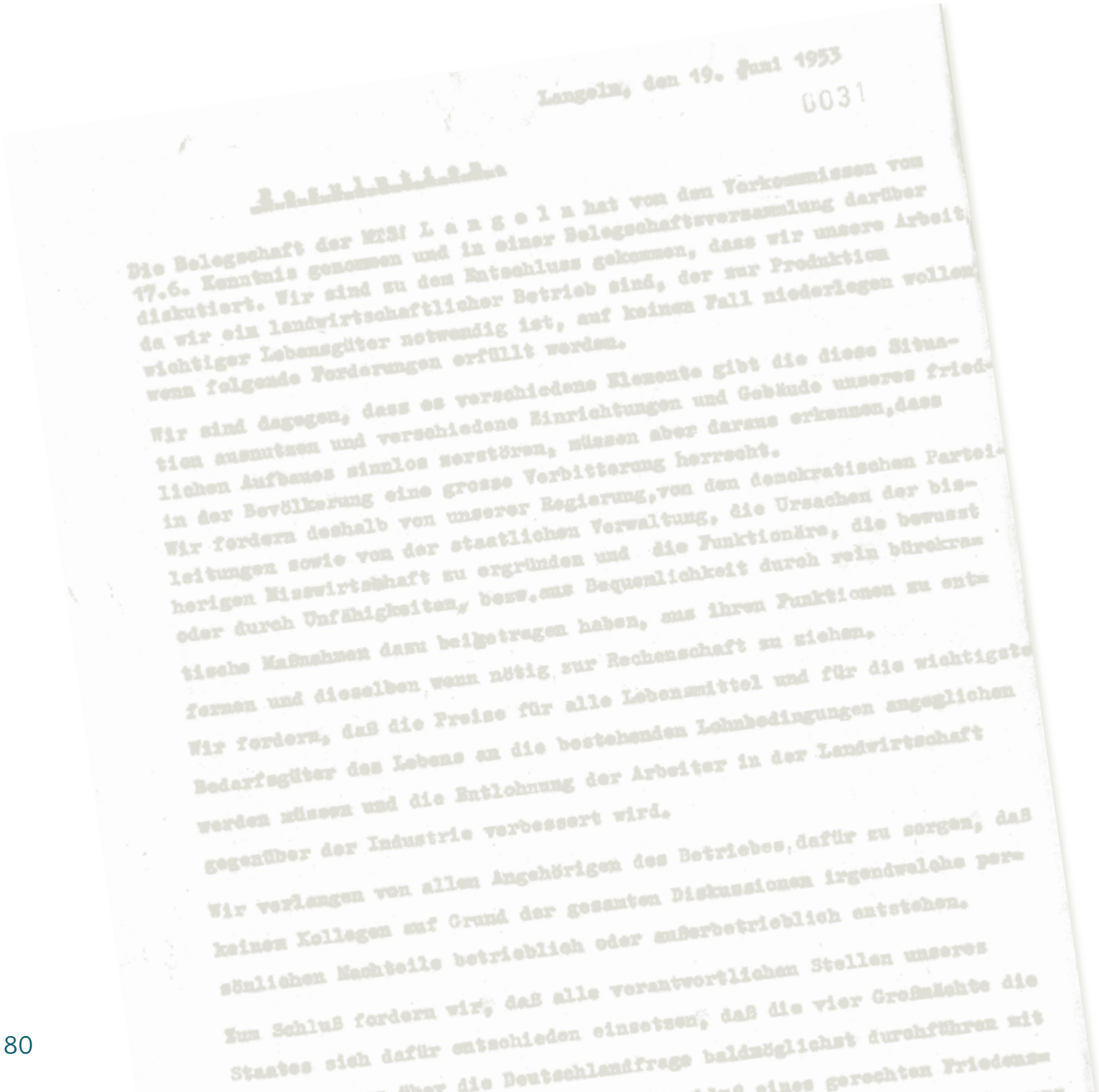
Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 181, Bl. 13.

Q 2I: Resolution der Belegschaft der *MTS Langeln* zum Aufstand vom 17. Juni, 19. Juni 1953

Mit der vorliegenden Erklärung wandte sich die Belegschaft der *MTS Langeln* nach dem Aufstand vom 17. Juni an die SED-Kreisleitung Halberstadt und forderte eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme sowie die Deutsche Einheit.

Eine „MTS“ (Maschinen-Traktoren-Station) war in der DDR eine Verleiheinrichtung für landwirtschaftliche Maschinen und Fahrzeuge. In der Erklärung bezog die Belegschaft der *MTS Langeln* zunächst kritisch Stellung zu den gewalttätigen Ausschreitungen während des Aufstands vom 17. Juni. Hierbei griff sie in Teilen die Erzählung der SED auf, wonach feindliche Kräfte („verschiedene Elemente“) am Protest beteiligt gewesen seien. Als „Funktionäre“ werden im Zusammenhang mit der DDR Personen bezeichnet, die im direkten Auftrag der SED oder der ihr untergeordneten Organisationen handelten.

Als „Deutschlandfrage“ galt nach der Gründung der beiden deutschen Staaten die Frage, wie eine Vereinigung von Bundesrepublik und DDR erreicht werden könne. Mit den „Großmächten“ sind die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich – gemeint, deren Zustimmung für die Deutsche Einheit erforderlich war.



Langeln, den 19. Juni 1953

0031

Entschließung

Die Belegschaft der MTS L a n g e l n hat von den Vorkommissen vom 17.6. Kenntnis genommen und in einer Belegschaftsversammlung darüber diskutiert. Wir sind zu dem Entschluss gekommen, dass wir unsere Arbeit, da wir ein landwirtschaftlicher Betrieb sind, der nur Produktion wichtiger Lebensgüter notwendig ist, auf keinen Fall niederlegen wollen, wenn folgende Forderungen erfüllt werden.

Wir sind dagegen, dass es verschiedene Elemente gibt die diese Situation ausnutzen und verschiedene Einrichtungen und Gebäude unseres friedlichen Aufbaues sinnlos zerstören, müssen aber daraus erkennen, dass in der Bevölkerung eine grosse Verbitterung herrscht.

Wir fordern deshalb von unserer Regierung, von den demokratischen Parteileitungen sowie von der staatlichen Verwaltung, die Ursachen der bisherigen Misswirtschaft zu ergründen und die Funktionäre, die bewusst oder durch Unfähigkeiten, bezw. aus Bequemlichkeit durch rein bürokratische Massnahmen dazu beigetragen haben, aus ihren Funktionen zu entfernen und dieselben wenn nötig zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir fordern, daß die Preise für alle Lebensmittel und für die wichtigsten Bedarfsgüter des Lebens an die bestehenden Lohnbedingungen angeglichen werden müssen und die Entlohnung der Arbeiter in der Landwirtschaft gegenüber der Industrie verbessert wird.

Wir verlangen von allen Angehörigen des Betriebes, dafür zu sorgen, daß keinem Kollegen auf Grund der gesamten Diskussionen irgendwelche persönlichen Nachteile betrieblich oder außerbetrieblich entstehen.

Zum Schluß fordern wir, daß alle verantwortlichen Stellen unseres Staates sich dafür entschieden einsetzen, daß die vier Großmächte die Frage über die Deutschlandfrage baldmöglichst durchführen mit [illegible] eines gerechten Friedens

Langeln, den 19. Juni 1953

0031

R e s o l u t i o n.

Die Belegschaft der MTS? L a n g e l n hat von den Vorkommnissen vom 17.6. Kenntnis genommen und in einer Belegschaftsversammlung darüber diskutiert. Wir sind zu dem Entschluss gekommen, dass wir unsere Arbeit, da wir ein landwirtschaftlicher Betrieb sind, der zur Produktion wichtiger Lebensgüter notwendig ist, auf keinen Fall niederlegen wollen wenn folgende Forderungen erfüllt werden.

Wir sind dagegen, dass es verschiedene Elemente gibt die diese Situation ausnutzen und verschiedene Einrichtungen und Gebäude unseres friedlichen Aufbaues sinnlos zerstören, müssen aber daraus erkennen, dass in der Bevölkerung eine grosse Verbitterung herrscht.
Wir fordern deshalb von unserer Regierung, von den demokratischen Parteileitungen sowie von der staatlichen Verwaltung, die Ursachen der bisherigen Misswirtschaft zu ergründen und die Funktionäre, die bewusst oder durch Unfähigkeiten, bezw. aus Bequemlichkeit durch rein bürokratische Maßnahmen dazu beigetragen haben, aus ihren Funktionen zu entfernen und dieselben wenn nötig zur Rechenschaft zu ziehen.
Wir fordern, daß die Preise für alle Lebensmittel und für die wichtigste Bedarfsgüter des Lebens an die bestehenden Lohnbedingungen angeglichen werden müssen und die Entlohnung der Arbeiter in der Landwirtschaft gegenüber der Industrie verbessert wird.

Wir verlangen von allen Angehörigen des Betriebes, dafür zu sorgen, daß keinem Kollegen auf Grund der gesamten Diskussionen irgendwelche persönlichen Nachteile betrieblich oder außerbetrieblich entstehen.

Zum Schluß fordern wir, daß alle verantwortlichen Stellen unseres Staates sich dafür entschieden einsetzen, daß die vier Großmächte die Verhandlungen über die Deutschlandfrage baldmöglichst durchführen mit dem Ziel der Einheit Deutschlands, Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und Zulassung gesamtdeutscher freier geheimer Wahlen in ganz Deutschland.

Die Belegschaft der MTS Langeln.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 15 SED-Kreisleitung Halberstadt, Nr. IV/4/4/122, Bl. 31.

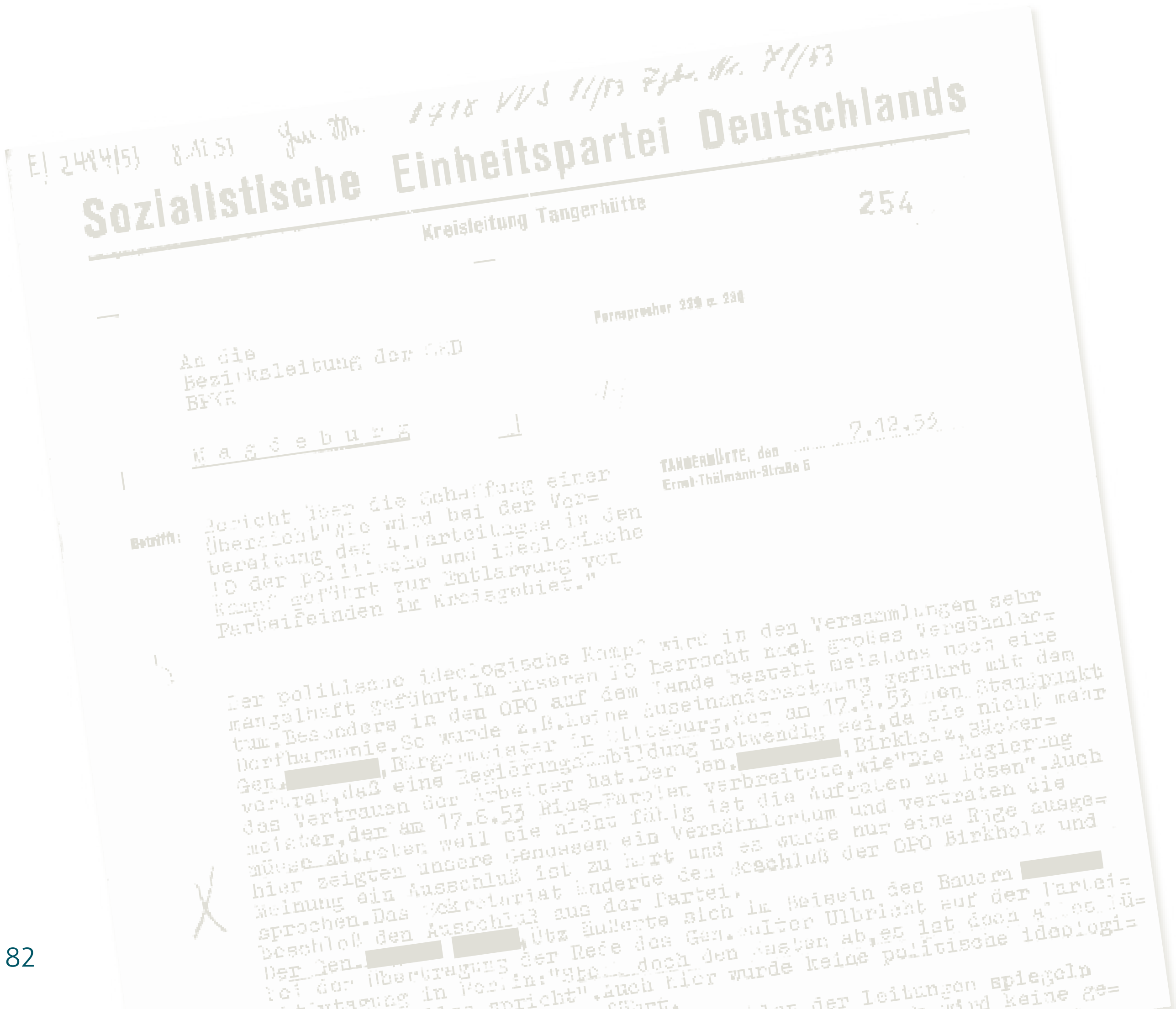
Q 2m: Bericht der SED-Kreisleitung Tangerhütte zum Zustand der Partei, 7. Dezember 1953

Beim vorliegenden Dokument handelt es sich um einen Bericht der Kreisparteikontrollkommission (KPKK) über angeblich parteifeindliche Aktivitäten in der SED im Kreis Tangerhütte an die übergeordnete Bezirksparteikontrollkommission (BPKK).

Die Parteikontrollkommissionen waren dafür zuständig zu überprüfen, ob die SED-Mitglieder mit ihrer Einstellung und ihrem Verhalten der Parteilinie folgten. Die SED war geprägt von einer starken Parteidisziplin, die keine politischen Abweichungen innerhalb der Partei duldete. In diesem Sinne ging man gegen sogenannte „Parteifeinde“ vor. Der Begriff „Versöhnlertum“ war in der SED eine abwertende Bezeichnung für eine scheinbar zu gemäßigte Haltung gegenüber (vermeintlichen) Gegnern.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

PO	-	Parteiorganisation
OPO	-	Ortsparteiorganisation
Gen.	-	Genosse; SED-Mitglied
Rias	-	Rundfunk im amerikanischen Sektor; Sendeanstalt in West-Berlin, die in der DDR als westliches Propagandainstrument galt



Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Kreisleitung Tangerhütte

254

Fernsprecher 229 u. 230

An die
Bezirksleitung der SED
BPKK

Magdeburg

TANGERHÜTTE, den 7.12.53
Ernst-Thälmann-Straße 6

Betrifft: Bericht über die Schaffung einer Übersicht "Wie wird bei der Vorbereitung des 4. Parteitages in den PO der politische und ideologische Kampf geführt zur Entlarvung von Parteifeinden im Kreisgebiet."

Der politische ideologische Kampf wird in den Versammlungen sehr mangelhaft geführt. In unseren PO herrscht noch großes Versöhnlertum. Besonders in den OPO auf dem Lande besteht meistens noch eine Dorfharmonie. So wurde z.B. keine Auseinandersetzung geführt mit dem Gen. [redacted], Bürgermeister in [illegible], der am 17.6.53 den Standpunkt vertrat, daß eine Regierungsneubildung notwendig sei, da sie nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter hat. Der Gen. [redacted], Birkholz, Bäckermeister, der am 17.6.53 Rias-Parolen verbreitete, wie "Die Regierung müsse abtreten weil sie nicht fähig ist die Aufgaben zu lösen". Auch hier zeigten unsere Genossen ein Versöhnlertum und vertraten die Meinung ein Ausschluß ist zu hart und es wurde nur eine Rüge ausgesprochen. Das Sekretariat änderte den Beschluß der OPO Birkholz und beschloß den Ausschluß aus der Partei.

Der Gen. [redacted], Utz äußerte sich im Beisein des Bauern [redacted] bei der Übertragung der Rede des Gen. Walter Ulbricht auf der Partei[illegible] in Berlin: "Stell doch den Kasten ab, es ist doch alles Lü[illegible] spricht". Auch hier wurde keine politische ideologi[illegible]

[illegible] der Leitungen spiegeln [illegible] keine ge[illegible]

E| 2484/53 8.12.53 Ges. Nr. 1718 VVS 11/53 Tgb. Nr. 71/53

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Kreisleitung Tangerhütte

254

An die
Bezirksleitung der SED
BPKK

Magdeburg

Fernsprecher 229 u. 230

17.6.

Betrifft: Bericht über die Schaffung einer Übersicht"Wie wird bei der Vor= bereitung des 4.Parteitages in den PO der politische und ideologische Kampf geführt zur Entlarvung von Parteifeinden im Kreisgebiet."

TANGERHÜTTE, den 7.12.53
Ernst-Thälmann-Straße 5

Der politische ideologische Kampf wird in den Versammlungen sehr mangelhaft geführt.In unseren PO herrscht noch großes Versöhnler= tum.Besonders in den OPO auf dem Lande besteht meistens noch eine Dorfharmonie.So wurde z.B.keine Auseinandersetzung geführt mit dem Gen. Müller, Bürgermeister in Ottesburg,der am 17.6.53 den Standpunkt vertrat,daß eine Regierungsumbildung notwendig sei,da sie nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter hat.Der Gen. Stolz, Birkholz,Bäcker= meister,der am 17.6.53 Rias-Parolen verbreitete,wie"Die Regierung müsse abtreten weil sie nicht fähig ist die Aufgaben zu lösen".Auch hier zeigten unsere Genossen ein Versöhnlertum und vertraten die Meinung ein Ausschluß ist zu hart und es wurde nur eine Rüge ausge= sprochen.Das Sekretariat änderte den Beschluß der OPO Birkholz und beschloß den Ausschluß aus der Partei.
Der Gen. Gerhard Nagel, Utz äußerte sich im Beisein des Bauern Meyer bei der Übertragung der Rede des Gen.Walter Ulbricht auf der Partei= aktivtagung in Berlin:"Stell doch den Kasten ab,es ist doch alles Lü= ge was der alles spricht".Auch hier wurde keine politische ideologi= sche Auseinandersetzung geführt.
Die Rechenschaftsberichtezu den Neuwahlen der Leitungen spiegeln nicht die Arbeit der Parteiorganisationen wieder.Es wird keine ge= nügende Stellung genommen zu der Arbeit der alten Parteileitung.

Mit sozialistischem Gruß!
SED Kreisleitung
Tangerhütte
KPKK

Baumann

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Kreisleitung Tangerhütte KPKK

Satzbau-Druck, Tangerhütte IV/23/33 2500/28.11.52. NL.414453/33/52

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. IV/2/4/25, Bl. 254.

Q 2n: „Treue“-Erklärung der SED-Betriebsparteiorganisation der *MTS Jarchau*, 15. August 1953

In der vorliegenden Erklärung vom 15. August 1953 bekannte sich die Betriebsparteiorganisation der SED des *MTS Jarchau* zur Parteilinie.

Eine „MTS“ (Maschinen-Traktoren-Station) war in der DDR eine Verleiheinrichtung für landwirtschaftliche Maschinen und Fahrzeuge. Auf der Betriebsebene war die SED als „Betriebsparteiorganisation“ (BPO, Betriebsparteiorg.) vertreten. Für die Ein-Parteien-Herrschaft der SED war die Organisation der Partei auf der betrieblichen Ebene ein zentraler Baustein: Die BPO leitete die Gewerkschaft an und kontrollierte zudem die betriebliche Leitung.

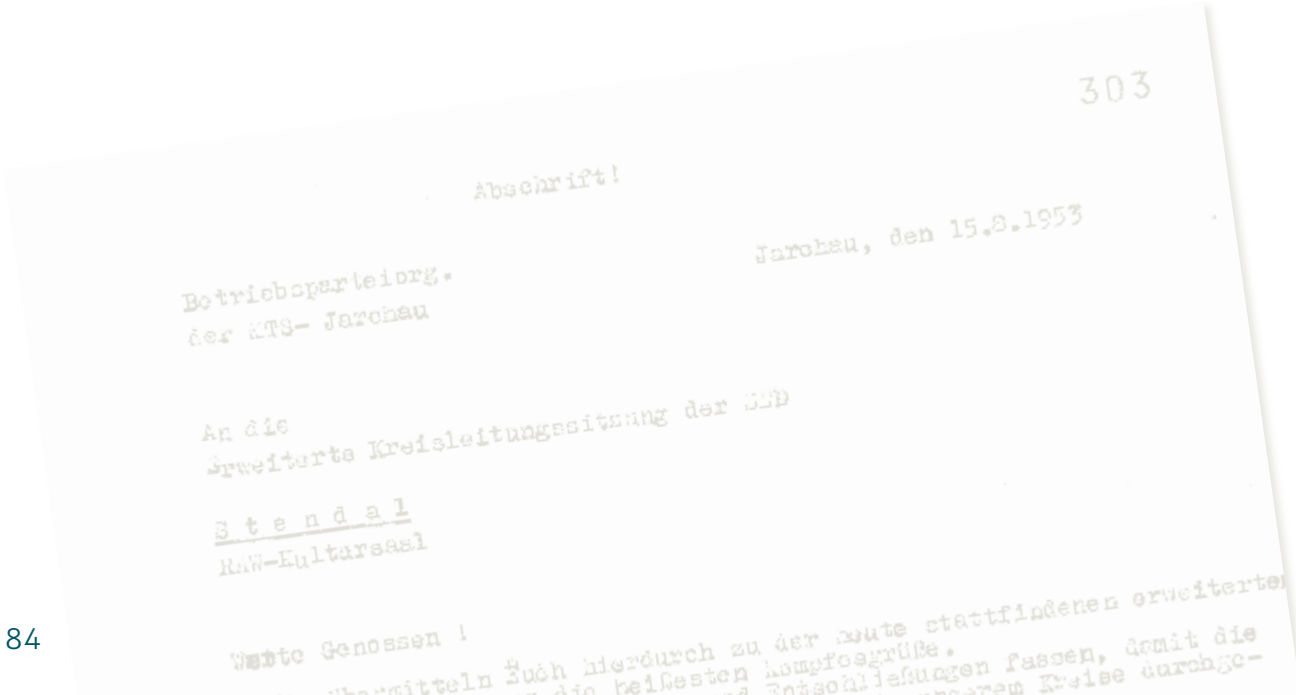
Wenige Wochen nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 kam das Zentralkomitee der SED zu einer Tagung zusammen. Im Zuge des 15. Plenums bestätigte der Parteivorstand den „Neuen Kurs“. Unter der Losung „Neuer Kurs“ war die SED bereits Anfang Juni 1953 in Teilen von den harten Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ abgerückt. Unter dem Eindruck des Aufstands vom 17. Juni zeigte sich die Partei zu weiteren sozialen Zugeständnissen bereit, um die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen. Politische Veränderungen blieben jedoch aus.

Die Praxis der „Selbstverpflichtung“ bedeutete in der DDR meist die Übernahme zusätzlicher Aufgaben, wie das Erreichen einer höheren Produktivität im Betrieb. In diesem Rahmen wurden beispielsweise die Ziele des „Brigadeplans“ übertroffen. Neben wirtschaftlichen Interessen dienten die „Selbstverpflichtungen“ dazu, politische Loyalität zu demonstrieren.

Der Status „Kandidat der SED“ ging der Mitgliedschaft in der SED voraus. Parteimitglieder mussten vor der vollwertigen Aufnahme in die SED zunächst eine einjährige Kandidatenzeit absolvieren. Die Begriffe „Stoppelsturz“ und „Saatfurche“ entstammen der Landwirtschaft.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

RAW	-	Reichsbahnausbesserungswerk
ZK	-	Zentralkomitee der SED; Parteivorstand
LPG	-	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft


303

Abschrift!

Jarchau, den 15.8.1953

Betriebsparteiorg.
der MTS- Jarchau

An die
Erweiterte Kreisleitungssitzung der SED

S t e n d a l
RAW-Kulturasal

Werte Genossen !

303

Abschrift!

Betriebsparteiorg.
der MTS- Jarchau

Jarchau, den 15.8.1953

An die
Erweiterte Kreisleitungssitzung der SED

S t e n d a l
RAW-Kultursaal

Werte Genossen !

Wir übermitteln Euch hierdurch zu der heute stattfindenen erweiterten Kreisleitungssitzung die heißesten Kampfesgrüße.
Ihr werdet wichtige Beschlüsse und Entschließungen fassen, damit die Beschlüsse des 15.Plenums unseres ZK auch in unserem Kreise durchgeführt werden.

Auch wir als BPO der MTS-Jarchau werden alle Kraft einsetzen, damit der neue Kurs in unserer Station und darüber hinaus in unserem MTS-Bereich verwirklicht wird.

In Frankreich kämpft die Arbeiterklasse berharrlich gegen die Unterdrückung des kapitalistischen Systems. Wir erklären uns mit unseren französischen Kumpels solidarisch und es wurden aus diesem Grunde von einigen Kollegen und Genossen Selbstverpflichtungen übernommen, die wir Euch hiermit ebenfalls übermitteln wollen.

So verpflichtete sich der Kollege [redacted], um seine Verbundenheit zur Regierung unserer DDR und zur Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen, K a n d i d a t der S E D zu werden.

Der Kolleg [redacted] und [redacted] verpflichten sich mindestens einmal wöchentlich vor Beginn der Arbeitszeit mit den Kollegen, die auf der Station anwesend sind, eine Zeitungsschau durchzuführen, in welcher die politischen Tagesfragen und die wichtigsten Beschlüsse von Partei und Regierung behandelt werden.

Weiterhin verpflichteten sich folgende Kollegen und LPG'en anläßlich der Rückkehr unseres Staatspräsidenten Wilhelm P i e c k :

[redacted] bis zum 2o.8.53 sein Soll im Stoppelsturz mit 15o % überzuerfüllen.
Die Brigade 1 bis zum Jahresschluss den Brigadeplan mit 115 % zu erfüllen.
Der Kollege [redacted] bis zum 3o.9.53 seine Saatfurche mit 125 % zu erfüllen.

Die LPG " 8.März" in Jarchau verpflichtet sich 10 000 kg. Milch für den Freien Aufkauf zur Verfügung zu stellen. Die LPG "Rotes Banner" in H a s s e l außer ihren bisher gelieferten Übersollmengen dem Freien Aufkauf 10 000 Kg.Milch, 10 dz Weizen und 10 dz Roggen zur Verfügung zu stellen.

Es lebe unser Präsident Wilhelm P i e c k !
Es lebe die vereinte Kampffront der Arbeiterklasse
Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 15 SED-Kreisleitung Stendal, Nr. IV/4/15/14, Bl. 303.

Q 2o: Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Gardelegen zur Einwohnerversammlung in der Gemeinde Sichau, 11. Juli 1953

Der als Abschrift überlieferte Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Gardelegen vom 11. Juli 1953 informierte die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg über den Verlauf einer Einwohnerversammlung in der Gemeinde Sichau.

In den Wochen nach dem Aufstand vom 17. Juni hielt die SED öffentliche Versammlungen ab, um für Zustimmung zu ihrer Politik zu werben. Zusammenkünfte, wie die Einwohnerversammlung in der Gemeinde Sichau, dienten dazu, das Vorgehen der Partei zu erklären und die Forderungen der Bevölkerung anzuhören. Die Bereitschaft der SED zu Zugeständnissen beschränkte sich allerdings auf soziale Fragen. Politische Veränderungen waren ausgeschlossen.

Nach der Vorstellung der SED teilte sich die Landwirtschaft auf in „Kleinbauern“, „Mittelbauern“ und Großbauern“. Die SED sah die „Großbauern“ als Gegner, für die im Sozialismus langfristig kein Platz sei. Währenddessen versuchte die Partei, die Klein- und Mittelbauern für ihre Politik zu gewinnen. Das Ziel der SED war es, die Landwirtschaft mithilfe der Klein- und Mittelbauern zu kollektivieren. Im Zuge der „Kollektivierung“ legte die SED – teils unter großem Druck – bislang privat geführte Bauernhöfe zusammen. „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ (LPG) wurden gegründet, die mehrere kleinere Betriebe bündelten. Die dort versammelten Bauern wurden als „Genossenschaftsbauern“ bezeichnet. Mit der Erhöhung der Abgabepflichten („Soll“) und weiteren Beschränkungen versuchte das Regime, die Bauern in die LPGs zu drängen.

Unter der Losung „Neuer Kurs“ war die SED noch vor dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in Teilen von den harten Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ abgerückt. Die SED löste sich damit unter anderem vom Ziel, die Landwirtschaft schnellstmöglich zu kollektivieren. Das verschärfte Vorgehen gegen Verweigerer der „Kollektivierung“ wurde gestoppt. Bauern, denen ihr Land zwangsweise genommen worden war, erhielten es zum Teil wieder. „Republikflüchtige“ Landwirte, die die DDR verlassen hatten, durften ohne Strafe zurückkehren. Teilweise wurden LPGs wieder aufgelöst. Die Unruhe auf dem Land konnten diese Maßnahmen jedoch nicht gänzlich auflösen.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen

Gen.	-	Genosse; SED-Mitglied
VdgB	-	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe; von der SED geführte Massenorganisation für die ländliche Bevölkerung
f.d.R.d.A.	-	für die Richtigkeit der Abschrift

00003

Volkspoli zei-Kreisamt Gardelegen
- Operativstab -

Gardelegen, den 11.7.1953.-

BdVP OP-Stab
Eing.: 15. JULI 1953
Tagbn.: 1126
weiter an OP-St. am 15.7.53

Abschrift

Bericht

über die Einwohnerversammlung in der Gemeinde Sichau

Teilnehmerzahl: ca 65

Referent: Genossin Hopfe

Nach dem Referat der Genossin Hopfe, nahmen die Diskussionen einen sehr kritischen, ja sogar aufrührerischen Charakter an. Die ist darauf zurüchzuführen, dass sich die Teilnehmer meistens aus Großbauern, Mittelbauern und ähnlichen zusammensetzten. Es waren fast keine Genossen der SED oder Genossenschaftsbauern anwesend.-

Diskussionen:

Der Gen. Wachsmuth, sprach zur Diskussion und stellte die Forderung, alle Höfe zurüchzugeben, auch wenn dadurch die LPGen gefährdet werden. Er hatte mit dieser Diskussion einen grossen Beifall bei den Teilnehmern der Versammlung.- Er sagte wörtlich, wir wollen keine Menschen 2. Klasse mehr sein. Die LPGs sollen das gleiche Soll abgeben wie wir. Er sagte weiter wir verlangen die gleiche Zuteilung an Düngemittel wie die LPGs.

Ein anderer Diskussionsredner brachte zum Ausdruck, die Bildung der LPG, en war der grösste Fehler den man machte, den soolte man erst mal beheben.
Ein werktätiger Bauer sagte, der Minister für Land u. Forstwirtschaft, Scholz, der hat die größte Schuld, der hat die Frhler sehen müssen u. hätte dagegen Stellung nehmen müssen.
Der 1. Vorsitzende der VdgB sagte, was ist denn die VdgB heute noch, sie ist nichts mehr, wir bekommen keine Zuteilungen mehr, wir bezahlen nur noch Beiträge, ich schäme mich, dass ich heute noch Vorsitzender der VdgB bin.-
Andere meinten in der Diskussion, Dass die Kreditgewährung keine Erleichterung sei, denn man bekomme keinen so wie man ihn brauche.- Die Bauern haben jetzt laufend Ausgaben aber keine Einnahmen vor der Ernte. Sie meinten hierbei früher haben wir Hilfe von den Großbauern bekommen da haben wir nicht mal einen Schuldschein gebraucht, das machten wir unter uns aus. Aber die Großbauern können uns ja heute auch nicht mehr helfen.- Sie sagten weiter heute müssen wir unser eigenes Geld verzinsen.- Ebenfalls klagten sie dass noch kein Saatgut für den Zwischenfruchtanbau da sei.- Nach der Versammbrachten mehrere der Referantin gegenüber zum Ausdruck: Wehe wenn Du uns auf die schwarze Liste bringst, dann lass Dich blos nicht wieder hier erwischen.-

F.d.R.d.A.

Peters

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Nr. 182, Bl. 3.

Bausteine zur Geschichte und Gesellschaft im Nationalsozialismus

Themen-baustein

HEFT 1:
Repression und Handlungsspielräume im Nationalsozialismus

Themen:

- Machtübernahme und frühe NS-Verbrechen: „Eisleber Blutsonntag“
- Entmachtung der Opposition
- Machtübernahme und „Gleichschaltung“: Unterdrückung oppositioneller Vereine und Verbände
- Novemberpogrom 1938
- Formen des Widerstandes und der Hilfe für Verfolgte
- Polizei im Nationalsozialismus: Terror- und Verfolgungsapparat
- Im Namen der Gerechtigkeit? Justiz im Nationalsozialismus
- Lager und Haftanstalten als Orte des Ausschlusses und der Verfolgung

HEFT 2:
Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus

Themen:

- Schule und Universität
- Nationalpolitische Erziehungsanstalten (NPEA) und Nationalpolitische Bildungsanstalten (NAPOBI)
- Außerschulische Bildung und Freizeitangebote der Hitler-Jugend (HJ) und des Bundes Deutscher Mädel (BDM)
- Reichsarbeitsdienst (RAD)
- Unangepasste sowie „rassisch“ verfolgte Kinder und Jugendliche
- Mütter, Schwangerschaft und die NS-„Rassenideologie“

HEFT 3:
Wirtschaft und Arbeit im Nationalsozialismus

Themen:

- Gleichschaltung in Wirtschaft und Arbeitswelt sowie Ausschluss von Oppositionellen
- Arbeitseinsatz und Arbeitsbeschaffung
- „Volksgemeinschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“
- Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus der Wirtschaft
- Aktion „Arbeitsscheu Reich“
- „Arbeitserziehungslager“ der Gestapo
- Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

HEFT 7:
בבית בסקסוניה-אנהאלט Zu Hause in Sachsen-Anhalt

Themen:

- Ansiedlung und Vertreibung
- Teilhabe und Ausgrenzung
- Selbstbild und Selbstbehauptung
- Nach Auschwitz

Informationen zur Bestellung

Die Materialien sind kostenfrei über die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt zu beziehen.

Bausteine zur Geschichte und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

HEFT 4:
Repression und Handlungsspielräume in der DDR

Themen:

- Aufbau der Ein-Parteien-Herrschaft der SED
- Polizei in der SED-Diktatur
- Aufstand vom 17. Juni 1953 in Magdeburg
- Verfolgung und Diskriminierung in der DDR
- Flucht und Ausreise aus der DDR
- Kommunalwahl im Mai 1989
- Friedliche Revolution 1989 in Halle (Saale)

HEFT 5:
Jugend und Erziehung in der DDR

Themen:

- Bildung in der DDR
- „Freie Deutsche Jugend“
- Jugendkulturen in den 1970er und 80er Jahren
- „Umerziehung“ von Kindern und Jugendlichen

HEFT 6:
Wirtschaft und Arbeit in der DDR

Themen:

- Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft
- Arbeiten im Volkseigenen Betrieb
- Versorgungsmangel und Umweltzerstörung
- Der Weg zur deutschen Einheit und die wirtschaftliche Krise zu Beginn der 1990er Jahre

HEFT 8:
Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt

Themen:

- Der Aufstand vom 17. Juni 1953
- Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Halle
- Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg

Digitales Angebot

Unter ***https://lha.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah*** können die Hefte als PDF heruntergeladen werden.

... oder einfach den QR-Code scannen.

Befehl!

Über die Stadt Halle ist der

Ausnahmezus

verhängt. Demonstrationen, Versammlungen jeder Art sind verboten.
Jeder Aufenthalt auf den Straßen ist von 21.
Im Falle von Widerstand wird von der W

...sen und Militärkomman...

...ung der SED
...Saale

KREISLEITUNG NEBRA

Abt.: KPK

NEBRA (UNSTRUT)
HAUS DER EINHEIT, BAHNHOFS
FERNRUF 188

IHRE NACHRICHT VOM

UNSERE ZEICHEN Al./Wa.

TAG 23.6.19

...über die Lage im Kreis Nebra vom 17.6.-23.6.1953

...war im Kreis Nebra alles bis auf den Kalischacht-...r Stadt Freyburg in alter Ordnung. Die Arbeit in den ...auf dem Lande wurde normal verrichtet.
...chacht-Wangen fuhr die Mittagsschicht nicht ein, sie ...schreitungen kam es hier nicht. Die Nachtschicht nahm nach einer ...Aussprache die Arbeit wieder auf. Seit diesem ... normal.

In Freyb... Leuna, ... eine Pro... um sich ... herunter... Marktplat... Kameraden... Getrieber... wurden da... I.Handbal... Nazi ware...

Am Sonn...

00013

- 1931 -

Fernschrift

+ vpka hbt nry. 130 19.6.53 1330 wo=

an die bdvp - z.hd. des gen. ehefinspekteur p a u l s e n - m a g d e b u r g =

betr.: kurzbericht ueber die lage im kreis.
bezug: durch rundspruch gegebene anweisung des gen. ehefinspekteur vom 19.6.53 0845 uhr.

am 18.6.53 um 0800 uhr Loeste das raw. ... in halberstadt (1550 perso... Laufe desselben tages weiter... anschlossen.
demonstrationen erfolgten k... betrieben der von der bezri... zustand bekanntgegeben wurde... sammelten sich gruppen von m... zurueckkehrten auf den fisch... es. 1020 personen anschwoll. ... die freunde Loesten diese ans... schuessen auf und es trat ruh... ueber nash (vom 18. zum 19.6.... am 19.6.53 schlossen sich weit... von der hiesigen dienststelle ... volksstimme e-werk, gaswerk, ... bunker, kreisleitung, ho-haupt... bzw. bewacht.
streikwiegler tauchen konspirat... lt. der im betrieb erwaehnten ... freunden und mfs ermittelt und ... die letzten meldungen lassen er... sucht den streik in den betriebe... wurden eingeleitet.
zur ausschreitungen ... es noch nicht.==

v p k a - halberstadt
Leiter des vpka halbe...

+19,6,53 1340 nr, 150

Werktätige in Stadt und Lan...

Faschistische Provokateure haben gestern in der Stadt Halle, in Bitterfeld, ... und anderen Orten Unruhen angezettelt, um die von der Regierung der ... Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage eingeleiteten M... zu durchkreuzen.

Aus Westberlin entsandte Agenten und nazistische Elemente haben K... demoliert, Maschinen zerschlagen und Läden geplündert. Volkspolizist... mit Waffengewalt überfallen. Viele ehrliche Arbeiter, die über vorha... stände diskutierten, wurden von den Agenten mißbraucht und sollen... Streik aufgeputscht werden.

Hinter den dunklen Elementen, die dieses schändliche Treiben organ... stehen die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, die verhi... daß unsere Regierung die beschlossenen Maßnahmen zur Verbesser... in Ruhe durchführen kann.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die die St... in den Händen hält, hat diesem provokatorischen Treiben ein End... wird alle weiteren solche Versuche mit allen Mitteln verhindern.

Es ist die Pflicht aller ehrlichen Arbeiter, Angestellten, Bauern, ... besonders aber der arbeitenden und lernenden Jugend, energisch ... vokateure aufzutreten und sie gemeinsam mit den Staatsorganen ... Vor allem aber gilt es jetzt, die Streikparole der Agenten zunich... Streikparole, die vom RIAS herausgegeben wurde, ist eine Parol... unseren friedlichen Aufbau stören wollen.

Die Losung für alle ehrlichen Werktätigen muß jetzt heißen: ... Stunde Arbeitsverlust, denn wir arbeiten für unser ei... Betrieben v... den Frie... werktätig...

...hniker! ...das zer... ...habt.

...Masch...

Langeln, den 19. Juni

R e s o l u t i o n.

Die Belegschaft der MTS! L a n g e l n hat von den Vorkomm... 17.6. Kenntnis genommen und in einer Belegschaftsversamlun... diskutiert. Wir sind zu dem Entschluss gekommen, dass wir u... da wir ein landwirtschaftlicher Betrieb sind, der zur Produ... wichtiger Lebensgüter notwendig ist, auf keinen Fall nieder... wenn folgende Forderungen erfüllt werden.

Wir sind dagegen, dass es verschiedene Elemente gibt die die... tion ausnutzen und verschiedene Einrichtungen und Gebäude u... lichen Aufbaues sinnlos zerstören, müssen aber daraus erkenn... in der Bevölkerung eine grosse Verbitterung herrscht.
Wir fordern deshalb von unserer Regierung, von den demokratis... leitungen sowie von der staatlichen Verwaltung, die Ursachen ... herigen Misswirtschaft zu ergründen und die Funktionäre di... oder durch Unfähigkeiten, bezw. aus Bequ... tische Maßnahmen da... fernen und dieselben ...
Wir fordern, daß die ... Bedarfsgüter des Lebe... werden müssen und die ... gegenüber der Industri...
Wir verlangen von alle... keinen Kollegen auf Gru... sönlichen Nachteile bei...
Zum Schluß fordern wir, ... Staates sich dafür entsc... Verhandlungen über die De... dem Ziel der Einheit Deut... vertrages und Zulassung ge... Deutschland.

...DienstbehÖrde D...
...Magd...
...- Operat...

...Blitz...

An den
Chef der Deutscher...
über den Op-Stab d...

Berlin

Betr.: Lage in Magdeburg
Bezug: Gegebene Veranlassung

...m 17.6.53 gegen 07,00 Uhr haben im Karl-Marx-Werk in Magde... ...erk IV ca. 60 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Durch Einw... ...on Agitatoren der Partei nahmen diese Arbeiter gegen 08,25... ...ie Arbeit wieder auf.
...gegen 07,30 Uhr wurde in Magdeburg-Neustadt in der Kastanien... ...d Alexanderstraße eine Menschenansammlung von 150 Personen ... ...estellt. Diese Personen wurden zur Demonstration aufgefordert... ...raßenbahnzüge wurden angehalten und die Fahrg... ...monstration aufgefordert.

LEUNA ECHO

BETRIEBSZEITUNG DER BELEGSCHAFT DER LEUNAWERKE „WALTER ULBRICHT"

HERAUSGEBER KREISLEITUNG DER SED LEUNAWERKE „WALTER ULBRICHT"

6. Jahrgang / Nr. 43 — Erscheint zweimal wöchentlich / Preis 5 Pf — 12. Juni 1953

Die ersten Brigaden

(ND) Als erste Brigaden unseres Werkes verwirklichten die Brigaden der Betriebswerkstatt Energien Bau 3 und Bau 103 den Ministerratsbeschluß. In ihrer Verpflichtung heißt es unter anderem: „Aus der Erkenntnis, daß der Ministerratsbeschluß über die Erhöhung der Normen zum Wohle unserer Werktätigen gefaßt wurde, erklären sich die Brigaden im Bau 3 und Bau 103 der EGR-Anlage der Betriebswerkstatt Energien bereit, zu Ehren des 60. Geburtstages unseres Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht ihre Normen auf die für ihren Betrieb gültigen Kennziffern zu erhöhen."

Abteilungsgewerkschaftsleitung

Meister

Wir verwirklichen ... Geburtstages des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht in unserem Betrieb

Organische Abteilung

Die Kollegin... und Kollegen der Meistergruppe Axel, Bau 956, verpflichten sich nach eingehender Diskussion mit ihren Brigaden, ihre Norm auf die Kennziffern für ihren Betrieb zu erhöhen.

Utgenannt, Axel, Pfeiler, Michaelis, Hesselbarth

43 Kollegen der Belegschaft Sie... hinger haben in Kurzversammlung... gen über die Anerkennung der... Kennziffer diskutiert, und sie be... schlossen, ihre Normen auf ... Kennziffern zu erhöhen.
Utgenannt, Seckinger, Würt... Erist, Marschall, Weiß, Krog...

Die Kollegen der Meistergru... Eichert aus Bau 956 s erklären ... bereit, den Ministerratsbeschluß ... realisieren. Sie erhöhen ihre ... men auf die Kennziffern für ihr... Betrieb. Heinkel, Berger, Bierbaum, Franke

Zur schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität

Um den Ministerratsbeschluß ... 28. Mai 1953 über die schn... Steigerung der Arbeitsproduk... zu realisieren, erhöhen die K... Erich Richter, Siegfried K... und Walter Kurze ihre ... beim „Plonger an Einspr... 1000 Liter in Bau 107 norm... um 15 Prozent.
Der Beschluß der 13. Ta... ZK der SED und der ... der Ministerratsbeschluß ... Erhöhung der Arbeitspro... und die Durchführung ... zum Sparsamkeit mögl... realisiere den Ministerr... und erhöhe meine Norm... Prozent."

Werner Reiche, Sch... Organische, Bau 95...

Die Meistergruppe ... sich nach gründlic... beriet, den Ministerra... realisieren. Die K...